



— Sechszundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 35.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 5. September 1917.

Inhaltsangabe: Inland: Die neue Regierung und die Polen. S. 1459—1460. — Die Rechte der polnischen Schlesier. S. 1460. — Preßstimmen über das Königreich Polen und seine Zukunft. S. 1460—1461. — Die Friedensnote des Papstes. S. 1462. — Konflikt anlässlich der Haltung des Vertreters der polnischen Fraktion im Hauptausschuß des Reichstags. S. 1463—1466. — Angst vor den Hufatisten? S. 1467. — Eine Schrift des Pfarrers Kapiga. S. 1470. — Kritik von Behörden wegen Nichtbestätigung von Schützenwahlen und wegen Nichtgenehmigung einer Versammlung. S. 1470—1471. — „Societas Jablonoviana“. S. 1471. — Die Posener Volksschulen. S. 1471—1472. — Versammlung der Posener Schuhmacherinnung. S. 1473. — Befestetes Gebiet: Zwei Jahre Generalgouvernement Warschau. S. 1473. — Der Staatsrat und Kaiser Karl. S. 1473. — Die polnische Beratung in Stockholm. S. 1473. — In Erwartung. S. 1474. — Konferenzen in Sachen des Ausbaues des Staats. S. 1475—1476. — Warschauer Stimmungen. S. 1476. — Zum Rücktritt des Kronmarschalls. S. 1476—1478. — Die Parteien und der Staatsrat. S. 1477—1479. — Legionen- und Heeresangelegenheiten. S. 1479—1482. — Schulwesen und Rechtspflege. S. 1482—1483. — Fahrt nach Polen. S. 1484. — „Daily Chronicle“ über die Stimmung in Warschau. S. 1484. — Ausland: Die polnische Frage in der Papstnote. S. 1484. — Reale Politik. S. 1484—1485. — Solide und unsolide Worte. Seite 1486. — Zum Jahrestage der Legionenbildung. S. 1487—1488. — Das oberste Nationalkomitee. S. 1489—1490. — Fürsorge für die polnischen Soldaten. S. 1490. — Die polnische Frage in Ungarn. S. 1491. — Bulgarien und die polnische Politik. S. 1492. — Die Polen in Rußland. S. 1494—1495. — Die englische Orientierung. S. 1495. — Die Lausanner Agentur. S. 1497. — Erklärung eines dortigen polnischen Vereins. S. 1498. — Eine polnische Regierung in der Schweiz. S. 1498. — Ein polnischer Nationalbund in Paris. S. 1498. — Polnischer Festakt in der Sorbonne. S. 1498.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 190 des Kraj (Lissa)
vom 23. August 1917.

Die neue Regierung und die Polen.

In einem so betitelten Aufsatz schreibt das Blatt u. a.: „..... Die persönlichen Änderungen in der Zusammensetzung des preußischen Ministeriums kann man noch nicht mit aller Bestimmtheit einschätzen. Bekannt ist in jedem Falle, daß der neue Justizminister Dr. Spahn ein entschiedener Gegner des früheren antipolnischen Kurzes war und ist. Auch der Minister des Innern, Dr. Drews, hat sich in seiner bisherigen Stellung den Wünschen der polnischen Bevölkerung gegenüber wohlwollend verhalten. So sind somit die beiden vielleicht wichtigsten Portefeuilles gegenwärtig in Händen von Leuten, denen hafatistische Strömungen fernliegen. Von den übrigen Ministern ist lediglich Herr v. Waldow durch seine Vergangenheit als Oberpräsident von Posen nach der uns übelgesinnten Richtung hin engagiert; aber das ihm übertragene Ernährungsamt hat einen vollständig unpolitischen Charakter.“

Noch wichtiger ist der Standpunkt des neuen Kanzlers zur polnischen Sache. Die unter unserer Volksgemeinschaft verbreitete Meinung, der Kanzler habe sich bisher mit dieser Sache nicht befaßt, ist irrig. Dr. Michaelis hat als Oberpräsidialrat eine Reihe von Jahren hindurch in Breslau an der Seite des Oberpräsidenten Grafen Zedlitz-Trützschler gearbeitet, und er war damals u. a. Referent für die obererschlesischen polnischen Angelegenheiten. Die Berufsgeschäfte haben bei ihm lebhaftes Interesse für die Gesamtgestalt der polnischen Frage geweckt, was mehrfach sowohl in Privatgesprächen, als auch in offiziellen Berichten zutage getreten ist. Dr. Michaelis hat schon damals aus der Ansicht kein Geht gemacht, daß er die Wege der Ausnahmegegesetzgebung weder für richtig, noch für wirksam halte, und er hat hervorgehoben, daß man moralische Werte, wie sie jede nationale

Bewegung, also auch die polnische, in sich enthalte, mit Gewalt nicht vernichten könne, daß der Staat im Gegenteil danach streben müsse, im eigenen Interesse die Gegensätze zu mildern und die idealen, namentlich die religiösen Elemente dieser Bewegung zu erhalten. Darum empfahl er den Weg des Ausgleichs auf dem Grundsatz der bürgerlichen Gleichberechtigung, wobei er natürlich gleichzeitig verlangte, daß die Polen ihre Pflichten gegenüber dem Staat im vollen Umfange und ohne Vorbehalt erfüllten.

Seinen Standpunkt in der polnischen Sache hat der Kanzler, soviel uns bekannt ist, auch heute bei Übernahme des höchsten Reichsamts nicht geändert. Und wenngleich er sich über die Aufgaben, die in nächster Zukunft seiner warten, mit begreiflicher Zurückhaltung äußert, so geht doch aus den Bemerkungen, die er im Verlaufe zahlreicher politischer Konferenzen während des letzten Monats gemacht hat, klar hervor, daß er die Sache der Neuorientierung in der polnischen Frage mit der ihm eigenen Konsequenz und Energie vorwärts zu bringen beabsichtigt.

Der Pessimismus und das Mißtrauen, die man von gewisser Seite her in unserer Volksgemeinschaft zu wecken trachtet, sind somit ungerechtfertigt. Gleichzeitig gilt es jedoch, nicht zu vergessen, daß eine Änderung der Verhältnisse in unserem Landesteil ohne unser Dazutun nicht zu erwarten ist, und daß man auch auf unserer Seite aufrichtig wollen und verständig handeln muß.“

Über den gleichen Gegenstand schreibt der „Kurjer Poznański“, Posen, in Nr. 192 vom 25. August:

..... „Der gegenwärtige Reichskanzler hat bisher in keiner Rundgebung seinen Standpunkt in der polnischen Sache gekennzeichnet. Er hat das Erbe der polnischen Politik so übernommen, wie es Bethmann Hollweg hinterlassen hat. Die hafatistische Presse möchte beweisen, daß diese Politik des fünften Kanzlers mit einem vollständigen Mißerfolge geendet habe und daß man daher mit der überwiesenen Politik brechen müsse. Es ist nicht bekannt, ob der

sechste Kanzler diese Politik in demselben Geiste der halben Mittel und „Schattierungen“ fortführen wird. Sein Standpunkt wird vielleicht dann klar zutage treten, wenn die Enteignungsangelegenheit auf die Tagesordnung der Landtagsberatungen gelangen und wenn der erwartete Ausbau der Regierungsbehörden im Königreich eintreten wird.“

Aus Nr. 195 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 29. August 1917.

Der neue Kanzler

hat bisher seine Ansichten bezüglich der polnischen Sache noch nicht geäußert, was uns naturgemäß am meisten interessiert hätte. Er war auch in der Sitzung des Hauptausschusses nicht anwesend, wo die Besprechung der Verwaltungsangelegenheiten des Königreichs Polen ihm eine gute Gelegenheit geboten hätte, seine Anschauungen kund zu tun. Vor der Hand ist es ihm jedoch offenbar unerwünscht, jetzt schon das Visier in den polnischen Angelegenheiten zu lüften.

Aus Nr. 194 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 25. August 1917.

Betrifft die Rechte des polnischen Volkes in Schlesien.

Unter dieser Überschrift gibt der „Dziennik Śląski“ folgende Entschließung wieder, die der Wahlausschuß der Zentrumsparlei für die Kreise Pleß und Rybnitz in einer Sitzung am 20. d. Mts. angenommen hat:

Für die polnische Bevölkerung Preußens fordern wir vollständige Gleichberechtigung, dauernde Beseitigung der Politik der Nadelstiche, Aufhebung aller Ausnahme-gesetze, polnischen Religionsunterricht in den Volksschulen, sowie die Pflege des polnischen Gesanges, des Lesens und Schreibens und die Möglichkeit des Unterrichts in den höheren Schulen in den Landesteilen mit gemischtsprachiger Bevölkerung.

Aus Nr. 190 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 23. August 1917.

Nach Ansicht der „Deutschen Tageszeitung“ befindet sich

die polnische Sache

in einem solchen Entwicklungsstadium, daß auf dem zukünftigen Friedenskongreß für sie kein Platz mehr rein werde; sie sei geradezu eine innere deutsche Sache geworden, die lediglich von dem guten Willen einer der kriegsführenden Seiten abhängt. Als der Papst u. a. auch die armenische Sache, die der Balkanstaaten und ebenso die polnische Frage der Erwägung anheimstellte und letztere einer gerechten Lösung auf der Grundlage von Abkommen empfahl, hat er vielleicht eine solche Wirkung seines Vorschlages nicht erwartet. Wenn die Verhältnisse im zukünftigen Europa nach dem Kriege glückliche und zufriedene Völker finden sollen, dann wird das Rezept des Berliner Organs solche Verhältnisse nicht beschleunigen. Die Polen müssen schließlich aber am besten wissen, ob sie frei, zufrieden und glücklich sind.

Aus Nr. 193 des Postep (Posen)
vom 26. August 1917.

Bei der Erwägung der Frage, ob die monarchische oder die republikanische Staatsform für das künftige Königreich Polen vorzuziehen sei, kommt das Blatt zu folgendem Schluß:

..... „Wenn wir Polen gegenwärtig vor der Aufgabe stehen, ein eigenes Staatswesen zu schaffen, dann dürfen wir uns durch Schlagworte und leere Theorien, die von außen her zufließen, nicht betören lassen, sondern wir müssen uns vergegenwärtigen, welches die eigenen Grundlagen sind, auf die wir den künftigen staatlichen Organismus stützen können. Seien wir uns dessen bewußt, daß wir in Wirklichkeit das eigene Staatswesen nicht erneuern, sondern es erst schaffen sollen. Die destruktive Entwicklung des alten polnischen Staats, wie sie schon mit dem Pakt von Kozyce ihren Anfang nahm und mit einer in der Geschichte geradezu noch nicht dagewesenen Katastrophe endete, darf man keineswegs als die Sprossen der Leiter ansehen, auf die wir heute treten könnten. Der Bau des neuen Staates muß von den Fundamenten an beginnen. Das bedeutet, daß wir eine starke, zentralistische, ja sogar absolute Regierung bilden müssen, wenn wir die systematische Entwicklung jeder staatlichen Idee berücksichtigen und nicht auf Abwege geraten wollen. Wir sind in der Entwicklung um so viele Jahrhunderte zurück, daß das Beispiel verschiedener Staaten von heute auf uns nicht einwirken darf. Der Inhalt der englischen Staatsverfassung z. B. ist für uns absolut unerreichbar, zum mindesten in einer absehbaren Zukunft. Ihre Form können wir nachahmen, aber die Übernahme bloßer Formen hat nicht viel zu bedeuten. Nicht einer Republik bedürfen wir, die — ähnlich wie in Rußland — bei uns nur ein Chaos hervorgerufen würde, sondern einer Monarchie, einer sehr starken, sogar unbegrenzten, autokratischen Monarchie, wie wir sie leider fast niemals hatten, — selbst wenn dies vor der Hand eine Monarchie sein sollte, wie sie vor etwa 200 Jahren Friedrich der Große, Peter der Große und Ludwig XIV. repräsentierten?“

Aus Nr. 194 des Kraj (Lissa)
vom 27. August 1917.

Anläßlich des zweiten Jahrestages der Bildung des Generalgouvernements Warschau schreibt das Blatt:

„Vor unseren Augen vollzieht sich der Wiederaufbau des Königreichs Polen. Es muß daher gegeben werden, daß die Verdienste des Generalgouverneurs von Besefer um dieses uns allen teure Werk groß sind. Soeben geht das Gerichts- und Schulwesen in polnische Hände über; das Versetzen mit Lebensmitteln vollzieht sich unter Mitbeteiligung und Aufsicht der polnischen Gesamtheit. Ungeachtet alles dessen, was mit den Kriegsunaannehmlichkeiten verknüpft ist, legt jeder verständige und kalt berechnende Pole, jede vernünftige Polin aktiv die Hand an das große Werk der Wiedererrichtung des unabhängigen Polens. Nur Leute von kleinem Zuschnitt sehen ihre eigenen Sorgen über das Wohl und den Wiederaufbau des polnischen Staates.“

Darum gilt es, einer jeden solchen Zerstörerarbeit vor allem am Staatsrat und an der polnischen Armee entgegenzuwirken. Betrübt und ängstlich sehen wir, wie leider in dieser Hinsicht viel Böses geschieht. Es scheint, als legten sich manche Elemente nicht Rechenschaft darüber ab, daß ihre Zerstörerarbeit zu Polens Verderben, zur vierten Teilung Polens führe — und noch dazu im Kosciuszkojahre, in dem Augenblick, in welchem ganz Polen zur Feier des 100. Jahrestages des Todes des geliebten Oberfeldherrn schreitet. Es ist, als hätten diese Zerstörer und nationalen Schädlinge aus der Geschichte der Nation nichts gelernt.

Am meisten aber deklamieren — ähnlich wie bei den letzten Sienkiewiczfeiern — wiederum die Leute — diesmal zu Ehren Kosciuszko — welche

stillgeessen und nichts getan und somit mit nichts zum Entstehen des unabhängigen Polens beigetragen — ja sogar dieser großen Sache geschadet haben.

Die Heuchelei will Triumphe feiern. Indessen gebietet die rauhe Wirklichkeit eine andere Handlungsweise. Sie gebietet, jeden Romantismus beiseite zu schieben und sich an die schwere, mühevollen Alltagsarbeit zu machen, um unsere Sache, soweit die Verhältnisse dies gestatten, vorwärts zu bringen. Für romantische, idyllische Untätigkeit ist jetzt die Zeit nicht gegeben; denn es handelt sich doch um Polen, und das ist eine große Sache, die niemals mittelst Untätigkeit geschaffen werden kann.

Aus Nr. 189 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 22. August 1917.

Das Sichselbstgenügen. (Fortsetzung.)

III.

Die absolute Notwendigkeit des Exports für die polnische soziale Wirtschaft, sie möge stattfinden unter welchen politischen Verhältnissen es sei, kann niemand bestreiten. Schon jetzt arbeiten in Polen ausländische Kapitalien, und aus den bereits erörterten Gründen ist gewissermaßen zu wünschen, daß sich nach dem Kriege ihr Zufließen noch steigere. Diese Kapitalien werden Verzinsung sowie Gewinne verlangen, welche unser Land dem Ausland gegenüber mit Schulden belasten werden. Ebenso müssen unsere Verpflichtungen dem Ausland gegenüber infolge des unabwiesbaren Imports von dorthier wachsen. Indessen schöpft die polnische Gesamtheit, da sie im Ausland größere Kapitalien nicht besitzt, aus dieser Quelle keine Einkünfte, aus denen jene Verpflichtungen gegenüber den fremden Volksgemeinschaften gedeckt werden könnten. Die polnische Gesamtheit steht also tatsächlich vor dem Dilemma, das J. St. der Kanzler Caprivi mit Bezug auf Deutschland in die lapidare Formel gekleidet hat: „Wir werden entweder Waren oder Menschen ausführen.“ In der Tat hat diese lebende Ausfuhr schon vor dem Kriege in einem größeren Teile der polnischen Lande geradezu einen erschreckenden Umfang angenommen. Jedes Jahr haben bisher mehrere Hunderttausende polnischer Arbeiter zum Teil für immer das Heimatland verlassen, woselbst sie keinen Unterhalt zu finden vermochten. Wenn dieser massenhaften Saison- oder Überseeabwanderung, welche die traurigste Illustration des polnischen Elends bildet, endlich eine Grenze gesetzt werden soll, dann muß Polen eigene Produkte auf den fremden Markt schicken. Diese Ausfuhr wurde unter den gegebenen Verhältnissen für Polen geradezu zum vitalsten Bedürfnis.

Wenn sich dieselbe dabei noch ausschließlich aus solchen Produkten zusammensetzte, die — wie z. B. Rohstoffe oder Getreide — besonders nach dem Kriege überall einen gesicherten Absatz haben werden! Darauf ist jedoch schwerlich zu rechnen. Rohstoffe, welche sich zur Ausfuhr ins Ausland im großen Maßstabe eignen, haben wir überhaupt in den polnischen Landen wenig, verhältnismäßig am meisten in Galizien, (Erdöl), wo sie jedoch noch unzulänglich ausgenutzt werden. Dagegen hat das Königreich nach den Angaben der „Handelsbilanz des Königreichs Polen“ in den letzten Jahren vor dem Kriege an Rohstoffen für die umarbeitende Industrie für die verhältnismäßig minimale Summe von nicht voll 14 Millionen Rubeln jährlich ausgeführt, von denen fast 10 Millionen auf rohe Säute und unbearbeitetes Holz entfielen.

Auch hinsichtlich der Möglichkeit der Getreideausfuhr aus Polen wäre allzu großer Optimismus nicht am Platze. Alle Umstände sprechen zwar dafür,

daß nach dem Kriege unter veränderten Verhältnissen für die polnische Landwirtschaft eine Periode glänzenden Aufblühens beginnen wird. Man darf aber nicht vergessen, daß bisher von den polnischen Landen nicht nur das verhältnismäßig industrialisierte Königreich, sondern auch das rein agrarische Galizien — nach Prof. Bujak — Länder waren, welche das eigene Getreidedefizit durch Zufuhr aus dem Auslande gedeckt haben. Zunächst wird es somit gelten, dieses Defizit auszugleichen, ehe Polen wird daran denken können, wiederum, so wie einst, in großem Maßstabe der Getreidelieferant für Westeuropa zu werden. Die Verhältnisse werden sich hier auf keinen Fall soweit zu unseren Gunsten ändern. Es genügt nicht, darauf hinzuweisen, daß bisher in Großpolen die Ernte vom Morgen im Durchschnitt doppelt so hoch war als z. B. im Königreich, und dann mechanisch zu berechnen, daß die Landesproduktion, wenn das Königreich zu der gleichen Intensität der ländlichen Wirtschaft gelangt sein werde, den Bedarf des Inlandsmarkts mehr als decken werde. Ein solches Philosophieren wäre zweifellos allzu oberflächlich. Die Verdoppelung der bisherigen Ergiebigkeit der Landwirtschaft im Königreich oder in Galizien ist nicht nur von der Durchführung von Meliorationen und von der Verwendung von Maschinen oder Düngemitteln sowie von guten Verkehrsverhältnissen oder sogar von hohen Preisen abhängig, sondern in erster Linie die Frage einer entsprechenden landwirtschaftlichen Organisation und einer gehörigen Kultur unter der bäuerlichen Bevölkerung. In dieser Hinsicht aber ist in jenen beiden Landesteilen Polens fast noch alles zu tun. Auch im Königreich und in Galizien ist der Grundbesitz in vollständig ungesunder Weise zerschlagen. Unter dem Kleingrundbesitz haben statt normaler Bauernwirtschaften die sogenannten Zwergwirtschaften das Übergewicht, welche außerstande sind, sich selbst zu erhalten. Im Zusammenhange damit macht sich Übervölkerung und teilweise Proletarisierung der ländlichen Bevölkerung bemerkbar. Schließlich ist die Kommassation der Grundstücke noch nirgends durchgeführt; nach dieser Richtung wurden höchstens die ersten schüchternen Versuche gemacht. Erst nach Durchführung gründlicher Reformen auf allen diesen Gebieten, von Reformen, welche die Arbeit der nächsten, vielleicht sogar mehrerer polnischer Generationen ausfüllen werden, wird sich die polnische Landwirtschaft auf das rechte Niveau erheben, und Polen kann möglicherweise ein landwirtschaftliches Exportland werden.

Hierbei entsteht jedoch die Frage, ob eine Entwicklung nach dieser Richtung hin überhaupt als angezeigt, geschweige denn als unbedingt nötig zu erachten ist. Man kann nämlich die hervorragende Bedeutung der Landwirtschaft im künftigen unabhängigen Polen vollständig würdigen, braucht aber keineswegs die Ansicht zu teilen, daß die Rückkehr zu der Rolle, welche es vor einigen Jahrhunderten gespielt hat, auch heute das höchste Ziel seines wirtschaftlichen Strebens sein sollte. Gerade im Gegenteil, angesichts der Tatsache, daß auf den weiten Gebieten der polnischen Lande die Dichtigkeit der Bevölkerung die durchschnittliche Norm der Agrarländer bereits bedeutend überschritten und sich im Königreich gleichzeitig eine Industrie von großer Expansivkraft entwickelt hat, darf man das künftige Polen nicht auf eine niedrigere Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung hinabstoßen, in dem man die Lösung des Sichselbstgenügens ausgibt und damit der wirtschaftlichen Existenz des Landes allzu enge Rahmen zieht. Umso mehr gewinnt, da man bei nüchterner Prüfung der Sache nicht schon in nächster Zeit auf Ausfuhr polnischer Rohstoffe oder polnisches Getreide ins Ausland im größeren Umfange rechnen kann, die Ausfuhr polnischer Industrieprodukte an Bedeutung.

Doch muß das eine ganz andere Ausfuhr sein, als die, welche wir bisher im Königreich wahrgenommen haben. Statt der Massenfabrikation wohlfeiler Erzeugnisse, für die der eigene Markt zu eng war, wird die qualifizierte Erzeugung von wertvolleren Waren erforderlich werden, da nur eine solche Produktion die polnische Industrie von ihrer absoluten und geradezu unnatürlichen Abhängigkeit von einem einzigen Markte wird befreien können. Ebenso kann sich bei einer günstigeren Gestaltung der Zolltarife als bisher auf diesem Gebiete der polnischen Industrie zweifellos ein breites Feld zur Initiative eröffnen.

Somit kann die Quelle des Wohlstandes des unabhängigen Polens nicht darauf beruhen, daß für sein Wirtschaftsleben eine Treibhausatmosphäre geschaffen wird, in welcher es an jedem erfrischenden Windhauch der Konkurrenz fehlen würde, noch auch auf dem sorglichen Abdecken von den internationalen wirtschaftlichen Verhältnissen. Wenn Polen imstande sein wird, seine berechtigten Interessen wirksamer als bisher zu verteidigen und zu unterstützen, dann wird es auf den Weltmarkt hinaustreten müssen zum Wettbewerb mit den übrigen Ländern. Hierbei wird es jedoch von den Wohltaten der neuzeitigen internationalen Arbeitsteilung voll und ganz Gebrauch machen können.

Die Parole des Sichselbstgenügens hat somit nur in negativer Voraussetzung Existenzberechtigung, d. h. in Gegenüberstellung zu dem, was in der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung des Königreichs ungesund und unnatürlich gewesen ist. Als positives Programm für die wirtschaftliche Zukunft des polnischen Staats ist diese Lösung der Ausfluß eines übelaufgefaßten Patriotismus, und als solcher allzu eng und allzu einseitig.

Dr. Eduard Rose.

Aus Nr. 99 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 23. August 1917.

Der hl. Vater — und die Alldeutschen und Hafatisten gegenüber der polnischen Frage.

Der hl. Vater hat in seiner außergewöhnlichen Liebe zu den Polen in seiner Friedensnote der polnischen Frage eine besondere Bemerkung gewidmet. Einer besonderen Beachtung empfiehlt er die „ehemals zu dem Königreiche Polen gehörigen Gebiete, dem die edlen geschichtlichen Traditionen und die in dem gegenwärtigen Kriege ertragenen Leiden gerechterweise das Mitgefühl der Völker gewinnen müssen.“

Diese Erwähnung Polens ist u. a. natürlich ein Grund, daß die Friedensvorschläge des hl. Vaters von den Hafatisten und Alldeutschen ohne weiteres zurückgewiesen werden. Ist doch für die Hafatisten und Alldeutschen die polnische Frage keine internationale Frage, sondern eigentlich nur eine „innere Angelegenheit“ der Mittelmächte, oder sogar auch nur eine Frage Deutschlands. Und diese Frage wäre nach der Ansicht der Hafatisten und Alldeutschen natürlich am besten mit der „gepanzten Faust“ und vielleicht mit dem gleichzeitigen Erwachen des furor teutonius zu erledigen, von dem die hafatistisch-alldeutschen Blätter so oft geschrieben haben. Und wenn sich die Polen einer derartigen Erledigung der polnischen Frage widersetzen wollten, etwa nach dem Grundsatz, daß das polnische Volk doch keine Sache ist, daß das 20. Jahrhundert doch nicht das Mittelalter ist und daß doch nicht das 18. Jahrhundert, sondern der gegenwärtige Weltkrieg das Selbstbestimmungsrecht der Völker gebracht hat, — wozu wäre denn die „gepanzte Faust“ da!

Die „Lebensinteressen“ der Alldeutschen und Hafatisten bedeuten natürlich das Recht, den Polen zuzusetzen. Deshalb kann es z. B. die erzhafatistische „Tägliche Rundschau“ nicht verstehen, wie die Deutschen mit England u. a. über die Frage Polens verhandeln könnten, die doch diese „Lebensinteressen“ betrifft. Dieses liebevolle alldeutsch-hafatistische Organ behauptet kurzweg, — daß, wenn die Note des hl. Vaters in der polnischen Frage nicht bloß allgemeine Redewendungen sondern aufrichtige Vorschläge enthielte, das für Deutschland und dessen Verbündete eine Falle sein wird.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt wiederum, daß bei der Erledigung der polnischen Frage für Deutschland in erster Reihe das deutsche Interesse maßgebend sei. Das wissen die Polen schon seit Kriegsbeginn, weil die hafatistischen Zeitungen es ihnen beständig eingeprägt haben. Dies ist übrigens verständlich. Weniger verständlich ist, daß die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, daß der nichtdeutschen Nationalitäten das Interesse für Deutschland maßgebend sei, „die gegen ihren Willen dem Königreiche Polen angehört haben“. Solche Völker waren in Polen nicht vorhanden, denn diejenigen, die dort wohnten, hatten sich freiwillig mit Polen vereinigt oder waren als Gäste dorthin gekommen, wie z. B. die Juden und die Deutschen usw. Polen hat aber niemanden mit der „gepanzten Faust“ bedrückt. Und wenn die „Deutsche Tageszeitung“ die Sache so darstellt, so ist es offenbar, daß es sich bei ihr hauptsächlich um eine Entzweigung der Bürger des polnischen Staates handelt, um Polen wieder zu schwächen, damit es dereinst nochmals Gegenstand neuer Teilungen würde.

Um die Polen besonders zu stechen, sagte die „Deutsche Tageszeitung“ noch, daß die Polen das deutsche Wohlwollen in der Zeit des Krieges garnicht verdient hätten. Weshalb nicht? Etwa deshalb, weil die Polen sich im preußischen Teilgebiet so musterhaft verhalten haben, daß auch nicht einem einzigen Polen wegen Staatsverrats der Prozeß gemacht worden ist, während z. B. viele Deutsche sogar — erschossen wurden?

Oder vielleicht deshalb, weil das Königreich Polen dem Deutschen Reiche Millionen von Tonnen Lebensmitteln gegeben hat, obgleich es selbst Not leidet?

Vielleicht wird die „Deutsche Tageszeitung“ diese Fragen gütigst erwägen.

Ein wahres Glück, daß es der Hafatisten und Alldeutschen, also derjenigen, die trotz der päpstlichen Note um jeden Preis das Unrecht der Polen verlangen, im Verhältnis zu den Duzenden von Millionen des deutschen Volkes nur eine Handvoll, ungefähr 25 000 gibt, die nach Meinung des Abgeordneten Erzberger in Sanatorien für Geistesranke geschafft werden müßten. Sonst müßte man wirklich daran zweifeln, daß es jemals zu einer Verständigung zwischen dem einen und dem anderen Volke kommen werde.

Aus Nr. 112 der Prawda (Posen)
vom 22. August 1917.

Auf der Grundlage der Friedensnote des hl. Vaters.

„Von demselben Geiste des Rechts und der Gerechtigkeit muß man sich leiten lassen bei der Lösung der Frage jener Länder, welche ehemals zu dem Königreich Polen gehörten und die sich auf Grund ihrer edlen geschichtlichen Überlieferungen und ihrer Leiden zur Zeit dieses Krieges die Sympathien aller Völker erworben haben,“ — so schreibt der hl. Vater an die Oberhäupter der kriegsführenden Staaten.

So warme Worte des Wohlwollens hören wir von der Höhe des päpstlichen Thrones nicht zum ersten

Male. Denn wir Polen kennen ja auch die Sympathien, die uns die Päpste Pius IX., Leo XIII. und Pius X. entgegengebracht haben. Ebenso nimmt sich der gegenwärtige in Gnaden regierende Papst Benedikt XV. des polnischen Volkes nicht zum ersten Male öffentlich an. Polen ist ja mit dem Vatikan schon seit Jahrhunderten durch ein enges Band verbunden. Das polnische Volk blickte stets mit tiefer Ehrfurcht und mit dem Gefühl der Dankbarkeit zu dem hl. Stuhle empor. Der neue Beweis der Sympathie für uns, da wir jetzt so unglücklich sind, wird aber das polnische Volk noch enger mit dem apostolischen Stuhle und mit dem Stellvertreter Christi vereinigen.

Der furchtbare Weltkrieg hat über uns solches Unglück gebracht, wie kaum über ein anderes Volk. Angesichts der Leiden des polnischen Volkes verblaffen heute sogar die Leiden des belgischen Volkes. Um so größer ist deshalb der Dank unserer Herzen demjenigen gegenüber, der empfiehlt, „mit Recht und Gerechtigkeit“ jene Länder zu behandeln, die vormals zum Königreich Polen gehörten.

Der großmütige Akt vom 5. November 1916 umfaßt nur einen gewissen Teil des polnischen Volkes. Wir wissen ja die Bedeutung dieses Aktes zu schätzen, und die beiden Monarchen, welche diesen Akt vollzogen haben, können sicher sein, daß das polnische Volk ihnen dafür seine Dankbarkeit bewahren wird, wenn auch diese Dankbarkeit, — darüber kann man sich allerdings nicht hinwegtäuschen, — sich erst später in der Zukunft offenbaren wird.

Der hl. Vater schließt in seine Bemühungen schon von vornherein das ganze polnische Volk ein. Darin liegt aber der grundsätzliche Unterschied zwischen dem Akt vom 5. November 1916 und zwischen der päpstlichen Note vom 1. August 1917.

Die neue Note des Papstes empfiehlt nämlich aufs Wärmste, die polnische Frage in ihrem ganzen Umfange, und — nicht bloß in einem polnischen Landesteil zu lösen. Benedikt XV. tritt hier also wirklich als Vater auf; er macht keinen Unterschied zwischen den Polen aus dem preussischen, österreichischen oder russischen Anteil. Eine solche Behandlung der polnischen Frage entspricht in würdiger Weise seiner Stellung als Vater aller und als Stellvertreter Christi.

Wir müssen hierbei aber den Mut und das Wohlwollen des hl. Vaters uns gegenüber besonders hochschätzen. Der hl. Vater wünscht nämlich zweifellos aus ganzem Herzen Frieden für alle Völker, die seiner Obhut anvertraut sind. Er scheut sich aber — trotz dieses heißen Verlangens nach Frieden — nicht, die polnische Frage ganz klar hinzustellen. Er verlangt für alle polnischen Länder „Recht und Gerechtigkeit“.

In ähnlicher Weise hat bis dahin noch niemand die polnische Frage hingestellt.

Es muß unbedingt überall — so sagt der hl. Vater an einer anderen Stelle — die „moralische Kraft des Rechts“ zur Herrschaft kommen.

Wenn dieser Grundsatz, wie es also die Note des Papstes verlangt, als Bedingung für den künftigen Frieden anerkannt wird, dann können wir schon mit Ruhe die Friedensverhandlungen abwarten. Denn dann wird uns allen „Recht und Gerechtigkeit“ zuteil werden, nämlich allen Polen „aus jenen polnischen Landesteilen, die ehemals zum Königreich Polen gehörten“. Wir können dann somit mit Ruhe unserer Zukunft entgegensehen. Aber wir dürfen dabei die Hände nicht in den Schoß legen. Wir dürfen niemals vergeffen, was der Hochwürdigste Herr Erzbischof Rakowski gesagt hat, daß „alles übrige in unseren eigenen Händen ruht“. Die Friedensbemühungen des hl. Vaters beschäftigen sich zwar in warmem Tone mit der polnischen Frage, aber eine für uns vorteilhafte Lösung dieser Frage wird zu einem bedeutenden Teil von uns selbst

abhängen, denn „alles übrige liegt eben in unserer eigenen Hand“.

Wir dürfen uns deshalb durch die Note des Papstes nicht etwa dazu verleiten lassen, unsere eigenen Bemühungen um den Aufbau unserer Zukunft aufzugeben. Wir dürfen in dieser Note nichts anderes erblicken, als eine positive Hilfeleistung, die uns bei unserer schweren Arbeit an dem Bau unseres Staatsgebäudes zuteil wird.

Der Akt vom 5. November 1916 gab uns nämlich den richtigen Boden für das Fundament unseres Staatsgebäudes und entfernte alle Steine und — allen Schutt von dem Baugelände. Die Note des Papstes vom 1. August 1917 gibt uns jetzt gleichsam den Kalk, den Zement und die Ziegelsteine, an denen es uns bis dahin noch fehlte. Nun sollen wir jetzt selbst weiter bauen, denn „das Übrige liegt eben in unserer Hand“.

Wir wollen deshalb auch wirklich weiter bauen und schaffen. Wir wollen auf diejenigen nicht achten, die uns von dieser Arbeit abhalten möchten, indem sie die Losung ausgeben: „Ruhig sitzen und nichts tun“. Wir wollen keine Rücksicht nehmen auf solche Leute, die da verkünden, daß wir „Neutralität zu wahren“ haben. Ebensowenig wollen wir uns um den Lärm und das Geschrei der Hakatisten bekümmern.

Wir wollen in einer Weise weiter bauen und schaffen, daß „die Frage jener Landesteile, die einstmals zum polnischen Königreich gehörten“, wirklich „nach Recht und Gerechtigkeit“ erwogen werde“. Denn nur auf diese Weise werden wir den Bau unserer Zukunft, nämlich einer polnischen und glücklichen Zukunft, vollenden können. Dabei dürfen wir allerdings auf die Unterstützung sowohl derjenigen nicht verzichten, die, wie der hl. Vater, uneigennützig für uns eintreten und an unserem Wohle mitwirken, als auch derjenigen, die uns ihre Hilfe für einen erschwinglichen und erträglichen Lohn angeboten haben. Denn jede Hilfe ist uns bei unserem Bau willkommen, aber unbedingt notwendig ist dabei unsere eigene Bemühung, unsere Tat und das Vertrauen zu unseren Kräften. (k.)

Aus Nr. 264 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 23. August 1917.

Die Debatte über die Friedensnote des hl. Vaters in dem Hauptausschuß des Reichstages.

... Es ist hervorzuheben, daß während der Diskussion über die Friedensnote des Papstes nach der Rede des Reichskanzlers nur noch Vertreter der deutschen Fraktionen das Wort ergriffen; der Vertreter der polnischen Fraktion hat dagegen — nach dem uns zugesandten Berichte — gar nicht gesprochen. Auch die elsass-lothringischen Abgeordneten haben sich zum Worte nicht gemeldet. Die Dänen, die im Hauptausschuß des Reichstages wahrscheinlich gar nicht vertreten. Warum aber der Vertreter der polnischen Fraktion geschwiegen hat, wissen wir nicht. Das Schweigen dieses Vertreters ließe sich wohl damit erklären, daß die polnische Fraktion sich an der Diskussion im Reichstage nicht beteiligen wollte. Die Ansichten über eine solche Taktik sind jedoch geteilt. Nach unserer Auffassung mußte die polnische Fraktion ihren Standpunkt klarlegen, da es sich um eine so wichtige Frage handelte, wie es gerade die Friedensfrage ist. Denn das polnische Volk hat ebenso wie die anderen Nationen ein Interesse daran, daß dieser Krieg zu Ende gehe und daß die gesegnete Friedenszeit wiederkühre. Und als Katholiken fühlen sich die Polen dem Papste auch zu besonderem Danke dafür verpflichtet, daß er die Friedensaktion von neuem aufgenommen und in ihr besonders seine Sorge um das

Schicksal jener Länder zum Ausdruck gebracht hat, die ehemals zum Königreich Polen gehörten, „das sowohl durch seine edlen geschichtlichen Überlieferungen, als auch durch seine Leiden, die es während dieses Krieges hat ausstehen müssen, das Mitgefühl aller Völker verdient hat“. Wenn also auch im Hauptausschusse vorläufig die speziellen Fragen der päpstlichen Friedensnote noch nicht zur Erörterung gelangten, so konnten die Polen doch schon jetzt ihre grundsätzliche Sympathie für die Aktion des hl. Vaters zum Ausdruck bringen. Das hat die polnische Fraktion jedoch nicht getan. Das ist zu bedauern.

Aus Nr. 192 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza) vom 24. August 1917.

An die Adresse der polnischen Fraktion.

Unsere Bemerkungen von gestern, die an die Adresse der polnischen Fraktion gerichtet waren, haben uns schon eine Reihe von Kundgebungen aus den Kreisen unserer Leser gebracht, in denen Zustimmung zu unseren Anschauungen festgestellt wird. In allen diesen Kundgebungen wird in Übereinstimmung mit unseren Behauptungen hervorgehoben, daß es in der gegenwärtigen Zeit einen Augenblick gegeben habe, wo die polnische Fraktion nicht nur das Wort ergreifen konnte, sondern auch mußte.

Als offizieller Vertreter der polnischen Fraktion nahm, wie wir erfahren, an den Beratungen der Budgetkommission der Abgeordnete v. Trampeczynski teil, der in dieser Zeit in Berlin anwesend war. Unsere Bemerkungen sind aber selbstverständlich nicht an seine Adresse gerichtet. Denn ein einzelner Abgeordneter darf ohne Ermächtigung der polnischen Fraktion im Namen dieser Fraktion öffentlich schwerlich auftreten, zumal in einer so wichtigen Zeit, wie es die gegenwärtige ist. Deswegen verstehen wir auch die gemäßigte Haltung dieses Vertreters unserer Fraktion.

Aber wir müssen uns dann die Frage vorlegen: „Wo war denn in dieser Zeit die polnische Fraktion, und was tat damals das Präsidium dieser Fraktion?“

Wir wissen doch alle aus den deutschen Blättern, daß eine ganze Reihe deutscher Parteien in dieser Zeit besondere Sitzungen abgehalten hat, um über die gegenwärtige politische Lage zu beraten und um vor allem zu der Friedensnote des Papstes Stellung zu nehmen. Die deutschen Parteien befinden sich allerdings in einer anderen Lage. Aber andererseits nimmt die polnische Partei jetzt eine solche Sonderstellung ein, daß es nicht nur erwünscht, sondern geradezu notwendig, ja, sogar die Pflicht der Partei wäre, ununterbrochen und mit der größten Aufmerksamkeit den Gang der politischen Ereignisse zu überwachen.

Es lassen sich hier und da allerdings Stimmen vernehmen, die da sagen: „Jetzt sind doch Ferien und somit eine Zeit der Erholung.“ Solche Argumente können wir jedoch keineswegs gelten lassen. Denn die gegenwärtige Umschwungszeit und die politischen Umwälzungen, die durch die militärische Aktion stets von neuem hervorgerufen werden, gestatten keine Erholung und keine Ferien. Die Verantwortlichkeit unserer Abgeordneten und ebenso unserer Fraktion als eines organisierten Ganzen ist nämlich jetzt zu groß, als daß solche Argumente speziell ihnen gegenüber Geltung haben könnten. Wenn wir also dieser Argumente hier überhaupt Erwähnung tun, so geschieht es nur deswegen, weil sie gar oft als Entschuldigungsgrund von solchen Personen angeführt werden, die offensichtlich vergessen, daß die künftigen Geschlechter gar nicht danach fragen werden, ob die gegenwärtigen Leiter der polnischen Politik ihre Ferien angenehm verlebt und während derselben ausgeruht haben. Sie werden im Gegenteil nur danach fragen, wie diese

Politiker ihre Pflicht unserer Zukunft gegenüber erfüllt haben, die heute so wichtige Aufgaben an sie stellt.

Was ist nun schuld daran, daß es heute der Organisation unserer Fraktion an dem erforderlichen Zusammenschluß und an der entsprechenden Aktionsfähigkeit fehlt? Wir verstehen ja ganz gut, daß ein einzelner Abgeordneter eigenmächtig nicht handeln, und daß er ebenso wenig die Fraktion im Notfalle zusammenberufen darf, denn die Fraktion kann, wie wir wissen, zu einer Sitzung, die nicht vom Präsidenten angeordnet wird, nur dann zusammentreten, wenn ein entsprechender Antrag von mehreren Abgeordneten, und zwar schriftlich gestellt wird.

Liegt deshalb die Schuld nicht etwa am Präsidenten der Fraktion? Der Vorsitzende der Fraktion, Fürst Radziwill, ist, soweit wir wissen, nach langer Abwesenheit aus der Schweiz nach Berlin bzw. nach der Heimat zurückgekehrt. Wir glauben also, daß er in erster Linie verpflichtet war, die Fraktion zusammenzubrufen, zumal der stellvertr. Vorsitzende der Fraktion, der ihn so lange Zeit fleißig vertreten hat, verreist ist. Ebensowenig glauben wir, daß die einzelnen Mitglieder von ihm die Einberufung der Fraktion hätten verlangen sollen, denn man wußte doch, daß nächstens Sitzungen der Budgetkommission stattfinden und daß in denselben politische Fragen zur Erörterung gelangen würden. Es konnte infolgedessen auch sehr leicht die polnische Frage beraten werden. Das war aber schon ein hinreichender Grund für die Zusammenberufung der Fraktion, was um so mehr ins Gewicht fiel, als die Fraktion jetzt zum ersten Male vor die neuen Männer treten sollte, nämlich vor den neuen Reichskanzler und vor den neuen Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten. Aber auch die Unterredung des Vorsitzenden der polnischen Landtagsfraktion, des Herrn Dr. Mizerski, mit dem Reichskanzler bot einen interessanten Stoff für die Beratungen der Reichstagsfraktion. (Und es fällt doch nicht schwer, einen Kollegen vom Landtage zu einer Sitzung der Reichstagsfraktion einzuladen!)

Überdies trat noch ein neuer Faktor hinzu, der die Zusammenberufung der polnischen Reichstagsfraktion erheischte, nämlich die Friedensnote des Papstes, in der auch die polnische Frage berührt wird. Hier bot sich der polnischen Reichstagsfraktion naturgemäß eine neue Gelegenheit, im Anschluß an die Rede, die der stellvertr. Vorsitzende Herr Seyda im März d. J. gehalten hat, das Wort zu ergreifen. Und wir dürfen nicht vergessen, daß in der gegenwärtigen Zeit jede Rede einen anderen Klang hat. Anders klangen also die Worte des polnischen Redners im März, und anders würden sie heute — auf der Grundlage der Friedensnote des Papstes klingen. Man kann nämlich über die praktische Bedeutung der Kundgebung des Papstes verschiedener Ansicht sein, aber alle Polen werden wohl darin einig sein, daß der Abjag der Friedensnote, wo von der Zusammenfassung der polnischen Frage auf der Grundlage eines internationalen Problems gesprochen wird, für uns von besonderer Wichtigkeit ist.

Wir gehörten und gehören ja auch heute noch zu jenen Kritikern der polnischen Fraktion, welche davon überzeugt sind, daß die polnische Fraktion eine lange Zeit wirklich schweigen mußte. Deswegen nahmen wir die polnische Fraktion auch immer in Schutz, so oft sie wegen ihres bisherigen Schweigens von verschiedenen Seiten her angegriffen wurde. Aber andererseits haben wir mit unserer Meinung niemals zurückgehalten, wo wir fest überzeugt waren, daß die polnische Fraktion diesen oder jenen günstigen Augenblick zum Reden verpaßt hatte.

So steht die Sache auch jetzt. Wenn wir also an und für sich die Notwendigkeit der Zurückhaltung der Fraktion in einem Falle einsehen, so sind wir gerade in dem vorliegenden Falle fest davon überzeugt, daß

die Fraktion hätte das Wort ergreifen müssen, und zwar ebenso mit Rücksicht auf Rom wie auf die polnische Frage.

Da aber das Präsidium der Fraktion keine Sitzung anberaumt und Maßnahmen hierzu auch nicht auf Grund eines Beschlusses der Fraktion getroffen hat, so müssen wir weiter fragen: „Wozu ist denn eigentlich die Kommission unserer Reichstagsfraktion da? War etwa auch diese nicht anwesend?“ Sollte das letztere wirklich der Fall gewesen sein, dann gibt es in der Organisation unserer Fraktion, vor allem angesichts der gegenwärtigen politischen Lage Mängel, die unverzüglich bejeitigt werden müssen. In erster Linie müßten aber das Präsidium bzw. die Kommission der Reichstagsfraktion nicht nur zur Zeit der Tagung des ganzen Reichstages, sondern auch zur Zeit der Beratungen so wichtiger Kommissionen, wie es die Budgetkommission ist, in Berlin anwesend sein und auf den Gang der Beratungen ganz genau achtgeben, um bei einer wichtigen und dringenden Angelegenheit die Fraktion zu einer Sitzung zusammenzurufen.

Denn das polnische Volk hat das Recht, von seinen Abgeordneten und ihren Führern zu verlangen, daß sie auch während der Ferien keine parlamentarische Erscheinung aus dem Auge lassen, die für die polnische Frage von Bedeutung wäre.

Ein verspätetes Bedauern kann nämlich die verpaßte Gelegenheit nicht wieder gutmachen. Deswegen mögen jetzt Worte der Kritik eine Änderung herbeiführen!

Hierzu bemerkt die Posener „Gazeta Narodowa“ in Nr. 266 vom 25. August:

„Wir geben dem „Dziennik Kujawski“ recht hinsichtlich seiner obigen Bemerkungen. Sie gewinnen jedoch besondere Bedeutung, da sie ihre Spitze gegen den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion richten. Ihm schreibt das Hohenstauffer Organ hauptsächlich die Schuld daran zu, daß er es verabsäumt habe, die Fraktion zu einer Sitzung einzuberufen, um hinsichtlich der Papstnote Stellung zu nehmen. Der „Dziennik Kujawski“ bemerkt, es bestünde doch eine parlamentarische Kommission, welche sich gleichfalls mit dieser Sache hätte befassen können.“

Das Hohenstauffer Blatt sagt, es gehörte und gehöre noch „zu den Kritikern, welche die Notwendigkeit des Schweigens der Fraktion für längere Zeit vorzüglich begriffen hätten“. Heute jedoch hält es den Augenblick für entsprechend, daß sich unsere Vertreterschaft in Berlin über die „Gesamtgestalt der polnischen Sache auf dem Hintergrund der internationalen Probleme ausspreche“.

Wir haben die Taktik des Schweigens der Fraktion, die übrigens nicht immer innegehalten worden ist, niemals gebilligt. Als der Reichskanzler von Bethmann Hollweg s. B. im Plenum des Reichstags über die Lösung der polnischen Frage durch die Mittelmächte gesprochen hatte, hat die polnische Fraktion geschwiegen, obwohl jede deutsche Partei gemäß ihren eigenen Wünschen Gedanken in die Worte des Kanzlers hineinzulegen suchte. Es wäre damals gut gewesen, wenn auch die polnische Fraktion ihre Wünsche geäußert hätte. Das ist leider nicht geschehen, da die Fraktion „grundsätzlich“ schweigen wollte. Dagegen hat sie sofort mit dieser Taktik gebrochen, als es sich um die Angelegenheit des sozialdemokratischen Abg. Liebknecht handelte, den die deutschen Gerichte wegen Hochverrats verfolgt und schließlich später zu einer schweren Freiheitsstrafe und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt haben. Dort hat sich u. E. die polnische Fraktion ganz unnötigerweise in eine fremde Angelegenheit hineingemischt.

In der polnischen Sache hat s. B. der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, der gleichzeitig Mitglied des

Herrenhauses ist, in letzterem eine Rede gehalten. Dafür trafen ihn Unannehmlichkeiten. Bekannt ist, daß eine gewisse politische Gruppe sogar die Absicht gehabt hat, den Fürsten Radziwill aus diesem Anlaß aus seiner Stellung als Fraktionsvorsitzender zu entfernen. Mit dieser Gruppe hat gerade der „Dziennik Kujawski“ unmittelbare Fühlung. Sollten daher seine gegenwärtigen, übrigens ganz richtigen Äußerungen über das unaufgeklärte Schweigen der polnischen Fraktion in der Hauptkommission des Reichstags nur eine Fortsetzung der gegen den Fürsten Radziwill ins Werk gesetzten Aktion sein? Wir möchten daran nicht glauben. Vielleicht spricht sich der „Dziennik Kujawski“ über diese Sache etwas deutlicher aus.

Der „Dziennik Kujawski“ setzt in Nr. 193 vom 25. August seine Angriffe gegen die Reichstagsfraktion, insbesondere gegen den Fürsten Radziwill, in folgender Weise fort:

„Und Fürst Radziwill?“

Im Zusammenhange mit unserem gestrigen, an die Adresse der Fraktion gerichteten Artikel teilt man uns aus Berlin erbauliche Einzelheiten mit. Diese Einzelheiten ändern unsere Ausführungen nur insofern, als es sich um die Person des Vertreters der Fraktion in der Kommission handelt.

Wir bemerkten gestern, dieser Vertreter sei der Abg. von Trampeczynski gewesen, da wir nicht vermuteten, daß irgendeine Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter in der Kommission eingetreten sei. Diese Vertreter wählt nämlich die Fraktion. In diesem Falle waren es ihrer zwei — die Abgg. Wl. Seyda und von Trampeczynski. Da der Abgeordnete Seyda verreist ist — er weilt im österreichischen Okkupationsgebiet — war anzunehmen, daß das zweite Mitglied der Fraktion ihn in der Kommission vertreten werde. Dieses Mitglied, der Abg. v. Trampeczynski, war auch am Montag nach Berlin gereist.

Doch was geschieht? Wie man uns mitteilt, erschien der Fraktionsvorsitzende Fürst Radziwill, der etwa seit Mitte April in der Schweiz geweilt hatte und jetzt von dort zurückgekehrt war, am Mittwoch vor der Sitzung der Budgetkommission im Reichstag, ließ den Abg. v. Trampeczynski aus der Vertreterliste streichen und nahm selbst in der Kommission Platz. Und alles das tat er auf eigene Faust, ohne sich mit den Vertretern der Fraktion und mit letzterer zu verständigen!

Das ist eine Tatsache, die kaum glaublich wäre, wenn sie nicht wahr sein würde angesichts der Quelle, aus der wir sie schöpfen.

Was wird die Fraktion zu diesem Vorgehen ihres Vorsitzenden sagen? Seit wann darf der Vorsitzende auf eigene Faust handeln, ohne nach der Zustimmung der Fraktion zu fragen?

Allerdings trägt daran, daß so etwas vorkommen kann, die Fraktion selbst einen Teil der Schuld. Sie hat sich in ihrer Rücksichtnahme auf das vorgeschrittene Alter des fürstlichen Vorsitzenden nicht zu der Energie aufzuschwingen vermocht, die dem Fürsten ins Bewußtsein gerufen hätte, daß in der heutigen Zeit der Fraktionsvorsitzende nur auf Grund der Zustimmung der Fraktion, nicht aber gegen oder ohne deren Willen verfahren darf.

Wohin soll — abgesehen von allen anderen Gründen die sich unwillkürlich in die Feder drängen — eine solche Auffassung der Pflichten führen? Der Vorsitzende der Fraktion könnte ja letztere in eine Lage bringen, für welche die Fraktion gegebenenfalls die Verantwortung nicht wird übernehmen wollen.

Wir meinen, daß diese Tatsache die Fraktion mobilisieren würde nach der Richtung hin, daß sie energisch und deutlich die Rechte und Pflichten des Fraktionsvorsitzenden umschreibt, wodurch vor allem ins Be-

wußtsein gerufen würde, daß der Vorsitzende auf eigene Faust und entgegen dem Wissen und Willen der Fraktion nicht handeln darf.

Im vorliegenden Falle liegen Reibungen nach allen diesen drei Richtungen hin vor. Indes sind dies nicht die ersten. Wir rufen hier in Erinnerung, daß bis heutigen Tags zwischen der Fraktion und dem Fürsten Radziwill die Angelegenheit seines eigenmächtigen Auftretens im Herrenhause ungeklärt ist. Dieses Auftreten war insofern eigenmächtig, als es der allgemeinen Richtlinie zuwiderlief, von der sich die Reichstagsfraktion während des Krieges in ihrer Tätigkeit hat leiten lassen. Fürst Radziwill handelte damals dem Grundsatz der Solidarität zuwider, indem er es nicht für notwendig erachtete, die Fraktion davon in Kenntnis zu setzen, daß er als Herrenhausmitglied gegen die politische Richtlinie der Fraktion handeln werde, deren Vorsitzender er ist.

Unsere Leser werden nach diesen Aufklärungen verstehen, daß ein solcher Zustand in der Arena unserer Reichstagsfraktion weiterhin unmöglich ist. Die Zeiten sind zu wichtig, und zu verantwortungsreich. Fürst Radziwill vermag sich offenbar ungeachtet seiner schätzenswerten Vorzüge, die sich zweifellos nicht bestreiten lassen, sowohl infolge seines vorgeschrittenen Alters als auch wegen seiner langen Abwesenheit aus Berlin (— zuletzt hat er in der Schweiz so infognito gewelt, daß man in der Fraktion Näheres nicht wußte —) offenbar nur schwer den neuen Zeiten anzupassen. Dieses Moment darf jedoch die Stellung der Fraktion nicht beeinflussen. Unseres Erachtens muß diese ihrem Vorsitzenden ins Gedächtnis rufen, daß er die Pflicht hat, lediglich die Politik der Fraktion und der Volksgesamtheit zu betreiben und zu vertreten, nicht jedoch seine eigene.

Hierauf antwortet die „Gazeta Narodowa“ = Posen in Nr. 267 vom 26. August: Soweit der „Dziennik Kujawski“ in seinem zielbewußten Angriff auf den Fraktionsvorsitzenden. Die Nationaldemokratie schickt gern gerade dieses Organ zuerst ins Feuer, wenn sie aus opportunistischen Gründen in ihrem leitenden Posener Organ den Kampf nicht einleiten will. Es ist manchmal bequemer, wenn der „Kurjer Poznański“ die Auslassung seiner kujawischen Expositur zitieren kann. Auch in diesem Falle wird es untrüglich so sein. Wir erfahren jetzt, daß die gegen den Fraktionsvorsitzenden wühlende Aktion auf eine Gelegenheit lauerte, um ihn wegen der Rede weiter zu verfolgen, die er im März im preußischen Herrenhause gehalten hat. Man fällt über ihn her, weil er der „allgemeinen Richtlinie zuwider gehandelt haben soll, von der sich die Reichstagsfraktion während des Krieges in ihrer Tätigkeit habe leiten lassen“ und weil er „ohne Wissen der Fraktion im Herrenhause aufgetreten ist und sich damit in Widerspruch gesetzt habe zu der Solidarität der Fraktion.“

Diese Worte enthalten einen ganzen Wust von Parteichelei; denn zunächst hat das Auftreten des Fürsten Radziwill mit der Solidarität der Reichstagsfraktion nichts gemein. Höchstens hätte die Landtagsfraktion, die eine besondere Körperschaft ist, deswegen vorstellig werden können. Soviel wir wissen, hat sich die Landtagsfraktion bereits mit dieser Sache befaßt. Man hat gesagt, Fürst Radziwill habe im Herrenhause eine Rede von grundsätzlicher Bedeutung gehalten, ohne sich vorher mit der Fraktion zu verständigen. Gewiß, das ist der Fall gewesen, eine Frage ist es aber, ob der Fürst die Solidarität gebrochen hat. Hat er denn etwas gesagt, was einem Beschlusse der Landtagsfraktion und vor allem den Interessen der polnischen Bevölkerung zuwidergelaufen wäre? Sein Auftreten mochte ja den Leuten mißfallen, die da sagen: „Je schlimmer es den Polen

geht, desto besser ist es“; jeder nüchterne Politiker, vor allem aber die polnische Bevölkerung wird dem Fürsten jedoch dafür dankbar sein, daß er in seiner Rede die Aufhebung der Enteignungsgesetze verlangt hat. Wem das mißfällt, der möge offen sagen, er wolle, daß die polnische Bevölkerung weiterhin durch Ausnahmegesetze gepeitscht, daß sie weiterhin in der höchsten Gereiztheit erhalten und zu unüberlegten Handlungen geneigt gemacht werde. Wer so dächte und diesem Ziele zustrebte, der würde eine Hazardpolitik betreiben. Wir meinen nicht, daß der „Dziennik Kujawski“ unsere Volksgemeinschaft so sollte zum äußersten treiben wollen. Darum möge er sein gefährliches Spiel, das er vielleicht ganz unbewußt treibt und durch das er zum Werkzeug in der Hand der Freunde der Laufammer Agentur wird, einstellen.

Fürst Radziwill wußte in seiner Ansprache im Herrenhause so sehr Maß zu halten, daß auf seine Ausführungen ein Vertreter der Deutschen, Fürst Saxfeld, reagierte und die Aufhebung der anti-polnischen Ausnahmegesetze empfahl. Eine einschlägige Zusicherung gab auch in derselben Sitzung der preußische Minister v. Breitenbach ab. Ein solcher Meinungswechsel war nur möglich infolge des takt- und würdevollen Auftretens des Fürsten Radziwill. Wäre der Fürst in rauher Weise aufgetreten, wie einige Wochen vorher der Abgeordnete Korfanty im preußischen Abgeordnetenhaus, dann hätten wir noch nicht die Aufhebung des Enteignungs- und des Sprachenparagraphen. Auch das minimale Zugeständnis in Sachen des Religionsunterrichts in der Muttersprache der polnischen Kinder, das wir als den ersten Schritt zu einer Änderung der Schulpolitik in Preußen betrachten, wäre nicht erfolgt, wenn sich Fürst Radziwill an die Taktik des Abgeordneten Korfanty gehalten hätte.

Dieser Abgeordnete hatte sich folgender Wendung bedient: „Wie darf der Minister sich erdreisten zu behaupten!“ Korfanty hat auf eigene Faust und ohne vorherige Verständigung mit der Fraktion sowie ohne deren Beschluß der Regierung ein Mißtrauensvotum erteilt, was natürlich den Abbruch aller Beziehungen zur Folge haben mußte. Dafür ist Korfanty aber von seiten der Politiker nicht gerügt worden, die „mit der allgemeinen Richtlinie der Tätigkeit der Fraktion während des Krieges“ einverstanden sind.

Der „Dziennik Kujawski“ wolle uns verzeihen, wenn wir sagen, daß wir von einer solchen „Tätigkeit“ nichts haben wahrnehmen können. Gibt doch übrigens das Blatt selbst zu, daß die polnische Fraktion sich freiwillig zum Schweigen und zur — Untätigkeit verurteilt habe. Der „Dziennik Kujawski“ ist ja ein unerschütterlicher Anhänger dieses Schweigens und dieser Untätigkeit gewesen. Es ist nun eine bequeme Lösung: „Stillsitzen und nichts tun“, aber sie ist durchaus unpraktisch. Wenn wir unsere Lage als einen Ausnahmezustand betrachten, dann haben wir mit allen Kräften wenigstens danach zu streben, eine größtmögliche Summe von Zugeständnissen für uns zu gewinnen. Was uns gegenwärtig am empfindlichsten drückt, das sind die preußischen antipolnischen Gesetze. Nach ihrer Aufhebung hat eine redliche Politik zu streben. Darum möge sich der „Dziennik Kujawski“ Zügel anlegen in den Angriffen, die er gegen den Fraktionsvorsitzenden deshalb richtet, weil dieser Bemühungen nach der Richtung der Aufhebung der antipolnischen Gesetze hin unternommen hat.

Der „Kurjer Poznański“ (Posen) nimmt hierzu in Nr. 194 vom 28. August in folgender Weise das Wort:

...Die Mitteilung des „Dziennik Kujawski“ beruht auf Wahrheit. Nach unseren Informationen hat sich Fürst Radziwill tatsächlich am vorigen Mittwoch

auf eigene Faust als Vertreter der Fraktion in der Budgetkommission eintragen lassen, was er erst hinterher dem etwas später erschienenen Abgeordneten v. Trampezhynski mitteilte. Seit Donnerstag ist jedoch der Abgeordnete v. Trampezhynski wieder in den Besitz seiner Rechte gelangt, die ihm von der Fraktion übertragen worden sind. Am Freitag nahm er auch das Wort, indem er in seiner Rede die Angelegenheit der Arbeiter aus dem Königreich berührte. Wir meinen, daß er auch an den weiteren gegenwärtigen Kommissionsberatungen teilnehmen wird, und zwar als wirkliches Mitglied dieser Kommission. Er hat hinsichtlich dessen nicht nur das formelle Recht — das Mandat von Seiten der Fraktion — für sich, sondern es sprechen auch materielle Gründe dafür, daß in den heut so wichtigen Kommissionsberatungen die Fraktion von den Abgeordneten vertreten werde, die an ihnen während des ganzen Verlaufes des Krieges teilgenommen und sich damit genau in die Sachen eingearbeitet haben. In Frage kommen hier somit die Abgeordneten Sedha und v. Trampezhynski.

Möglicherweise wird die Fraktion, wenn sie vor der Reichstagsitzung zusammentritt, die Sache definitiv aufklären, besonders da das Vorgehen des Fürsten Radziwill in diesem Falle nach unserer Auffassung weder formell noch materiell korrekt war.

Wenn wir uns mit dieser ganzen Sache so bis ins Einzelne befassen, so hat dies seinen Grund im Auftreten der Posener „Gazeta Narodowa“, welche die Mitteilung des „Dziennik Kujawski“ auf ihre Weise ausgenützt hat. Sie stellte nämlich die ganze Sache als einen von der Nationaldemokratie organisierten „zielbewußten Angriff“ auf den Fürsten Radziwill hin, der in Szene gesetzt worden sei, indem man die Rollen so findig verteilt habe, daß die Hohenstauffer Zeitung zuerst ins Feuer geschickt worden sei, worauf der „Kurier Poznański“ die Ausführungen des „Dziennik Kujawski“ untrüglich zitieren werde.

Die „untrügliche“ Ankündigung der „Gazeta Narodowa“ hat natürlich gründlich getäuscht; denn in der Sonntagsnummer unseres Blattes haben wir unsere „Kujawische Expositur“ nicht zitiert, obgleich ihr Artikel uns bekannt war. Keine Enttäuschung brachte jedoch die wesentlichste Natur der geschätzten „Gazeta Narodowa“; denn sie hat dieser ersten „vorausschauenden“ Inimination in ihrem anderthalb Spalten langen Artikel eine ganze Reihe weiterer gegenstandsloser Invektiven, an den Haaren herbeigezogener Beschuldigungen und kränkender Angriffe hinzugefügt, abgesehen von „sehr edlen“ Anklagen. Das ist allerdings bei diesem Blatte nichts Neues. So befassen wir uns denn auch nicht der Polemik halber damit, da wir eine solche für durchaus unangebracht und zwecklos halten würden. Auch handelt es sich um nicht um die politischen Anschauungen und Überzeugungen der „Gazeta Narodowa“, denn in diesem Falle gehen sie uns nichts an, sondern um die Art und Weise und um die Methode ihres Auftretens gegen uns. Wenn wir somit dann und wann diese Streiche berühren, so geschieht dies deshalb, damit unsere Gesamtheit, die diese Sachen nicht liest, wisse, welche moralische Atmosphäre sich in gewissen Gäßchen unseres politischen Lebens erzeugt. Heut ist die Gefahr von dieser Seite her nicht aktuell, doch gilt es wachsam zu sein, damit deren Ansteckungsstoffe nicht Wurzel fassen und damit sie nicht für die allgemeine Gesundheit bedrohlich werden.

Aus Nr. 114/115 der Prawda (Posen)

vom 14. und 15. August 1917.

Angst vor den Hakatisten?

I.

Der gegenwärtige Weltkrieg hat samt seinen Gräueln nicht vermocht, aus unserem Gedächtnis das Unrecht und die Leiden zu bannen, die wir von Seiten der antipolnischen Bewegung in Deutschland zu ertragen hatten. Die Leiter dieser Bewegung waren und sind bis heute noch die Hakatisten. Die Bekämpfung des polnischen Elements ist ja überhaupt der Hauptzweck der Hakatisten. Aus ihren Reihen kam doch auch die Lösung: „Ausrotten“. Kein Wunder also, daß das ganze polnische Volk wie ein Mann sich dem Ansturm der Hakatisten widersetzte.

Der lange Kampf gegen die Hakatisten sowie gewisse besondere parteiliche Tendenzen in unseren eigenen Kreisen haben bewirkt, daß bei einem Teil unserer Bevölkerung die klare Erkenntnis der allgemeinen politischen Lage verloren ging.

So haben vor allem die Angriffe der Hakatisten, die seit der Zeit Bismarcks niemals aufgehört haben, eine gewisse Unruhe und eine gewisse Erregung in unsere Reihen gebracht. Das Ansiedlungsgezet, — der Verkauf der polnischen Güter an die Ansiedlungskommission, die Breschener Affäre, das Maulkorbgezet, die Benachteiligung auf dem Schulgebiete usw. geboten dem polnischen Volke eine Wachsamkeit, die bis an die äußersten Grenzen gehen mußte. Wir standen schon seit Jahren in einem geistigen Kampf mit den Hakatisten, der, was die Kraftanstrengung auf unserer Seite anbelangt, ohne Übertreibung mit den gegenwärtigen Kämpfen an der Westfront verglichen werden kann. Der Hakatismus hatte nämlich, wie die heutige Artillerie, ein Trommelfeuer gegen alle unsere Stellungen eröffnet. Er glaubte mit seinem Kugelregen das polnische Volk vernichten zu können, das ja selbst keine Geschütze zur Verfügung hatte, denn es hat sich doch unserer Sache niemand in der Welt angenommen. Wir haben aber trotzdem durchgehalten und unsere Stellungen während dieses Trommelfeuers der hakatistischen Artillerie, ebenso — wie die heutige Infanterie im Felde, behauptet. Und hat man uns eine Reihe von Schützengräben vernichtet, so bauten wir bald eine neue Reihe auf, die noch stärker und zweckmäßiger waren. Als nämlich die Ansiedlungskommission ins Leben gerufen wurde, da haben wir unsere Kräfte in unseren Parzellierungsbanken konzentriert, und wir fingen an, die Leute, die ihre Güter an die Ansiedlungskommission veräußerten, geziemend zu brandmarken und ebenso unser väterliches Erbe mit Hand und Fuß zu verteidigen. Und als man uns die polnischen Schulen verspernte, da fingen wir an zu mahnen: „Lehret selbst eure Kinder polnisch lesen und schreiben!“ So haben wir jeden neuen Anprall des feindlichen Angriffes abgewehrt — und wir haben durchgehalten. Ebenso werden wir auch weiter durchhalten, denn wir bilden doch ein lebendes Volk, das sich seiner eigenen Geschichte und seiner eigenen Kultur rühmen kann. Hinter uns steht auch weiter das göttliche Gezet; außerdem hatten und haben wir Vertrauen zu unseren eigenen unüberwindlichen Kräften.

Der Hakatismus hat das aber nicht eingesehen, und er konnte überhaupt nicht begreifen, daß das von ihm stets von neuem eingesezte Trommelfeuer uns zwar Wunden schlagen, aber unsere Existenz nicht vernichten kann, und daß es ebensowenig diese Existenz in der Zukunft wird vernichten können, denn der Geist läßt sich überhaupt nicht niederringen und vernichten.

Wir haben auf unsere eigenen Kräfte vertraut — und der Hakatismus hat diese Kräfte eben unterschätzt.

War es aber der Hakatismus allein?

Nein, nicht er allein, denn es gibt auch unter uns Deserteure, und es wird solche unter uns auch in der

Zukunft immer noch geben. Das sind schwache und kleinmütige Leute, die sich von dem Geschützdonner der Hatzisten betäuben lassen, und die deswegen vor einem Kampf mit dem Gegner zurückschrecken. Wir müssen, wenn wir aufrichtig sein wollen, gestehen, daß es in unseren Kreisen Menschen gab, die wenig Mut, aber viel Bequemlichkeit zeigten. Es gab in unseren Reihen Ausreißer, Renegaten und Leute, die ihr väterliches Erbe an die Ansiedlungskommission verkauft haben; überdies gab und gibt es auch heute noch ganz ängstliche Gemüter.

Die letzteren wurden allerdings von einem Teil der Presse großgezogen. Diese Presse hat sie nämlich zu ihren Parteizwecken in dieser Weise ausgebildet. Sie nahm dabei keine Rücksicht darauf, daß sie dadurch unserer nationalen Volksarmee und unserer ganzen Volksgemeinschaft einen ungeheuren Schaden zufügte. Diese Presse ist eben die nationaldemokratische Presse, die auch heute noch unserem Volke die Neutralität zu empfehlen sucht und die Losung ausgibt: „Ruhig sitzen und nichts tun.“ Wir wollen hier diese Blätter nicht mit dem Namen nennen, — denn jeder von uns mußte sie schon ohne weiteres kennen.

Warum und auf welche Weise haben aber die nationaldemokratischen Blätter solche Feiglinge großgezogen, die jetzt vor dem Hatzismus erzittern? Sie haben es zunächst zu Parteizwecken getan. In der nationaldemokratischen Partei muß man nämlich ebenso, wie bei den Freimaurern, Eingeweihte und Nichteingeweihte unterscheiden. Es gibt in ihr in gleicher Weise, wie bei den Freimaurern, Meister, Gesellen und Lehrlinge. Der nationaldemokratischen Partei kam und kommt es auch heute darauf an, das polnische Volk nur teilweise politisch aufzuklären. Sie will nämlich dieses Volk in politischer Unkenntnis erhalten, um es um so leichter leiten und regieren zu können. Das ist der Nationaldemokratie auch zum Teil in Galizien, wie im Königreich und bei uns gelungen. In Galizien und im Königreich Polen haben jedoch die Nationaldemokraten schon Schiffbruch erlitten. Und es ist die höchste Zeit, daß es ihnen ebenso auch bei uns ergehe.

Die nationaldemokratischen Blätter behaupten, daß sie schon seit einem halben Jahrhundert für die Rechte des polnischen Volkes einträten. Das ist nun zunächst eine einfache Lüge, die auf die Unkenntnis ihrer Leser berechnet ist. Denn vor einem „halben Jahrhundert“ wußte noch niemand bei uns etwas von den Nationaldemokraten. Und diejenigen, von denen die Nationaldemokraten die schon ein „halbes Jahrhundert“ alten Blätter geerbt oder zu ihren Parteizwecken angekauft haben, waren zu ihren Lebzeiten gerade die größten Gegner der Nationaldemokraten, weil sie wußten, worauf diese Leute ausgingen.

Die Nationaldemokratie selbst ist aber zu uns erst vor ungefähr 12 Jahren gekommen. Sie hat es allerdings verstanden, alle polnischen Blätter sofort unter ihre Herrschaft zu bringen. Daran trägt eine große Schuld unsere Intelligenz, die größte Schuld haben aber unsere Magnaten. Diese Schichten unserer Bevölkerung waren nämlich zu bequem, um die schädliche nationaldemokratische Bewegung zu bekämpfen.

So gelang es der Nationaldemokratie bei uns in der Provinz Posen die Herrschaft an sich zu reißen und bis auf die letzte Zeit zu behalten.

Die Nationaldemokratie ging dann, um ihren Zweck zu erreichen, wie man zu sagen pflegt, über Leichen. Darauf werden wir noch bei einer anderen Gelegenheit zurückkommen. Wir werden dann zeigen, welcher Kunstgriffe sich die Nationaldemokratie dabei bediente.

Um jedoch auf den Hatzismus zurückzukommen, müssen wir feststellen, daß die Nationaldemokratie ebenfalls gegen die Hatzisten kämpfte. Sie wußte jedoch,

daß die Hatzisten uns nicht werden aufessen können. Trotzdem suchte sie, um das polnische Volk in politischer Unaufgeklärtheit zu erhalten, diesem Volke unnützerweise und zum Schaden unserer Gemeinschaft Angst vor den Hatzisten einzujagen. Statt also dieses Volk aufzuklären, zu belehren und politisch auszubilden, raubte sie ihm seinen Mut.

Die Folge davon war, daß der Hauptsitz der Nationaldemokraten, Posen selbst, da es politisch nicht entsprechend ausgebildet war, sich in einem furchtbar raschen Tempo zu germanisieren anfang. Heute ist es ja auch kein Geheimnis mehr, daß das polnische Element in einer Entfernung von nur einigen Kilometern von Posen schon im Schwinden begriffen ist. Soll man das etwa — so fragen wir hier — „Verteidigung des polnischen Volkes und der polnischen Sache“ nennen?

Die polnische Volksgemeinschaft hat also in den letzten Jahren, wo sie unter der Führung der Nationaldemokratie gestanden hat, ungeheure Verluste erlitten, und zwar deswegen, weil diese Führung schlecht, unbedachtsam und leichtsinnig war. Man kann die Nationaldemokraten hier mit den russischen Generälen vergleichen, die, obwohl sie Macht und Kraft besaßen, Niederlage auf Niederlage erleiden. In gleicher Weise sind diese Nationaldemokraten und ihre Blätter jenen russischen Führern ähnlich, die nutz- und zwecklos ihre Soldatenhaufen gegen die deutschen, österreichischen, bulgarischen und türkischen Bajonette hintreiben. Ebenso wie diese russischen Führer suchten auch die Nationaldemokraten in ihren eigenen Reihen Schrecken vor dem Gegner zu verbreiten, statt den Geist in diesen Reihen zu heben und sie zu belehren, daß dieser Feind zwar gefährlich, aber jedenfalls nicht so gefährlich ist, daß man vor ihm zu erzittern brauchte. Es ist aber eine bekannte Tatsache, daß der größte Feind eines kämpfenden Kriegers gerade die Angst ist, die er vor seinem Gegner hat.

II.

Im vorigen Artikel haben wir darauf hingewiesen, daß manche politische Blätter ganz unnötigerweise Angst vor den Hatzisten zu verbreiten suchten. Wir haben weiter gezeigt, daß sie es deswegen tun, um das polnische Volk um so leichter beherrschen zu können. Sie nehmen auch keine Rücksicht darauf, daß sie durch ein solches Verfahren der Sache des polnischen Volkes besonderen Schaden zufügen. Zum Schluß haben wir noch bemerkt, daß die Angst der größte Feind eines jeden Soldaten und eines jeden Kriegers ist.

Wir Polen brauchen aber mutige und unerschrockene Männer, die nicht einmal vor dem Trommelfeuer der Hatzisten erzittern.

Wir hatten schon öfters Gelegenheit, nachzuweisen, daß die Hatzisten in diesem schrecklichen Kriege nichts gelernt haben. Vor allem ist ihnen bis dahin kein Licht darüber aufgegangen, daß heute nach drei Kriegsjahren die ganze Welt, und nicht etwa das deutsche Volk allein — die polnische Frage ganz anders beurteilt.

Daß die Hatzisten während dieses Krieges wirklich nichts gelernt haben, ist auch sonst nicht schwer zu beweisen. Ihre Stellung dem polnischen Volke gegenüber vor dem Kriege ist ja bekannt. Unterdessen wurde aber durch den Krieg der Akt vom 5. November ins Leben gerufen. Der Krieg hat also bewirkt, daß die polnische Frage zu einer internationalen Frage geworden ist. Nach dem Akte vom 5. November verstummten allerdings die Hatzisten anfangs. Als aber der ihnen verhaßte Reichskanzler von Bethmann Hollweg zurücktrat, erneuerten sie sofort das Feuer gegen uns aus ihren schwersten Geschützen. Um das alles anzuführen, was die Hatzisten gegen uns Polen seit dieser Zeit ins Werk gesetzt haben, mußte man viel Zeit und Papier vergeuden. Es ist aber schade sowohl

um die Zeit, als auch um das Papier. Da die Hakatisten aber während des Krieges wirklich nichts gelernt haben, so erheben sie auch heute noch gegen uns dieselben ungereimten Anschuldigungen, wie früher. Sie möchten jedoch jetzt noch den neuen Reichskanzler Herrn Dr. Michaelis ungünstig gegen uns stimmen. Nach alledem zu urteilen, was man heute hört, wird aber dieses Kunststück den Hakatisten nicht gelingen. Sie werden also früher oder später einsehen müssen, daß ihr Feldzug vollständig mißlungen ist.

Hier beginnt aber schon die Versündigung derjenigen polnischen Blätter, welche wir oben erwähnt haben.

Statt unser Volk aufzuklären, suchen nämlich diese Blätter den politischen Horizont immer noch zu verdunkeln. Bis zum Überdruß erörtern sie die Angriffe der Hakatisten über das Thema „Ausrotten“. Sie fügen aber nicht hinzu, daß das schon die letzten Zuckungen des politischen Kadavers der Hakatisten sind.

Wir sind allerdings auch der Ansicht, daß man unser Volk über die Absichten der Hakatisten unterrichten muß. Wir tun es doch auch selbst. Es muß jedoch auffallen, daß ein gewisser Teil unserer Blätter sich heute damit begnügt, die Ausführungen der Hakatisten nur mit einigen solchen Glossen zu versehen, wie sie vielleicht vor dem Kriege noch angebracht waren, oder daß man diese Anzuspinnungen ohne jede Erläuterung veröffentlicht. So darf man nicht verfahren, denn dadurch schreckt man nur mit einem Hakatistenregiment. Auf den Zweck einer solchen Handlungsweise haben wir schon hingedeutet; — er liegt in der parteiischen Interessensphäre dieser Blätter.

Sie schrecken das polnische Volk mit dem Gespenst des Hakatismus nur deswegen, um es von dem einzig richtigen Wege abzulenken, den dieses Volk zu betreten hat.

Und dieser Weg, das ist der Weg, der — trotz des Lärmens der Hakatisten — zu einem freien Polen führt. Polen steht ja jetzt schon wirklich auf. Und da die Hakatisten das sehen, so erheben sie ihr großes Geschrei. In ihrer Absicht, die Freiheit Polens dadurch zu vernichten, werden sie aber leider nun auch von den Nationaldemokraten und ihren Blättern unterstützt.

Der Hakatismus ist vor allem darüber empört, daß Polen dank den Siegen sich erhebt, die das Schwert der Mittelmächte, nämlich Deutschlands und Österreichs-Ungarns, sowie Bulgariens und der Türkei errungen hat. Sie wollen nicht einsehen, daß das Schwert der Mittelmächte, wenn es den Polen die Freiheit bringt, gleichzeitig auch für die Mittelmächte einen unentbehrlichen Bundesgenossen gewinnt. Das ist eine nackte Wahrheit, die auch wir uns merken müssen.

Wenn die russischen, englischen und französischen Armeen so tief in die Länder der Mittelmächte eindringen wären, wie die deutschen und österreichisch-ungarischen Heere in die feindlichen Gebiete, so würde von einem selbständigen polnischen Staate keine Rede sein. Denn Rußland versprach Polen sogar zur Zeit seiner größten Niederlage nichts mehr, als eine unbestimmte Autonomie unter russischer Herrschaft. Seinen Bundesgenossen gegenüber betonte es auch stets, daß die polnische Frage nur eine innerpolitische Frage Rußlands sei und deswegen auch von Rußland allein abhängen. England und Frankreich aber dachten in Wirklichkeit auch niemals an eine Wiederherstellung Polens. Umsoweniger würden sie eine solche Wiederherstellung von Rußland verlangen, wenn die Entente siegen und Rußland infolgedessen an Macht noch gewinnen würde.

Polen wäre also auch dann kein freies geworden, wenn Rußland, woran wir zweifeln, seine Ver-

sprechungen gehalten hätte. Es würde nur einen Teil Rußlands bilden, der von der russischen, sei es einer zaristischen, oder einer anderen, jedenfalls aber von einer fremden Regierung abhängig sein würde. Polen würde dann also für immer ein Sklave Rußlands bleiben, denn nach der Sprengung des Deutschen Reiches würde es keine Macht in der Welt mehr geben, die dem siegreichen Rußland widerstehen oder sich ihm irgendwann entgegenstellen könnte. Und diese Sklaverei, die zur Vernichtung der selbständigen Individualität des polnischen Volkes führen würde, würde auch dadurch nicht etwa leichter werden, weil sie eben von slawischer Seite ausgehen würde.

Unsere bisherige Knechtschaft, die ein ganzes Jahrhundert dauerte, hat bewirkt, daß viele von uns, nachdem schon der überwiegende Teil der polnischen Länder, die früher zur polnischen Republik gehört haben, von den Mittelmächten besetzt worden war, nicht einmal so viel Mut hatten, sich ein selbständiges Polen vorzustellen, das sich selbst regieren könnte. An die Knechtschaft zu sehr gewöhnt, vermochten sie sich nur ein solches Polen zu denken, das durchaus an eine andere mächtige staatliche Organisation gekettet sein müßte. Daher kam es, daß sie auch Deutschland im Verdacht hatten, es würde Polen mittelbar oder unmittelbar unter seine Herrschaft bringen. Aus diesem Grunde suchen sie auch jetzt Furcht vor den Hakatisten zu verbreiten. Es weiß aber jeder, daß das, was vor dem Kriege wohl noch möglich war, heute schon als ausgeschlossen gelten muß. Denn das Blut der Menschheit wurde vier Jahre lang nicht zu dem Zweck vergossen, daß der Grundsatz der Hakatisten: „Gewalt geht vor Recht“ siegen sollte. Der Krieg wird also nicht eine solche Wendung nehmen, daß die Hakatisten triumphieren könnten. Das sehen wir heute schon an Deutschland selbst; dafür spricht nämlich die Ankündigung einer Neuorientierung in Deutschland, weiter die Ankündigung einer Reform des Wahlrechts, sowie die vorläufig allerdings noch teilweise Parlamentarisierung der Regierung in Preußen und in Deutschland. Wer das nicht einsieht oder nicht einsehen will, der ist eben blind gegen alles, was ihn umgibt. Solche Leute können allerdings mit dem Gespenst des Hakatismus noch weiter geschreckt werden.

Wir aber wünschen, daß das polnische Volk sich von der Angst vor der Habgier und der Annexionsucht der Hakatisten befreie, denn die Herrschaft der Hakatisten und ihr bisheriges Schalten und Walten sind zu Ende.

Wir wollen deshalb auch keine Furcht mehr vor den Hakatisten haben und deswegen auch der Stimme derjenigen nicht folgen, welche unnötigerweise solche Furcht auszustreuen suchen.

Polen steht heute wieder auf; — es erhebt sich dank seiner gerechten Sache. Es wird aber schon ganz aufstehen, wenn wir auf das Geschrei der Hakatisten nicht mehr achtgeben, sondern ohne Vorbehalt unserer gerechten Sache und ebenso unseren eigenen Kräften vertrauen, die wir aber möglichst bald auch zu entfalten haben. Das wird am entsprechendsten dadurch geschehen, daß wir jetzt eine polnische Regierung und ebenso eine polnische Armee fordern. Dadurch werden auch die Hakatisten die beste Abfertigung erhalten, denn durch solche Faktoren werden sie, und — welche Ironie! — auch ihre Bundesgenossen aus dem Lager der Nationaldemokratie auf einmal beruhigt werden.

(k.)

Aus Nr. 192 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 25. August 1917.

Aus der politischen Literatur.

Kapiza: „Die deutsche Kulturmission, der Katholizismus und die nationale Versöhnung. Bentzen, 1917“.

Fast sechs Jahrhunderte sind verflossen, seit Schlesiens aufgehört hat, dem polnischen Staate anzugehören. Infolgedessen hat die schlesische Bevölkerung, da sie die gleichzeitige historische Existenz des Freistaats nicht gemeinsam mit ihm durchlebte, in sich keine solche polnische Psychik herausbilden können, wie sie die übrigen Landesteile besitzen. Es ist dort nur die Sprache ohne Tradition verblieben. Diese grundsätzliche Verschiedenheit spiegelt sich ungünstig an der ganzen schlesischen Regenerationsbewegung wieder, insofern, als die Führer dieser Bewegung das ideale Moment allzusehr übersehen und die Entwicklung des ober-schlesischen Polentums zu sehr nach einer einseitig materialistischen Richtung hin gedrängt haben. Daher kam es, daß in Schlesiens besonders die materielle Stärke, der momentane Erfolg überschätzt wurden. Daher kommen ferner die Strömungen der Meinung im Verhältnis zur polnischen Fraktion, die dort als eine der vielen Parteien des Deutschen Reichstags angesehen wird. Ein deutsches Symptom einer solchen nur relativ polnischen Psychik ist die Schrift des Pfarrers Kapiza.

Pfarrer Kapiza hält sich vielleicht in seiner persönlichen Überzeugung für einen guten Polen. Innere Aufrichtigkeit im Verhältnis zu seinen Gefühlen und seinen Überzeugungen ist eine persönliche Angelegenheit eines jeden Menschen — und sie wollen wir nicht in Zweifel ziehen. Wenn es sich jedoch um eine objektive Beurteilung seiner Schrift handelt, so stimmt vor allem der Umstand nachdenklich, daß die Psychik, aus welcher heraus diese Schrift entstanden ist, keine polnische ist, und zwar eben infolge des Fehlens einer polnischen Tradition und Kultur.

Das muß man bedauern. Pfarrer Kapiza ist zweifellos ein sehr befähigter Mann und von den besten Absichten beseelt. Er hat seine Schrift verfaßt in dem Bestreben, die Zentrumsmeinung für die polnische Sache zu gewinnen. Aber er legt sich offenbar nicht Rechenschaft darüber ab, daß die Verwirklichung seiner Ideen das völlige Verflüchtigen des Polentums in einem fremden Element bedeuten, nämlich aus den Polen polnisch sprechende Zentrumsleute machen würde.

Mit der sachlichen Seite der Schrift sich auseinanderzusetzen ist unnötig. Der Pfarrer Kapiza und die polnische Gesamtheit stehen auf ganz entgegengesetzten Polen. Von einer Verständigung kann nicht die Rede sein. Eine der beiden Seiten müßte sich völlig umgestalten. Jedoch hat diese kulturelle Abhängigkeit von fremden, der polnischen Psychik absolut nicht entsprechenden Mustern aufs Verhängnisvollste auf Pfarrer Kapiza selbst eingewirkt. Seine Schrift ist nichts weiter, als eine mehr in der grauen Masse der Zentrumspublikationen.

Und es ist schade, sehr schade darum, daß Pfarrer Kapiza seine Fähigkeiten zu einer solchen geistigen Unterordnung, fast Unfreiheit verurteilt hat. Manche seiner Ausführungen über Nationalismus zeugen von ungewöhnlicher Schärfe des Geistes, wenngleich sie an die falsche Adresse gerichtet sind und als Ganzes nur zweifelhaften Wert besitzen.

Man darf sich auch nicht der Täuschung hingeben, als ob die Schrift des Pfarrers Kapiza irgendwelchen Einfluß ausüben könnte. Für die Polen ist sie nicht bestimmt, für die Deutschen wird sie eine der Schriften mehr sein, die — mit dem gleichen Erfolge wie alle übrigen — für eine friedliche Assimilierung des polnischen Elements Propaganda machen.

Aus Nr. 98 des Nowy Przyjaciół Ludu (Kempen)
vom 21. August 1917.

Die Neuorientierung.

Kurz nach Ostern d. J. hat die Gemeinde Donaborow (Kreis Kempen) den Bauernwirt Roch Zalesinski zum Schulzen gewählt. Die amtliche Bestätigung steht noch aus! Dagegen hat der Distriktskommissar in Kempen, Funk, Zalesinski Vorwürfe gemacht, weil er der polnischen Volksbank in Kempen angehöre. Er hat ihm auch zur Pflicht gemacht, daß er, wenn er Schulze werden wolle, aus der Bank austreten und ihm eine Bescheinigung über seinen Austritt vorlegen solle. Dieser Tage wurde Zalesinski auch tatsächlich vom Amtsgericht in Kempen aus der Liste der Mitglieder der Bank gestrichen.

Es ist noch hinzuzufügen, daß die „Volksbank“ weder den Deutschen, noch den Juden Kredit verweigert, und daß sie eine bedeutende Anzahl Deutsche und Juden zu ihren Mitgliedern zählt. Außerdem arbeitet sie mit der Reichsbank, und sie hat Depositen in der Kreissparkasse in Kempen. Die Genossenschaft hat auch mehrere Tausende auf die Kriegsanleihe gezeichnet und ebenso Zeichnungen auf diese Anleihe, vor allem unter den Polen, vermittelt.

Aus Nr. 192 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 25. August 1917.

Neuorientierung.

Mit großer Verwunderung habe ich in der gestrigen Nummer des „Dziennik“ die Mitteilung von einem Symptom der Neuorientierung gelesen: wie der Distriktskommissar aus Kempen von dem Wirt Rochus Zalesinski aus Donaborow verlangt habe, dieser solle aus der Kempener Volksbank austreten, wenn er wolle, daß seine Wahl als Ortsschulze bestätigt werde. Aber noch größere Verwunderung hat in mir der Umstand hervorgerufen, daß der Wirt Zalesinski der Forderung des Kommissars nachgegeben hat und daß er sich aus der Mitgliederliste der Volksbank streichen ließ. Es sind das so unerhörte Nachrichten, daß man an ihre Wahrheit kaum zu glauben vermag.

Die Ortsschulzen bestätigt der Landrat; interessant wäre es nun, zu erfahren, ob der Kommissar im Auftrage des Landrats oder aus eigenem Antriebe gehandelt hat. Sei es, wie es wolle, die Forderung, daß Z. aus der Volksbank austreten sollte, war ungerechtfertigt. Gegen ein solches Eindringen in bürgerliche Rechte sollte die Gemeinde auftreten und alle Instanzen angehen; m. E. könnte auch die Volksbank klagbar werden, denn solche an Mitglieder einer Bank gestellte Ansinnen schädigen nicht nur diese Mitglieder, sondern auch die Bank selbst.

Lernen wir unsere Rechte verteidigen!

(Ostr.)

Aus Nr. 114 der Prawda (Posen)
vom 24. August 1917.

Starlin (Westpreußen).

Unsere Gemeinde Starlin zählt gegen 1100 Katholiken und 100 Andersgläubige.

Im vorigen Monat fand hier die Wahl eines Schulzen statt. Die Gemeindevertretung hat einstimmig den Organisten Herrn Fr. Mówinski zum Schulzen gewählt, der schon seit mehreren Jahren zugleich Kandidat der hiesigen Gemeindefasse ist. Nach fünf Monaten hat aber der Landrat mitgeteilt, daß er die Wahl des Herrn M. zum Schulzen nicht bestätige. Die Gründe hat er nicht angeführt.

Wo bleibt also jene Freiheit und Gleichberechtigung, deren sich die Deutschen vor der Welt rühmen?

So weit unser Korrespondent. Unsererseits fügen wir hinzu, daß der Landrat in dieser Hinsicht nicht die letzte Instanz ist. Deswegen darf die Gemeinde nicht nachgeben, sondern sie muß sich an die höhere Instanz wenden. Auf Wunsch können wir mit Rat und Weisungen dienen.

Aus Nr. 188 der Gazeta Ludowa (Rattowiz)
vom 22. August 1917.

Auf Befehl?

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß vor dem Kriege schon auf den bloßen Klang der Worte „polnische Versammlung“ jedem preußischen Beamten, namentlich jedem Amtsvorsteher oder Polizeikommissar die Haare zu Berge standen und ihr Körper sich mit einer Gänsehaut bedeckte. Solch ein bestürzter Beamter erblickt in jeder polnischen Versammlung eine ernste Gefahr, die den auf ein mächtiges Heer, auf die Polizei und die Gerichte sich stützenden mächtigen preußischen Staat zertrümmern könnte. Wenn ein polnischer Verein eine Versammlung oder ein Vergnügen veranstaltete, dann beobachteten die Behörden nicht bloß scharf alle Vorschriften, sondern verschärften willkürlich und mißbrauchten sogar die betreffenden Vorschriften. Man darf wohl sagen, daß die Behörde jedem polnischen Verein große und überaus unangenehme Schwierigkeiten bereitetete.

So geschah es auch heute noch in den polnischen Gebieten, wenigstens bei uns in Oberschlesien, obgleich die Regierung eine Änderung des Kurjes den Polen gegenüber angekündigt und angeordnet hat.

Aus Ruda wird uns folgendes berichtet:

Der Gesangsverein „Dzwon“ (Glocke) teilte vor zwei Wochen dem Landratsamte in Hindenburg mit, daß er am Sonnabend, den 19. August, eine Versammlung abzuhalten beabsichtige. Diese Versammlung fand aber nicht statt, weil der Herr Amtsvorsteher den Leiter der Versammlung telegraphisch benachrichtigte, daß nach einer ausdrücklichen Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos die Veranstaltung von Versammlungen nicht gestattet sei. Darauf ersuchte der Antragsteller den Herrn Amtsvorsteher, ihm jenes Schreiben des stellvertretenden Generalkommandos vorzulegen, um sich zu überzeugen, ob der Herr Amtsvorsteher wirklich auf Befehl des Generalkommandos handle. Der Herr Amtsvorsteher erklärte aber, daß ihm eine mündliche Erklärung genügen müsse. — Ist das Willkür oder Befehl?...

Aus Nr. 189 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 22. August 1917.

„Societas Jablonoviana.“

Schon oft wurde bei uns die Stiftung des Fürsten Jablonowski zur Sprache gebracht, deren Verwaltung gegenwärtig in den Händen der Leipziger Universität ruht. Der Zweck dieser Stiftung war die Förderung der polnischen Wissenschaft. Nun stellt die Verwaltung der Stiftung seit ziemlich langer Zeit Preisaufgaben, die weder mit der polnischen Wissenschaft, noch überhaupt mit polnischen Angelegenheiten in irgendwelchem Zusammenhange stehen. Auf die Vorhaltungen, die der Verwaltung deswegen gemacht wurden, gab sie zur Antwort, daß auf Preisaufgaben, die sich auf polnische Fragen bezogen, keine Arbeiten eingereicht wurden. Schuld daran kann auch die Tatsache sein, daß solche Preisaufgaben in polnischen Blättern

nicht veröffentlicht werden. Den Erben der fürstlichen Familie Jablonowski, den Grafen Lancoronski, steht jedoch das Recht zu, darüber zu wachen, daß die Vorschriften der Stiftung den Satzungen gemäß ausgeführt werden. Diese Erben müßten deshalb die Mahnung ergehen lassen, daß die Absichten des Stifters mit aller Genauigkeit zur Ausführung gelangen.

In diesem Jahre hat die Societas Jablonoviana wiederum einige Preisaufgaben gestellt, die mit polnischen Fragen in keiner Verbindung stehen. Es sind dies folgende Themen: 1. Die Zusammenstellung und Erklärung solcher grammatischen Erscheinungen in der Sprache Homers, die imstande sind, den Nachweis zu liefern, daß diese Sprache schon lange Zeit vor Homer ausgebildet war, 2. Die Zusammenstellung und Erklärung solcher Erscheinungen, aus denen sich ergibt, daß die Sprache der Osken und Umbren älter ist, als die lateinische Sprache, 3. Die mittelalterliche Auffassung über die sechs Perioden der Weltgeschichte.

Zwei Preisaufgaben beziehen sich jedoch auf polnische Fragen: 1. Darstellung der Entwicklung des Bergbaues in Polen, 2. Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Provinz Posen und in Westpreußen oder in einem besonderen Teile dieser Provinzen, der in wirtschaftlicher Hinsicht ein abgerundetes Ganzes bildet, ungefähr seit dem Jahre 1880.

Auf diese beiden Preisaufgaben mache ich unsere Volkswirtschaftler aufmerksam. Ich möchte sie damit dazu anregen, diese Themen zu bearbeiten und sich um die Preise zu bewerben.

B. C.

Aus Nr. 191 des Orędownik (Posen)
vom 24. August 1917.

Der Unterricht in den Posener Volksschulen nach den Ferien.

Beim Beginn des Schulunterrichts nach den gegenwärtigen Ferien müssen sich die Eltern wiederum daran erinnern, unter welchen Bedingungen der Schulbesuch ihren Kindern zum Vorteil gereichen kann und welche Pflichten sich daraus auch für sie selbst ergeben.

Damit die Kinder Nutzen vom Schulunterricht haben und damit sie sich in der Schule möglichst viel Kenntnisse erwerben, die zu ihrem weiteren Fortkommen im Leben notwendig sind, müssen sie hauptsächlich dazu angehalten werden, die Schule regelmäßig zu besuchen, dem Unterricht mit gespannter Aufmerksamkeit zu folgen und sich für die Stunden gewissenhaft vorzubereiten. Daraus müssen aber alle Eltern, mögen sie wohlhabend oder arm sein, die entsprechenden Schlüsse für sich ziehen. In dieser Hinsicht wird jedoch gerade in jenen Kreisen am meisten gefehlt, deren Kinder die Volksschule besuchen. Und da in diesen Schulen den größten Prozentsatz die polnischen Kinder bilden, die dort ihre Ausbildung erhalten, so möchten wir die Verhältnisse, die in diesen Schulen und besonders in den Posener Volksschulen herrschen, zum Gegenstand unserer gegenwärtigen Betrachtungen machen. Im Grunde genommen sind ja die Tendenzen, die in den Volksschulen verfolgt werden, in der Provinz dieselben, wie in Posen selbst, denn die polnische Jugend wird hier wie dort in den weltlichen Unterrichtsgegenständen ausnahmslos in der deutschen Sprache unterrichtet. Hier wie dort treten also auf Grund der betreffenden Schulerlasse die pädagogischen Rücksichten hinter das politische Interesse zurück. Der einzige Unterschied zwischen der Volksschule in der Provinz und in den Stadtschulen in Posen besteht darin, daß man in den letzteren dank ihrem simultanen Charakter in der Praxis in mancher Hinsicht sogar über die schriftlichen Verordnungen hinausgeht. Wenn wir also jetzt die Eltern an die Pflicht mahnen, dafür Sorge zu

tragen, daß die Kinder ihre Pflichten gegenüber der Schule erfüllen, so halten wir es ebenso für notwendig, beim Beginn des Unterrichts nach den Ferien an die Schulen selbst die Forderung zu stellen, daß sie alles vermeiden, was den polnischen Schülern den Fortschritt noch mehr erschweren und unsere polnischen Gefühle verletzen könnte. Mit dieser Forderung verbinden wir auch das Verlangen, daß in dieser Richtung Änderungen angeordnet werden.

In den Posener Stadtschulen ist man über die Grenzen des veröffentlichten Ministerialerlasses mit Wissen und Willen des Stadtschulinspektors und sicherlich auch der Regierung in Posen insofern hinausgegangen, als man den Unterricht in denjenigen Klassen, welche von solchen Schülern besucht werden, die im ersten Schuljahr stehen, grundsätzlich Lehrern anzuvertrauen pflegt, die der polnischen Sprache gar nicht mächtig sind. Das geschieht deswegen, weil man nicht zulassen will, daß den kleinen polnischen Schülern der deutsche Unterrichtsstoff in polnischer Sprache erklärt wird. Eine solche Nichtbeachtung der wichtigsten pädagogischen Grundsätze bringt es aber mit sich, daß ein großer Prozentsatz der polnischen Kinder am Schlusse des Schuljahres — nicht aus eigener Schuld — in die folgende Klasse nicht versetzt wird. Die Mimit beim Unterricht und das rücksichtslose Nachsprechen deutscher Sätze vermögen nämlich nicht den Geist des polnischen Kindes zu wecken und die Entwicklung seines Verstandes zu fördern.

Eine weitere Folge davon ist aber, daß die polnischen Kinder keine Freude mehr am Unterricht finden, der für sie so wie so kein Interesse hat. Sie sind dann deshalb auch auf den höheren Unterrichtsstufen nicht mehr imstande, die Schwierigkeiten des Unterrichts zu bewältigen. Und so kommt es, daß — im Verhältnis zu der Schülerfrequenz — nur wenig Polen die sieben Klassen der Volksschule bzw. die neun Klassen der Mittelschulen durchmachen. Das zieht aber, wenn man die späteren Lebens- und Erwerbsverhältnisse der Kinder in Betracht zieht, außer den geistigen und kulturellen Verlusten auch materielle Nachteile nach sich. Die üblen Folgen eines solchen Unterrichtssystems zeigen sich weiter auch darin, daß die Lehrer beim Unterricht ungeduldig werden und, um die Aufmerksamkeit und irgendwelche Fortschritte bei ihren Schülern zu erzwingen, zu übermäßiger körperlicher Züchtigung und zu solchen Schimpfworten ihre Zuflucht nehmen, durch welche die Polen in den Augen der Schüler deutscher Nationalität herabgesetzt werden. Nach der amtlichen Statistik, die wir in der Berichterstattung des Magistrats finden, wurden zu Ostern im Jahre 1916 durchschnittlich 26,79 Prozent der Schüler der Volksschulen nicht in die höhere Klasse versetzt. Würde man aber unter diesen ausschließlich die Zahl der Polen feststellen und dabei vergleichen wie viel polnische Schüler sich prozentuell in der untersten und wie viele von ihnen sich in der höchsten Klasse befanden, so würde sich das Bild noch bedeutend mehr zuungunsten der polnischen Kinder trotz deren natürlicher Veranlagung verschieben. Deswegen verlangen die polnischen Eltern mit Recht, daß alles aus der Schule entfernt werde, was dazu beiträgt, daß den polnischen Kindern beim Erwerben der Kenntnisse zu ihrem Nachteil Steine in den Weg gelegt werden. Die Schimpfworte beim Unterricht, die wir hier gar nicht wiederholen wollen, tragen ebenfalls nicht dazu bei, daß ein friedliches Zusammenleben zwischen den Einwohnern desselben Landes erzielt werde.

In Kulturländern wird es auch als eine schwere Beleidigung angesehen, wenn man jemandem seine Nationalität abspricht. Wenn man aber die Schülerverzeichnisse in manchen Posener Stadtschulen prüfen würde, so würde man zu der Überzeugung gelangen,

daß in diesen Schulen hauptsächlich den polnischen Waisen gegenüber anders verfahren wird. Obwohl nämlich diese Kinder mit der deutschen Nationalität nichts gemein haben, wird in den entsprechenden Rubriken zwar ihre Konfession richtig, aber ihre Nationalität falsch angegeben. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß das Kultusministerium mit einer solchen Handlungsweise nicht einverstanden sein würde.

Den Posener Volksschulen scheint aber auch noch das Unrecht nicht zu genügen, das den polnischen Kindern dadurch zugefügt wird, daß ihnen auf der höheren und mittleren Stufe die Glaubenswahrheiten und die Gebote Gottes in deutscher Sprache erklärt werden, in der diese Kinder weder zu Hause noch in der Kirche beten. Die Direktoren der Posener Stadtschulen haben nämlich außerdem noch manche polnische Kinder in den zwei unteren Klassen den deutschen Abteilungen zugeteilt, damit die Kinder dort das Vaterunser und die Kirchenlieder in der deutschen Sprache lernen. Diese Praxis verfehlt aber ihren Zweck und verletzt zugleich unnützerweise die Gefühle der polnischen Kinder und ihrer Eltern, die unter diesem eigenmächtigen Verfahren zu leiden haben. Deswegen müßte man schon im Interesse der Schule selbst solche Verfehlungen zu beseitigen suchen. Vor allem müßte aber hier die städtische Schuldeputation eingreifen. Leider haben wir aber in dieser Körperschaft keine Vertreter unserer Interessen. Kann aber eine so mangelhafte Zusammensetzung dieser Organisation, die allen Grundsätzen der Gleichberechtigung Hohn spricht, dazu beitragen, daß Friede unter den Bürgern der verschiedenen Konfessionen und Nationalitäten herrsche?

Von den Lehrern selbst wird ja heute zugegeben, daß die Sittenlosigkeit unter der Posener Schuljugend in betrübender Weise zunimmt. Will man aber eine Änderung in diesen Zuständen herbeiführen, so müßte man vor allem bemüht sein, den Einfluß der Kirche auf die Schuljugend zu kräftigen. Deshalb müßte die Schule jetzt dafür Sorge tragen, daß die Schuljugend regelmäßig am Gottesdienst teilnehme und daß sie den Vorbereitungsunterricht zu den heiligen Sakramenten nicht veräume. Möge also die Schule, ihrer erzieherischen Aufgabe eingedenk, ihre bisherige Gleichgültigkeit in dieser Hinsicht aufgeben und von diesem Augenblick an eine positive Tätigkeit in diesem Sinne entwickeln!

Wir halten es außerdem noch für notwendig, hier öffentlich die Forderung zu stellen, daß man aufhöre, beim Schreiben der Namen der polnischen Schüler die Regeln der Orthographie zu mißachten. Unter Nichtberücksichtigung der betreffenden Gerichtsentscheidungen pflegen nämlich die Lehrer und hauptsächlich diejenigen unter ihnen, welche aus anderen Provinzen hergeholt wurden, alle Zeichen der weichen polnischen Konsonanten wegzulassen. Außerdem suchen sie manche Namen der polnischen Schüler eigenmächtig umzugestalten. Das geht doch nicht an. Denn der Name bildet eine Urkunde, die man nicht ändern darf. Es ist überhaupt traurig, daß man solche Sachen hier berühren muß.

Zum Schlusse wenden wir uns an die polnischen Eltern mit der Mahnung, sie möchten dafür Sorge tragen, daß unsere Kinder zu Hause fleißig in jenen Fächern unterrichtet werden, die von der Schule vernachlässigt werden. Möge also in jedem polnischen Hause das polnische Buch und ebenso das polnische Lied eine gewissenhafte und ständige Berücksichtigung finden! Das verlangt von uns ebenso unser eigenes Interesse wie unsere nationale Ehre.

Geistlicher R.

Aus Nr. 189 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 22. August 1917.

Der Posener polnische Verein „Stella“, welcher u. a. auch die Unterbringung erholungsbedürftiger polnischer Kinder für die Ferien ins Reich seiner Tätigkeit gezogen hat, erhielt, wie der „Kurjer Poznański“ berichtet, in diesem Jahre von den Stellen her, wo solche Kinder untergebracht waren, vielfach Klagen über unartiges Verhalten seiner Schützlinge. Das Blatt legt einen Teil der Schuld an dem gerügten Zustande der Schule zur Last. Es schreibt u. a.:

„... „Auch muß man in Erwägung ziehen, daß die Kirche, da sie auf die Schule, welche in Posen die polnischen Kinder die Glaubenswahrheiten in einer fremden Sprache lehren läßt, keinen Einfluß hat, in ihrer seelsorgerischen Tätigkeit eingeschränkt ist. Nicht ohne üble Folgen auf die Erziehung der polnisch-katholischen Kinder in Posen ist die Tatsache, daß sie den weltlichen Unterricht in der Schule vorwiegend von Andersgläubigen empfangen. Wir müssen jedoch zugeben, daß sowohl in Posen, als auch in der Provinz die Wissenschaft von der guten Jugenderziehung zu verbreiten ist. Zu diesem Zwecke müßten Erziehungsvereine gegründet werden.“

Aus Nr. 34 des Tygodnik Szewski (Posen)
vom 25. August 1917.

Eine außerordentliche Versammlung der Freien Schuhmacherinnung in Posen

fand am Montag, den 20. August 1917, abends 8 Uhr, in dem Switalski'schen Lokale, Hindenburgstr. 13, statt.

Innungsmeister Malinski eröffnete die Versammlung durch Begrüßung der Erschienenen und legte eine Aufforderung der Handwerkskammer zum Eintritt in den deutschen Verband vor, den die genannte Kammer in Posen gründen will.

Die Versammlung der zahlreich erschienenen Mitglieder war sehr lebhaft, weil diese Angelegenheit die Herren Kollegen sehr interessierte. Daher entwickelte sich eine größere Erörterung. Da es der Handwerkskammer sehr gut bekannt ist, daß die freie Schuhmacher-Innung in Posen einen Innungsverband, sowie eine Genossenschaft zum Einkauf von Rohmaterialien, zwecks Hebung unseres Handwerks zu gründen im Begriff ist und sie uns unterstützen sollte, beschloß die Versammlung einstimmig, daß die Freie Schuhmacher-Innung in Posen dem von der Handwerkskammer zu gründenden Verbands nicht beitreten werde, sondern nur dem Verbands, der im Oktober d. J. aus der Mitte der Innungen entstehen wird.

Der Vorstand.

J. Malinski, Innungsmeister.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 233 der Deutschen Warzhauer Zeitung
(Warschau)
vom 25. August 1917.

Zwei Jahre Generalgouvernement Warschau.

Der Generalgouverneur erläßt folgenden Befehl:

Am heutigen Tage sind zwei Jahre seit der Gründung des Generalgouvernements verflossen, zwei Jahre ehrlicher, gründlicher deutscher Arbeit in dem vom Feinde befreiten Gebieten. Es galt das durch die Schrecken des Krieges, nicht zum mindesten aber durch die Barbarei der zurückflutenden Russen ver-

wüstete Königreich von neuem aufzubauen. Handel und Wandel zu beleben, Landwirtschaft und Industrie wieder leistungsfähig zu machen.

Wenn in der verhältnismäßig kurzen Zeit Ruhe und Sicherheit wiedergekehrt sind, wenn namentlich in den aufblühenden ländlichen Kreisen das Vertrauen zu der Fürsorge der deutschen Verwaltung wächst, und wenn alle Einsichten zu erkennen beginnen, daß die bestehenden Schwierigkeiten weniger der deutschen Verwaltung, als den unvermeidlichen Folgen des Krieges zuzuschreiben sind, so ist das ein Erfolg, den alle Angehörigen des Generalgouvernements, Offiziere, Beamte und Mannschaften, ein jeder an seinem Platz, durch ihre unermüdliche Mitarbeit errungen haben.

Mit stolzer Freude spreche ich ihnen deshalb meine volle Anerkennung und meinen Dank aus und gebe der Zuversicht Ausdruck, daß deutsche Treue und erprobte Pflichterfüllung auch weiterhin erfolgreich wirken und alle noch bestehenden Hemmnisse siegreich überwinden werden zum Heile Deutschlands und des wiedererstehenden Polens.

von Bejeler.

Aus Nr. 392 des Czas (Kraukau)
vom 25. August 1917.

Der vorläufige Staatsrat und Kaiser Karl I.

Aus Warschau wird uns mitgeteilt:

Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers Karls I. brachte ihm der Bizemarschall Pomorski die Glückwünsche des vorläufigen Staatsrates mit folgenden Worten dar:

„Namens des vorläufigen Staatsrates bringen wir dem Allernädigsten Kaiser und Könige aus Anlaß seines Geburtstages unsere Glückwünsche und unsere Huldigung dar. Diese Huldigung ist der Ausdruck der Gefühle, die wir der Habsburgischen Dynastie gegenüber hegen. Diese datieren nicht erst seit dem Tage des Aktes vom 5. November, der die polnische Frage auf den Schauplatz der wichtigsten internationalen Probleme geführt hat und die Verwirklichung der Hoffnungen des polnischen Volkes in Aussicht stellt. Als reale Politiker wünschen wir unsere Zukunft auf der Grundlage dieses denkwürdigen Aktes aufzubauen; mit Gefühl greifen wir in die Vergangenheit zurück und vergegenwärtigen uns das Verhältnis des unvergeßlichen Vorgängers des heute seinen Geburtstag feiernden Kaisers und Königs zu unsern, im österreichischen Staate wohnenden Landsleuten. In diesem erblicken wir den großen Erben der den Polen wohlwollenden Ideen, den mächtigen Herrscher und einen derjenigen, denen wir unsere Freiheit und Unabhängigkeit verdanken werden.“

Nr. 232 der Godzina Polski (Lodz)
vom 25. August 1917

bringt unter der Überschrift: „Die polnische Beratung in Stockholm im Anschlusse an die Nachricht der „Polnischen Zeitung“ von einer demnächst stattfindenden Beratung polnischer Politiker in Stockholm längere Ausführungen des Staatsratsmitgliedes M. Lempicki. Lempicki glaubt, daß die angeregte Stockholmer Beratung, an der Lednicki, Dmowski, Graf Rostworowski teilnehmen sollen, zustande kommen werde. Zur Beurteilung der Bedeutung der geplanten Konferenz sei es nötig, sich die Folgen zu vergegenwärtigen, die die erste Stockholmer Konferenz hatte. Es nahmen an ihr Teil: seitens des Staatsrates, Kunowski, Graf Rostworowski, Graf

Konflikte — seitens der Polen in Rußland: die Vertreter des demokratischen Komitees Lednicki, Babianski und andere und die ehemaligen Duma- und Reichsratsabgeordneten als Vertreter der Nationaldemokratie und der Realisten. Dmowski war damals nicht zugegen. Der offizielle Bericht, der damals ausgegeben wurde, gab keine richtige Vorstellung von dem Charakter und den Ergebnissen der Konferenz. Zu gewissen Schlüssen darüber konnte man erst später auf Grund der Beurteilung der nach der Konferenz eingetretenen Ereignisse gelangen. Die auf diese Weise erschlossenen Resultate der ersten Konferenz sind folgende:

1. Die polnischen demokratischen und Unabhängigkeitsgruppen in Rußland stellten sich nach der Konferenz ausdrücklich auf die Seite des Staatsrates und erkannten diesen als Institution an, die allein berechtigt ist, über polnische Dinge zu entscheiden.

2. Die Nationaldemokratie aber oder die Realisten haben nach der Konferenz ihren früheren politischen Standpunkt nicht geändert. Sie erkennen weder den Akt vom 5. November, noch den Staatsrat an, halten sich für die berechtigten Vertreter der Interessen der polnischen Nation und streben die Bildung einer polnischen Regierung außerhalb der Grenzen des Landes an. Bei ihnen also haben die Delegierten des Staatsrats auf der Stockholmer Beratung nichts erwirkt.

3. Was die Frage der Bildung einer Armee — im Lande oder außerhalb der Grenzen desselben — anbelangt, so verschweigt der offizielle Bericht der Konferenz diese Angelegenheit gänzlich. Nach der Konferenz verbreitete sich aber die Nachricht, den Delegierten des Staatsrats sei es gelungen, die Polen aus Rußland von dem Gedanken der Bildung einer Armee auf russischer Seite abzubringen. In Wirklichkeit ist das polnische Demokratische Komitee in Rußland gegen die Bildung einer besonderen polnischen Armee auf russischer Seite aufgetreten, gleichzeitig hat aber auch der Staatsrat „einen neuen originellen Standpunkt in der Frage der Bildung einer polnischen Armee und der nächsten Aufgaben derselben eingenommen.“ In den am 15. Juli beschlossenen Anträgen des Grafen Rostworowski und in dem vertraulichen Bericht, der die Rede von Przepiecki enthält, „besteht der Staatsrat garnicht auf der beschleunigten Bildung eines polnischen Heeres im Lande, spricht sich auch nicht gegen die Bildung eines solchen Heeres außerhalb der Grenzen des Landes aus und stellt bloß die Forderung, daß das polnische Heer, wo immer es entstehen sollte, nicht an die Front geschickt und im gegenwärtigen Kriege verwendet werde.“ Obige Tatsachen lassen vermuten, daß der Staatsrat und das Demokratische Komitee miteinander vereinbart haben, entweder gar keine polnische Armee weder im Lande, noch in Rußland, zu bilden, oder zwei neutrale Armeen zu schaffen, die während des Krieges untätig wären und während des Friedenskongresses der polnischen Sache nützen könnten. Wenn das der Fall war — sagt Lempicki — so ist dieses Ergebnis der Konferenz sehr zu bedauern.

In Wirklichkeit ist die Bildung einer Armee in Rußland nicht durch die Stockholmer Beratung verhindert worden, sondern durch den ausdrücklichen Willen der russischen Regierung, welche die Bildung besonderer nationaler Armeen entschieden ablehnt. Die Stockholmer Konferenz hat auch die Nationaldemokratie nicht davon abgehalten, sich um die Bildung einer polnischen Armee auf der Seite der Entente zu bemühen. Da diese Bemühungen in Rußland scheiterten, sind sie nach Frankreich verlegt worden, wo auf Initiative der Lausanner Agentur die Idee entstand, besondere polnische Abteilungen innerhalb der französischen Armee zu bilden.

Aus alledem folgt, daß die Resultate der ersten Stockholmer Beratung durchaus negativ waren.

Dann geht Lempicki zur Frage über, was für Ergebnisse von der geplanten zweiten Konferenz zu erwarten seien. Unter Hinweis auf die schwierige innere Lage im Lande, die die sofortige Bildung einer energischen zielebenderen, mit dem Gegebenen rechnenden Regierung erfordert, äußert Lempicki die Befürchtung, die Stockholmer Konferenz könnte für die Konsolidierung in Polen hinderlich sein. Die Nationaldemokratie übe, trotzdem ihre Leitung sich im Auslande befindet, einen sichtbaren Einfluß auf die Stimmungen in Polen. Die Nationaldemokratie strebt die Übernahme der Gewalt im Lande an und zu diesem Zwecke habe sie sich sogar mit der sozialistischen Linken verbunden. Es sei also anzunehmen, daß die Konferenz zwischen Graf Rostworowski und Dmowski zu einem Kompromisse führen werde, auf Grund dessen die nationaldemokratische Partei offiziell an der polnischen Regierung teilnehmen würde. Diese Teilnahme wäre aber eine große Gefahr für die Idee der sofortigen Bildung des polnischen Staates im Bunde mit den Zentralmächten. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Nationaldemokraten und Realisten die Zukunft Polens nur im Bunde mit Rußland sehen. Auf diesem Standpunkte stehe auch der Zwischenparteiliche Klub. Lempicki schließt, daß ebenso, wie die erste Stockholmer Konferenz die „Idee einer neutralen Armee“ ergab, die zweite Konferenz zur Bildung einer „passivistischen“ oder „obstruktivistischen“ polnischen Regierung im Lande führen könnte, was ein großes Unglück wäre.

(Aus Nr. 178 des Warschauer Tagesberichts vom 25. August 1917.)

Aus Nr. 387 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 22. August 1917.

„In der Erwartung.“

Unter obiger Überschrift bringt der Petrikauer „Dziennik Narodowy“ einen Leitartikel, in dem hervorgehoben wird, daß die Frage der polnischen Regierung wieder vertagt worden ist. Der Schluß dieses Artikels besagt:

Es verstreichen Wochen, aber von einer Entscheidung ist nichts zu hören. Augenscheinlich hat die Sache einen Aufschub erfahren. Über die Gründe dieses Aufschubes ist nichts zu hören. Sollten sich die Aufschauungen der entscheidenden Faktoren über diese Sache geändert haben, oder sollte der unentschiedene Standpunkt der Zwischenparteilichen Fraktion, die, ohne eine bestimmte politische Richtlinie zu haben, die Regierung selbst in ihre Hände nehmen möchte, der Grund dieses Aufschubes sein. Die Zwischenparteiliche Fraktion, die noch unlängst in einem öffentlichen Aufrufe die polnischen Legionen anerkannt hat, müßte hieraus die Konsequenzen ziehen und bedenken, daß eine Aufrechterhaltung des gegenwärtigen politischen Chaos und eine Erweiterung der Leere, die bisher der Zweck ihrer Politik war, für die Legionen verhängnisvolle Folgen haben und die Fraktion für die Zukunft mit einer schweren Verantwortung belasten würde. So, wie die Dinge gegenwärtig stehen, bewegen wir uns auf einer schiefen Ebene, und deshalb müßte im Namen des nationalen Interesses alles geschehen, um diesen verhängnisvollen Lauf aufzuhalten.

In Berlin haben wieder politische Beratungen zwischen dem Grafen Czernin und dem Reichskanzler Michaelis stattgefunden. Das Thema der Beratungen war hauptsächlich die polnische Frage — und die polnische Regierung. Mit begreiflicher Ungeduld erwarten wir das Ergebnis dieser Beratungen und wichtige Entscheidungen. Von diesen wird die Gestaltung der Verhältnisse in Polen für die nächste Zukunft abhängen. Ohne Zweifel erwartet sie auch das Ausland, und es

wird danach den Ernst und die Aufrichtigkeit der Mittelmächte in der polnischen Frage beurteilen.

In dem Augenblicke, in dem sich in ganz Europa der Ruf nach Frieden immer ernster erhebt, nach einem Frieden, dessen Frucht eine neue, bessere internationale Ordnung sein soll, werden die Mittelmächte mit ihrer letzten Entscheidung in der polnischen Frage ihren Feinden und den Neutralen den Beweis liefern, wie ernst sie die Freiheit der Völker auffassen. Diese Entscheidung wird auch die Bedeutung eines Friedensfaktors haben.

„Daily Chronicle“ schreibt über die Vorteile, die ein gegenwärtig geschlossener Friede den Mittelmächten bringen würde, und erwähnt hierbei u. a. auch die Lösung der polnischen Frage. Diese Tatsache müßte die Aufmerksamkeit der Mittelmächte wachrufen. Je mehr vollendete Tatsachen sie im Bereiche der polnischen Frage schaffen werden, desto mehr Trümper werden sie in der internationalen polnischen Frage in die Hand bekommen und desto stärker die Einflüsse der englischen Orientierung in Polen unterbinden. Eine solche Tatsache wäre eine polnische Regierung. Je früher diese Tatsache vollendet wird, desto vorteilhafter wird es nicht nur für Polen, sondern auch für die Mittelmächte sein.

Nr. 222 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 19. August 1917

führt in einer Wochenübersicht aus, daß laut Informationen der galizischen Presse die Verzögerung in dem Aufbau des polnischen Staates in der Hauptsache darauf zurückzuführen sei, das weder die neuen deutschen Staatsmänner, noch der Reichskanzler Dr. Michaelis selbst den Entwurf des Staatsrates gekannt haben. So müssen also heute auch die treuesten Anhänger des Staatsrates zugeben, daß diese Institution ohne wesentliche Änderungen nicht weiter arbeiten kann, daß weiter diese Veränderungen eine neue Verzögerung erlitten haben, daß also in der Folge die weiteren Ereignisse abgewartet werden müssen. Zuletzt führt das Blatt aus, daß die Linke vorläufig in keine Verhandlungen einzutreten geneigt sei, bis ihre Hauptforderungen nicht erfüllt seien, doch können dieselben der Zensur wegen nicht erwähnt werden.

(Aus Nr. 175 des Warschauer Tagesberichts vom 22. August 1917.)

Nr. 214 des Glos (Warschau)
vom 24. August 1917

weist im Leitartikel unter der Überschrift: „Schönebare Widersprüche“ auf die große Tragweite der in Berlin stattgefundenen Konferenzen zwischen dem Grafen Czernin und dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, Fürsten Hohenlohe, einerseits und dem Reichskanzler Dr. Michaelis andererseits hin. Der Inhalt und Verlauf der Konferenzen werden streng geheim gehalten, doch herrsche die allgemeine Überzeugung, daß es sich um den nahenden Frieden und um die polnische Frage handelte. „In welcher Richtung die Resultate der Beratungen sich bewegen, — sagt das Blatt, — werden wir aus der Antwort erfahren, die die Zentralstaaten in der Friedensfrage dem Papste erteilen werden, und in der anderen uns näheren Frage wird die Antwort gewiß schon in der nächsten Zeit an die Adresse des Staatsrates gelangen.“

Im anscheinenden Widerspruche zur Tatsache des engen Einvernehmens zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland stehe die Änderung, die das Verhältnis Englands zur Donaumonarchie erfuhr. In der ersten Kriegsperiode wollte England die Zerschmetterung

und Teilung der Monarchie. Nach dem Sturze des Zarismus, als die militärische Ohnmacht des revolutionären Rußlands offenbar wurde, änderte England seine Front. Bonar Law deutete an, daß England Österreich-Ungarn nicht als Feind ansehe. Von der österreichisch-ungarischen und deutschen Seite wurde darauf mit der Betonung der Unerlöschlichkeit des bisherigen Bundesverhältnisses geantwortet. Das geänderte Verhältnis Englands zur Donaumonarchie sei dadurch zu erklären, daß die Zerschmetterung der Donaumonarchie und die Aufteilung der Türkei ein Kriegsziel war, welches der russische Imperialismus der Entente aufdrängte. Solange England auf das riesige russische Menschenmaterial angewiesen war, mußte es dieses Kriegsziel aufrecht erhalten. Jetzt aber habe es keinen Grund, für den russischen Imperialismus einzutreten, zumal die russische provisorische Regierung auf Konstantinopel verzichtet hat. Hier liege der Ursprung der Frontänderung in der Politik Englands gegenüber Österreich-Ungarn. — „Für Deutschland ist die Großmachtstellung Österreich-Ungarns in der gegenwärtigen Konstellation eine Lebensnotwendigkeit. Es ist dies die Brücke nach dem Balkan, der Knotenpunkt auf dem Wege nach Bagdad.“ Daß sich England mit den berechtigten Interessen der Monarchie abgefunden hat, liege auch auf der Linie der deutschen Interessen. Indem England auf die Teilung Österreich-Ungarns verzichtet hat, tat es einen bedeutenden Schritt in der Richtung des Friedens.

(Aus Nr. 177 des Warschauer Tagesberichts vom 24. August 1917.)

Nr. 214 des Glos (Warschau)
vom 24. August 1917

bringt aus der „Kölnischen Volkszeitung“ ein Interview des Graf Adam Ronikier in Berlin mit dem Vertreter dieses Blattes gehabt hat. Graf Ronikier sagte, daß das Nationale Zentrum offenkundig auf dem Standpunkte eines Bündnisses mit den Zentralstaaten stehe. Dieses Bündnis müsse aber nicht nur Pflichten auferlegen, sondern auch Rechte geben. Das Nationale Zentrum stehe auf dem Standpunkte, daß mindestens eine gewisse Anzahl von Rechten, die unmittelbar aus dem Akte des 5. Novembers folgen, der polnischen Regierung sichergestellt werden müsse, und zwar: der Anteil am Erlaß der Verordnungen der Okkupationsbehörden (natürlich mit Ausnahme der Verordnungen rein strategischer Natur), die Beseitigung der mit der Okkupationsteilung verbundenen Schwierigkeiten, besonders bezüglich des Verkehrs; dann Rechte auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung: der Wiederaufbau des Landes mit Hilfe eines Dispositionsfonds, der aus dem polnischen Nationalvermögen gedeckt würde. In der Frage der polnischen Armee erkennt das Nationale Zentrum die Notwendigkeit an, sofort eine auf die allgemeine Wehrpflicht gestützte reguläre polnische Armee aufzustellen. Die polnische Armee müsse am Kriege gegen Rußland teilnehmen. Was den künftigen König anbelangt, erklärte Graf Ronikier, daß Erzherzog Karl Stefan aus Saybusch in Polen allgemeine Sympathien genieße. Er ist der Kandidat, auf den auch die Zentralstaaten sich einigen können. Es wäre im Interesse Polens und der Zentralmächte, daß schon in der nächsten Woche das polnische Regierungskabinett in Polen gebildet und die Angelegenheit der polnischen Armee entschieden werde.

(Aus Nr. 177 des Warschauer Tagesberichts vom 24. August 1917.)

Nr. 230 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 24. August 1917

berichtet über ein Interview des Grafen Konikier mit dem Berliner Korrespondenten des „Neuen Wiener Tageblatts“. Graf Konikier erklärte, daß er nach Berlin gekommen sei, um im Namen des Nationalen Zentrums im Königreich Polen mit den maßgebenden Faktoren im Reiche Fühlung zu nehmen. Vorher war er in Wien und Budapest. Er wünsche auch mit den Vertretern des deutschen Zentrums zu sprechen. Er halte es für notwendig, daß ein polnischer Staat und eine polnische Regierung, sowie eine polnische Armee auf der Basis der allgemeinen Dienstpflicht gebildet werden. Diese Armee müsse noch in diesem Kriege aktiv gegen Rußland mitwirken. Graf Konikier meint, daß sich jetzt die letzte Gelegenheit zur Bildung einer polnischen Regierung biete; sobald dies erfolgt, würden 90 Prozent der gegenwärtigen Skeptiker in Polen sich der Aktion des Nationalen Zentrums anschließen.

(Aus Nr. 177 des Warschauer Tagesberichts vom 24. August 1917.)

Nr. 188 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 20. August 1917

berichtet, daß die Lösung der Angelegenheit der polnischen Regierung erst gegen den 25. d. Mts zu erwarten sei. „Der Aufenthalt des Fürsten Lubomirski und des Grafen Tarnowski in Wien bewirkte — wie verlautet —, daß die Mitglieder der Realistenpartei sich vollständig mit der politischen Aktion des Erzbischofs und des Grafen Lubomirski solidarisierten. Diese Kreise beginnen nach dem Besuch des Fürsten Lubomirski in Wien die Fragen der polnischen Politik in der Richtung Wien aufzufassen.“ Im allgemeinen bestehe keine Ursache zum Pessimismus.

(Aus Nr. 176 des Warschauer Tagesberichts vom 23. August 1917.)

Aus Nr. 192 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 25. August 1917.

Was hört man in Warschau?

Die Warschauer Gama ist ein im allgemeinen treues Spiegelbild der Stimmungen in Warschau. In der Form des Klatsches oder boshaften Wizes spiegelt sie das wieder, was Warschau denkt, was es bedrückt oder beunruhigt.

Die Boshaftigkeit ist das grundsätzliche Merkmal der „Warschauer Äußerungen“. Beispiele? Deren könnte man Tausende aufzählen. Unseren zersplitterten Aktivismus, der auf den Abwegen veränderlicher Stimmungen umherirrt, nennt Warschau den „passiven Aktivismus“. Wer unsere politischen Verhältnisse kennt, muß zugeben, daß die Richtigkeit dieser Bezeichnung staunenswert ist. Und wie urteilt Warschau über das Bollwerk der „Passivität“ der Zwischenparteilichen Fraktion? Die Gama weiß, daß diese Fraktion unter der Losung der wirtschaftlichen Organisation, die zu bekämpfen ja niemand die Absicht hatte, die Bildung der polnischen Regierung bisher erschwerte, jedenfalls aber in dieser Sache eine friedliche Zurückhaltung beobachtete. Diese tätige Bekämpfung der Regierung, dieses aktive Erschweren der staatschaffenden Bestrebungen seitens der Rechten nannte Warschau „aktiven Passivismus“. Wiederum haben wir es mit einer treffenden unbekannten Definition zu tun. Mithin ist die Gama Warschaus ein genaues Spiegelbild des Lebens der Hauptstadt.

Was sagt also die Gama in den letzten Tagen? Es interessiert sie lebhaft die Person und der Tätigkeit

des Fürsten Zbislau Lubomirski. Bekanntlich ist der Fürst gestern (Dienstag) aus Wien heimgekehrt, wo er mit maßgebenden Faktoren der Donau-Monarchie verhandelt hat.

Bis dahin hatte der Fürst noch nicht die physische Möglichkeit, den beteiligten polnischen Kreisen über das Ergebnis seines Aufenthalts in Wien Bericht zu erstatten. Er soll dies in den nächsten Tagen tun. Und dennoch weiß Warschau schon, daß der Fürst vom Kaiser Karl empfangen wurde, daß der Empfang 1¼ Stunde gedauert habe, daß Fürst Lubomirski gegenwärtig ein entschlossener Anhänger der Politik der Tat sei und daß er mit der ganzen Kraft seines Einflusses nach der Bildung der polnischen Regierung strebt, wobei er von der Zwischenparteilichen Fraktion unterstützt wird.

Diese Gerüchte scheinen der Wirklichkeit zu entsprechen.

Was die Zwischenparteiliche Fraktion anbetrifft, so hört man, daß in ihrer Mitte in letzter Zeit gerade wegen der politischen Tätigkeit des Fürsten Lubomirski zwischen den Radikalistern und den Nationaldemokraten eine Meinungsverschiedenheit entstanden ist. Angeblich unterstützen die Realisten den Gedanken und die Art der Bildung der Regierung tatkräftiger als die Nationaldemokraten. Diesem Gerüchte, dessen wir aus publizistischer Pflicht Erwähnung tun, darf man keine große Bedeutung beilegen.

Jedenfalls ist es Tatsache, daß die nächste Woche eine Zeit lebhafter zwischenparteilicher Verhandlungen in der Angelegenheit der Schaffung der Regierung sein wird. In Verbindung damit entsteht die Frage, wie sich gegenwärtig die Linke verhalten wird? Wie es scheint, wird dieses Lager einen abwartend-oppositionellen Standpunkt einnehmen. Dafür sprechen viele Anzeichen.

Wie diese Verhandlungen enden werden, ob sie zu dem erwähnten Ziel führen werden, kann man heute freilich noch nicht vorhersehen.

Aus dem politischen Leben wäre mitzuteilen, daß der aktivistischen Politik ein erprobter und ergebener Faktor verloren gegangen ist. Herr Josef Dombrowski (J. Grabiec), der bekannte Publizist, Geschichtsschreiber und Politiker, einer der Schöpfer der „Viga des Polnischen Staatswesens“, ist in das polnische Heer eingetreten und wurde im Range eines Hauptmanns Auditeurs dem Militärgericht zugeteilt.

Herr Dombrowski hat im politischen Leben des Königreichs in der Zeit während des Krieges eine hervorragende Rolle gespielt. Erst in Kalisch, dann in Lodz und späterhin in Warschau gehörte er zu den tatkräftigsten aktivistischen Faktoren, indem er in Wort und Schrift die Lösung der Unabhängigkeit Polens unterstützte. Man kann ohne Übertreibung feststellen, daß Warschau seiner Arbeit ein gut Teil seiner politischen Aufklärung verdankt.

Zum Schluß noch einige Worte über die Arbeitskräfte des Staatsrates. Die Teuerung Warschaus hat sich auch bei ihnen fühlbar gemacht. Deshalb ist die bevorstehende Erhöhung ihrer Gehälter um 50 % mit Befriedigung zu begrüßen. Wir fügen hinzu, daß der Haupt-Fürsorgerat einen einschlägigen Beschluß hinsichtlich seiner Arbeitskräfte bereits gefaßt hat.

Aus Nr. 382 des Czas (Kraukau)
vom 20. August 1917.

Das Schreiben des Kronmarschalls W. Riemojewski.

Aus Warschau wird berichtet:

„Auf dem Hintergrunde der letztern Unterhandlungen über die Verwirklichung der polnischen Regierung ist im Staatsrate eine Krisis entstanden, die den Kronmarschall W. Riemojewski veranlaßt hat,

um seine Entlassung zu bitten. Die Hauptschuld liegt in diesem Falle auf der Seite der Zwischenparteilichen Fraktion, die wegen ihrer Teilnahme an der neuen Regierung verhandelte und in ihrer letzten Erklärung dem Staatsrate einen empfindlichen Schlag versetzte. In dieser Erklärung verlangte sie u. a., daß vom gegenwärtigen vorläufigen Staatsrate niemand in die zukünftige Regierung eintrete, und zwar um so weniger, weil sie in dem zu bildenden Regentenschaftsrat keinen Vertreter haben sollte. Da als Kandidat für den Regentenschaftsrat außer dem Fürsten Lubomirski und dem Erzbischof Rafowski der Kronmarschall Niemojewski in Frage kam, war der Schlag unzweideutig gegen diesen gerichtet. Der Kronmarschall bat daher um seine Entlassung und begründete diesen Schritt in einem an den Staatsrat gerichteten ausführlichen Briefe, den wir im Wortlaute folgen lassen:

An den Hohen Staatsrat!

Nachdem ich schon vor längerer Zeit zu der Überzeugung gelangt war, daß es unmöglich ist, fast nach allen Seiten zu kämpfen, hatte ich mich schon anfangs Juni d. J. entschlossen, aus dem Staatsrate auszuscheiden, als wir das Gerichts-, das Schul- und das Wohlfahrtswesen übertragen erhalten sollten. Da ich aber in dem Akte vom 8. Juli gewisse Zugeständnisse erlangte und im Augenblicke der Verwirklichung dieser Vorschläge durch meinen Austritt nicht unangenehme Folgen veranlassen wollte, nahm ich von der Ausführung meiner Absicht Abstand. Da ich später seitens des Staatsrates mit meiner Berufung in den Dreierauschuß geehrt wurde, glaubte ich, diesen verantwortungsvollen Posten nicht ablehnen zu dürfen, und wollte die Wahl unter folgenden Bedingungen annehmen: Daß bei den gegenwärtigen Verhandlungen über die Verwirklichung der polnischen Regierung auf der Grundlage des Aktes vom 5. November 1916 der Charakter des zukünftigen polnischen Staates, als einer selbständigen und unabhängigen Macht, unzweideutig festgestellt werde; daß die öffentliche Meinung und die politischen Gruppen mit der Bildung und Zusammenfassung des Dreierauschusses einverstanden sein und ihn unterstützen werden; daß zu diesem genannten Ausschusse auch der mit der Befugnis eines Primas von Polen ausgestattete und entsprechende Aussehen und Einfluß genießende Warschauer Erzbischof, sowie der sich allgemeiner Volkstümlichkeit erfreuende Fürst Jd. Lubomirski die Wahl ebenfalls annähmen. Bevor jedoch die Beratungen über die Bildung der polnischen Regierung begannen, erklärte sich die Zwischenparteiliche Fraktion aus folgenden Gründen gegen meine Wahl: 1. weil von den Mitgliedern des vorläufigen Staatsrates niemand dem Regentenschaftsrat angehören darf, falls dieser auf die Unterstützung der Zwischenparteilichen Fraktion rechnen will; 2. weil ich bei den Okkupationsmächten nicht „persona grata“ sei.

Die Nachricht von der Entschließung der Zwischenparteilichen Fraktion erhielt ich am 8. d. Mts. aus dem Munde Seiner Erzellenz des Herrn Erzbischofs, der ebenso der Ansicht ist wie ich, daß er die Mühe der Schaffung der Regierung und eines neuen Staatsrates nur übernehmen könnte, wenn er der Unterstützung im Lande und seitens des Fürsten Jd. Lubomirski, der eigentlich der Zwischenparteilichen Fraktion angehört, sicher wäre. Daher kommentiere ich die Entscheidung selbst nicht, sondern ziehe aus ihr nur den Schluß, daß ich infolgedessen zurücktreten darf. Deshalb auf mich mit Steinen zu werfen, hat niemand das Recht. Vor einem halben Jahre, als die Rückkehr des russischen Heeres möglich war, trug ich keine Bedenken, meinen Kopf und mein Vermögen aufs Spiel zu setzen und in den Staatsrat einzutreten, um eine Pflicht zu erfüllen, die anderen sehr schwierig oder

gefährlich erschien. Jetzt kann und muß ich mit reinem Gewissen gehen, um die Annahme der Wahl den beiden anderen Mitgliedern des Regentenschaftsrates zu ermöglichen und den Ausweg aus der schwierigen Lage zu erleichtern, in die die Entschließung der Zwischenparteilichen Fraktion den vorläufigen Staatsrat versetzt hat. Diese wünscht jetzt den weiteren Ausbau und das Schicksal des polnischen Staates selbst in die Hand zu nehmen und dafür die volle Verantwortung zu übernehmen. Dieser Absicht wünsche ich von ganzem Herzen einen guten Erfolg, sowie daß das, was der vorläufige Staatsrat im Lande und jenseits seiner Grenzen erzielt hat, nicht zunichte gemacht, sondern vielmehr erweitert werde. Ich aber lege in die Hände des vorläufigen Staatsrates meinen Verzicht sowohl auf die Würde des Kronmarschalls und des Mitgliedes des vorläufigen Staatsrates, als auch auf die Wahl des noch nicht bestätigten Regentenschaftsrates, Pflichten, die ich nur als Mitglied des vorläufigen Staatsrates übernehmen könnte. Mit ihm durch allerengste Bande gemeinschaftlicher Arbeit und gemeinschaftlicher Sorgen verknüpft, bin ich ihm zu unvergeßlicher Dankbarkeit für alle mich ehrenden Beweise des Vertrauens verbunden.

Wenzel Niemojewski.

Nr. 382 des Czas (Krakau)
vom 20. August 1917

bringt folgende Mitteilung der Warschauer „Teka“: Infolge der bei den Verhandlungen über die Realisierung der polnischen Regierung entstandenen und hauptsächlich durch das Verhalten des „Zwischenparteilichen Klubs“ verschuldeten peinlichen Lage des Staatsrats bittet der Marschall Niemojewski, zurücktreten zu dürfen. Der Zwischenparteiliche Klub hatte nämlich in seiner Deklaration das Verlangen ausgesprochen, keins von den Mitgliedern des Staatsrates dürfe in die künftige Regierung eintreten, und der Staatsrat dürfe auch nicht einen Repräsentanten im Regentenschaftsrat haben, der jetzt gebildet wird. Da der Kronmarschall nebst dem Fürsten Lubomirski und dem Erzbischof Rafowski als Kandidat zum Regentenschaftsrat bezeichnet wurde, ist die Deklaration des Zwischenparteilichen Klubs unzweideutig gegen ihn gerichtet.

(Aus Nr. 177 des Warschauer Tagesberichts vom 24. August 1917.)

Nr. 231 der Godzina Polski (Lodz)
vom 24. August 1917

bringt einen Leitartikel unter der Überschrift: „Die modernen Wallenrods“, der darauf hinweist, daß die Entente freunde in Polen alle Mittel anwenden, daß die Unter, die als Folge des Aktes vom 5. November errichtet werden sollten, in die Hände der Anhänger der ententefreundlichen politischen Gruppen gelangen und daß die entschiedenen Aktivisten gar keinen Einfluß erlangen. Einen wichtigen Schritt in dieser Richtung tat der Zwischenparteiliche Klub, indem er dem Kronmarschall seinen Beschluß mitteilen ließ, daß er gegen seine Wahl in den Regentenschaftsrat sei, da kein Mitglied des Staatsrates im Regentenschaftsrat sein dürfe, wenn dieser auf die Unterstützung des Zwischenparteilichen Klubs rechnen soll. Der Zwischenparteiliche Klub erklärt somit — führt die „Godzina Polski“ aus —, an der künftigen polnischen Regierung teilnehmen zu wollen, jedoch unter der Bedingung, daß nur der Zwischenparteiliche Klub über die Auswahl der Mitglieder dieser Regierung, ja sogar über den Anteil der einzelnen politischen Gruppen an derselben entscheiden werde. — Das seien offenbar diktatorische Bestrebungen. Weiter zitiert das Blatt Ausführungen des „Dziennik Ra-

rodomy", der ebenfalls auf das diktatorische Bestreben des Zwischenparteilichen Klubs warnend hinweist und betont, daß an der künftigen Regierung vor allem diejenigen teilzunehmen hätten, die bisher bewiesen haben, daß sie die Tat wollen und zur Tat fähig sind.

(Aus Nr. 178 des Warschauer Tagesberichts vom 25. August 1917.)

Aus Nr. 3701 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)
vom 16. August 1917.

Steine.

Warschau, den 12. August.

Auf dem Schreibtisch des Kronmarschalls des Staatsrates liegt zur ewigen Schande ein Haufen Steine, die in der denkwürdigen Nacht vom 22. Juli in die Fenster des Gebäudes, welches der ersten polnischen Regierung zum Aufenthaltsort dient, gefallen sind. Diese warf das ungebildete und apolitische Straßengefindel, also sicherlich unbewußt, welche Tempelschändung es damit begangen hat, und es warf sie, was als zweites milderndes Moment zu bezeichnen ist, im Augenblick der leidenschaftlichen Erregung, die durch die fast unglaubliche Version über die Verhaftung Pilsudskis hervorgerufen worden ist. So geschah es ungefähr ein halbes Jahr nach der feierlichen Eröffnung des Staatsrates, die von der ganzen Nation als der Tag einer neuen Epoche gefeiert wurde. Steine — ein Ausdruck der simpelsten Brandmarkung — flogen dort herein, wo der polnische Staatsgedanke mit solcher Mühe arbeitet und hartnäckig alle Widerstände bekämpft.

Es sind übrigens nicht die ersten Steine, die in dieser schweren Arbeitsperiode auf den Staatsrat fielen, nicht die ersten und nicht die schmerzhaftesten. Des öfteren schon warf sie eine Hand, die sich des Zieles und des Verbrechens bewußt war, sie warf sie nicht in Augenblicken der fieberhaften Erregung, sondern nach langer, reiflicher Überlegung.

In den letzten Wochen, hauptsächlich aus Anlaß der Sezession der Linken und der Eidesleistung der Legionen, wurden ganze Stöße von Aufrufen verbreitet, in denen man nicht unterließ, den Staatsrat als einen „Haufen politischer Banquerotteure“, als eine „Bande von Verrätern“ zu bezeichnen, man zögerte nicht, die Tätigkeit des Staatsrates als vom Grunde aus schädlich und unpolnisch zu brandmarken. Wir wissen gut, daß die geübte politische Feder, die diese Worte schrieb, welche zum „Entflammen“ der breiten Massen bestimmt waren, absichtlich die Vorwürfe steigerte, damit sie schweren, zerschmetternden Felsen ähnlich werden. Unter dem Deckmantel schmerzhafter aber leerer Beschimpfungen steckten ernste Vorwürfe, mit denen man rechnen muß.

Also der erste Vorwurf, daß der Staatsrat nicht den polnischen Gedanken vertritt, weil er auf der Linie der gemeinsamen Arbeit mit den Regierungen der Zentralmächte schreitet; ferner, daß der Staatsrat überhaupt nicht die Gesellschaft vertritt, da er nicht alle politischen Gruppen in sich zusammenschließt. Und noch weiter, daß der Provisorische Staatsrat überhaupt keine Regierung ist, da er keine ihrer Attribute besitzt. In dieser Steigerung ist es wahrhaftig nicht schwer, zu der Überzeugung zu gelangen, daß der Staatsrat „ein brennendes Geschwür auf dem Körper Polens“ ist, und das „infolge des moralischen Ablebens des Staatsrates“ das Palais Kronenberg... möglichst rasch zu vermieten wäre.

Steine dieses Umfanges werfen stets Gegner und Nichtgegner der Bestehens des Staatsrates, die einen in dem Sinne, daß alles, was bis zum heutigen Tage in Polen entstand, zu vernichten sei, die anderen — in dem „schamhaften“ und doch so menschlichen Streben zur Opposition um jeden Preis. Immer scheint doch das „Nein“, welches jeglichem schöp-

ferischen Gedanken gegenübergestellt wird, das klügste zu sein... Es hält einfach schwer zu entscheiden, daß diese Überzeugung direkt aus dem bösen Willen fließt, daß sie die unerklärliche Lust der Nichtzulassung zum Aufbau des polnischen Staates erweckt — nein, diese Behauptung, die leicht eine Beschimpfung werden könnte, wollen wir nicht fallen lassen, aber wir sind einig, daß all dies aus purer Blindheit fließt. Wurden doch schon so viele Male der dem Staatsrat gemachten Vorwürfe berichtet. Es wurde soviel Mal erklärt, daß man trotz der Tausende von Streikpunkten mit den Zentralmächten gehen müsse, weil uns mit ihnen gemeinschaftliche Bande verknüpfen und weil sie es eben waren, die reale Ankündigungen des Aufbaues des polnischen Staates ergehen ließen, und weiter wurde unter Angabe von Daten und Namen erklärt, daß die Herren von der Linken und der Rechten selbst gleich am Anfang mit allen Kräften dahin drängten, nicht in den Staatsrat einzutreten, und als sie dennoch verlockt im Staatsrat Platz nahmen, sich am Vortage des Beginnens einer realen Tätigkeit mit einer effektvollen Geste von der Arbeit zurückzogen; und ferner, was schwer auseinanderzusetzen ist, daß der provisorische Staatsrat faktisch keine exekutive Regierung sein kann, daß er einzig Grundlagen vorzubereiten hat... Des öfteren wurde das alles erklärt, aber vergebens, alle diese Tatsachen unterstützte auch nicht die Anführung so zahlreicher und kraftvoller Denkschriften des Staatsrats in Sachen der Aufhebung der Okkupationsgrenze, der Einstellung der Requisition, nicht einmal die historische Denkschrift vom 1. Mai, und sogar nicht die — wenn auch erst aus den letzten Tagen stammenden Proteste gegen die Internierung der Legionäre und der Verhaftung Pilsudskis.

Die Opposition, welche wir mit diesem Worte in weitesten Sinne umfassen, übergeht diese realen Tatsachen mit Schweigen und drängt mit der Hartnäckigkeit eines Mondsuchtigen auf revolutionäre Abwege, auf... Der gefährliche revolutionäre Bazillus hat die Köpfe in Polen ernstlich verwirrt und Leute, die von diesem unvermeidlichen Selbstmord, welcher ihnen als Erlösung erscheint, träumen, wallen die steilen Pfade der „revolutionären“ Ideologie herab, die da verlangt, daß alles nivelliert werde, daß die meist schwindsüchtigen Keime der polnischen Selbstverwaltung ohne Spur vernichtet würden, um auf diesem öden unfruchtbaren Boden einen „Baum der Freiheit“ zu pflanzen und rings um ihn einen befehlenden revolutionären Tanz aufzuführen.

Wir glauben, daß nicht böser Wille, sondern Verblendung denjenigen dieses Bild in den Gedanken einflößt, die im russischen Wirrwar ein „Vorbild“ zur Lösung der polnischen Frage suchen wollen. Diese Verblendung steigert noch die Kriegserregung (Zensurlücke) schließlich diese so erzromantische, so echt polnische Krankheit der Zersplitterung der eigenen Eingeweide ohne ein bestimmtes Ziel — einfach aus Verzweiflung.....

Auf solche Vorläufer stützte sich Erstarkung der revolutionär-nihilistischen Phantasiegebilde, im Vergleich zu denen die korrupte Kampfesmethode noch mehr zu verurteilen ist. Man zerstört mit eigenen Händen das Gebäude, um darauf möglichst schnell die Steine aus dessen Wänden herauszureißen.

Auf diese Weise wird der Kampf geführt, der nicht so sehr gegen die Okkupationsregierungen (Zensurlücke) als gegen den Staatsrat gerichtet ist, der in den Augen der Nation als die Quelle allen auf polnischem Boden geschehenen Übels hingestellt werden soll. Wir geben selbst zu, daß der Staatsrat keine Attribute einer faktischen Regierung besitzt (Zensurlücke), aber in den Augen der Welt möchten wir den Staatsrat Prärogativen einer moralischen Regierung Polens zuerkennen. Hauptsächlich infolge des von den Oppositionselementen

mit der ganzen Bitterkeit geführten Feldzuges stößt die Arbeit stets im Innern auf Hindernisse, und nach Außen setzen wir uns Beschimpfungen aus, die von den deutschen Junkern geschleudert werden, Beschimpfungen, daß sich Polen in Folge eigener Dummheiten das Grab grabe.

In den Augen der Welt erzielen wir entweder Verachtung oder aber — bei mehr sentimentalen Völkern — ein noch um hundert Mal mehr erniedrigendes Erbarmen. Das ist es, was aus Polenmacht „il soggetto, il piu tragico della vita europea.“ (Giorgio d'Acandia — „La Questione palacca“). Das ist es, was die prophetischen Worte von Skarga in Erinnerung bringt: „Zur Rettung des zum Fallen so gebeugten Vaterlandes werdet Ihr fast alle Wege Euch versperren. Darauf wartet der, der Euch Schlechtes wünscht, und er wird sagen: Euge! Euge! Jetzt freffen wir sie auf, jetzt haben sie einen Fehltritt gemacht, sie können uns nicht mehr entrinne.“

Aber machen wir uns von diesen Reflexionen los! Was zu tun ist — das ist die Frage! Es genügt da, die Worte aus dem Briefe des Brigadiers Pilsudski anzuführen, des überaus schönen Briefes, der geschrieben wurde, als er nur Soldat war und mit schmerzhaftem Afford seine Laufbahn endete:

„Wir durchleben jetzt alle einen Augenblick, wo der Aufbau schwer fällt, das Werk so vieler Hände schwankt und bebt in seinen Grundlagen. In solchen Momenten muß ein jeder von uns Hauptbaumeistern, ohne anderwärts, wie es die Schwachen machen, die Schuld zu suchen, sich Rechenschaft von seinem Anteil an der gemeinschaftlichen Arbeit ablegen.“

Diese Worte tragen das Datum vom 6. Oktober 1916, und derselbe Augenblick scheint noch fortzudauern, wo „der Bau in seinen Grundlagen bebt“, nur daß die einen Baumeister von uns fortgingen und die anderen in Geistesabwesenheit selbst ihr Werk vernichten. . . .

Auf dem Schreibtiisch des ersten Kronmarschalls liegt ein Haufen Steine, unförmige Steine, die irgendwo in der Dunkelheit der Nacht aus dem Warschauer Pflaster, das schon soviel Mal polnisches Blut getränkt hat, herausgerissen wurden.

Sie liegen zur ewigen Schmach, zur unauslöschbaren Schande und vielleicht schließlich zur Besinnung da.

Nr. 224 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 22. August 1917.

schreibt: „Das Organ der Liga des polnischen Staatswesens „Straznica“ (mit Umgehung der Zensur herausgegeben) berichtet über die Ursachen des Austrittes der Liga des polnischen Staatswesens aus dem nationalen Zentrum folgendes: Der Austritt der Liga des polnischen Staatswesens aus dem nationalen Zentrum wurde dadurch verursacht, daß alle Anträge, die in der Tagung des nationalen Zentrums am 29. Juli gestellt wurden, verworfen worden sind. Diese Anträge lauten folgendermaßen: 1. Das nationale Zentrum stellt fest, daß, sofern in der nächsten Zeit die Realisation der obersten staatlichen polnischen Behörden nicht erfolgen wird, das nationale Zentrum sich gezwungen fühlen wird, ihr Verhältnis zu den Zentralmächten einer Revision zu unterziehen. 2. Das nationale Zentrum ist der Ansicht, daß der Verbeauftragte in der gegebenen Situation nur von der polnischen Regierung erlassen werden kann und daß diese Regierung möglichst schnell zur Zwangsverbannung übergehen müsse. 3. Das nationale Zentrum beschließt, sich an den Provisorischen Staatsrat mit der Bitte zu wenden, alles aufzubieten, um die Befreiung der un-

vereideten Soldaten aus dem Gefangenenlager zu erwirken. — Alle diese drei Anträge wurden in der Tagung vom 29. verworfen. Ferner konnten infolge der Stimmung der Mehrheit zwei weitere Anträge der Liga des polnischen Staatswesens ebenfalls nicht gestellt werden, und zwar: ein Antrag, der vom nationalen Zentrum forderte, daß es zwecks „Milderung innerer Gegensätze mit den Elementen, die prinzipiell ihre Mitwirkung an der Bildung der polnischen Regierung während der Okkupation nicht ablehnen, in Verbindung trete, und ein zweiter Antrag der Liga des polnischen Staatswesens, der die Leitung des Blattes „Glos“ einer Kontrolle unterzogen haben wollte. Im Gegensatz dazu wurde dem Leiter des „Glos“, Herrn Mlynarski, durch Afflamation Dank ausgesprochen. „Infolge dieses Gegensatzes zwischen der Haltung der Liga des polnischen Staatswesens und dem nationalen Zentrum blieb der Liga des polnischen Staatswesens nichts anderes übrig, als von der weiteren Mitarbeit im nationalen Zentrum abzusehen.“

(Aus Nr. 178 des Warschauer Tagesberichts vom 25. August 1917.)

Nr. 224 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 21. August 1917

schreibt unter der Überschrift „Bedingungen der Linken“ folgendes: „Seit dem Rücktritt der Vertreter der Linken aus dem Staatsrat richtet sich die Energie des sogenannten Zentrums darauf, sowohl den Okkupationsbehörden wie auch der Gesellschaft zu beweisen, daß das Zentrum fähig ist, die Regierung zu übernehmen. . . . Doch hat diese Politik einen vollständigen Bankrott gemacht. Es hat sich herausgestellt, daß es unmöglich ist, ohne die Linke zu regieren.“ Heute beginnt das Zentrum wiederum Versuche zu machen, die Linke zur staatsbildenden Arbeit heranzuziehen. „Die Linke ist bereits zur Arbeit an dem Bau des Staates herangetreten, doch fordert sie . . . die Erfüllung eines gewissen Minimums von Bedingungen . . . Diese Bedingungen sind die Armee, die Regierung und der Landtag, die unabhängig und dem Willen des Landes untergeordnet wären . . . (der weitere Absatz durch die Zensur gestrichen). . . . Es würde scheinen, daß es heute schwer ist, von der Armee zu sprechen . . . und trotzdem muß gesagt werden, daß die Frage der Armee auch weiterhin eine der wichtigsten Angelegenheiten sei.“

(Aus Nr. 177 des Warschauer Tagesberichts vom 24. August 1917.)

Aus Nr. 392 des Czas (Kraau)
vom 25. August 1917.

Der General-Gouverneur von Bessler an die Regionenoffiziere.

Aus Warschau wird mitgeteilt:

In Beantwortung der anfangs August von den Regionenoffizieren in Benjaminowo überreichten Denkschrift hat der General-Gouverneur von Bessler zu Händen des Kommandanten der Warschauer Ersatztruppen folgendes Schreiben gerichtet:

„Diejenigen polnischen Offiziere und Soldaten, die die Eidesleistung verweigert haben, haben sich gegen den polnischen Staatsrat aufgelehnt und zugleich gegen die Disziplin verstoßen, ein Vergehen, wie man es sich beim Militär nicht schwerer denken kann. Offiziere und Soldaten, die aus politischen Gründen und zwecks Unterstützung politischer Umtriebe gegen die Schaffung des eigenen Staates in die Reihen des eigenen Heeres Zwiespalt und Ungehorsam hineintragen, sind eine Gefahr für das polnische Heer

und den polnischen Staat. Deshalb mußten sie aus dem polnischen Heere ausgeschlossen werden. Solche Offiziere und Soldaten sind zur Zeit der gegenwärtigen Kriegsverhältnisse wegen der von ihnen bewiesenen Geneigtheit zu politischen Umtrieben und zur Disziplinlosigkeit zugleich auch eine Gefahr für die deutschen und österreichischen Heere, die die zukünftigen Grenzen des polnischen Königreiches gegen die gerade in den letzten Wochen erneuten Angriffe des russischen Heeres verteidigen, denn man kann erwarten, daß sie versuchen werden, politische Unruhen und feindliche Tätigkeiten gegen die Okkupationsmächte, gegen deren Behörden und Truppen im Rücken der kämpfenden Heere hervorzurufen und dadurch die ruhige polnische Bevölkerung infolge dringender Vorsichtsmaßregeln, die als notwendig erscheinen könnten, einer ernststen Gefahr auszusetzen. Deshalb werden im Interesse der Sicherheit der deutschen und der mit ihnen verbündeten Heere, sowie auch im Interesse der Sicherheit des polnischen Landes und der polnischen Volksgesamtheit diejenigen Offiziere und Soldaten, die die Eidesleistung verweigert haben, interniert bleiben, solange diese Gründe bestehen werden. Diese Vorsichtsmaßregeln haben mit der Degradierung nichts gemein und beschränken keineswegs das Recht des Tragens der deutschen und österreichisch-ungarischen Abzeichen, die noch in jener Zeit erworben wurden, als die Offiziere und Soldaten gegen die höchste Pflicht jedes Soldaten, gegen den Gehorsam und die Treue dem eigenen Lande und dessen Obrigkeit gegenüber, nicht verstießen.

Aus Nr. 188 des Dziennik Narodowy (Petritan)
vom 20. August 1917.

Am Jahrestage der Legionen.

Das Kommando der polnischen Legionen erließ am 16. August, am dritten Jahrestage der Entstehung des Obersten Nationalkomitees und der Legionen, folgenden Befehl:

Soldaten!

Seit der Entstehung des Obersten Nationalkomitees und der polnischen Legionen sind drei Jahre verstrichen. Nach einer hundertjährigen Knechtschaft schuf das polnische Volk in dem Teilgebiet, in dem es ihm erlaubt war, im Augenblicke des Kriegsausbruches die Fahne des Kampfes um die Freiheit zu erheben, eine Schar eigener Soldaten, um sie gegen seinen gefährlichsten Bedrücker in den Kampf zu schicken.

Zweimal ehrtet ihr den Jahrestag dieser für die Zukunft Polens denkwürdigen Tat auf dem Schlachtfelde, im Angesichte des Feindes, in dem tiefen Glauben, daß das Opfer Eures Blutes, Eure Mühseligkeiten und Euer Heldenmut den Grabstein der Knechtschaft des Vaterlandes fortwälzen werde. Ihr lebtet in der Hoffnung, daß die polnische Waffentat nicht vergeblich sein werde. Trotz aller Enttäuschungen, trotz der Gleichgültigkeit der Volksgesamtheit und trotz der sich auf Schritt und Tritt häufenden Hindernisse und Schwierigkeiten habt Ihr durchgehalten. Ihr habt bis zu dem Augenblicke durchgehalten, in dem durch den Akt vom 5. November das Recht Polens auf ein selbstständiges staatliches Dasein anerkannt wurde.

Ihr habt bis zu dem Augenblicke durchgehalten, von dem Ihr im Laufe Eurer langen Kämpfe geträumt habt: Ihr seid der Stamm des polnischen Heeres geworden!

Die Zeit der Frontarbeit ist vorüber, — und jetzt hat die zeitraubende organisatorische Arbeit begonnen.

Bisher ist das Ziel noch nicht erreicht, neue Regimenter des polnischen Heeres sind noch nicht ent-

standen, aber sie müssen entstehen, wenn der polnische Staat erstehen und leben soll.

Ein Volk lebt nicht ungestraft ein Jahrhundert lang in der Knechtschaft, es ist ihm nicht leicht, einen Staat zu errichten, den die Gewalt vernichtet hat.

Man muß mit der Übermacht der Feinde und mit der eigenen Ohnmacht kämpfen.

Kämpfen und glauben, daß das Vaterland nicht verloren ist, für das Euer Bajonett die Auferstehungshymne geschrieben hat und das in Euren Augen sich aus dem Grabe zu einem neuen Leben erhebt. Seid seine bewaffnete Schulter und seine Kraft der Ausdauer!

Am dritten Jahrestage des Bestehens der Legionen seid Ihr dem Ziele Eurer Kämpfe und Mühseligkeiten, Eurer Sehnsucht und Wünsche näher denn je. Polen befindet sich am Vorabend der Bildung seiner Regierung und der Schaffung des Heeres.

In einem solchen Augenblicke dürft Ihr, seine opferwilligsten und treuesten Söhne, auf die dreijährige Errungenschaft nicht verzichten; mit um so größerer Begeisterung und mit um so tieferem Glauben an den endgültigen Sieg müßt Ihr Euren Dienst für das Vaterland trotz aller Versuchungen wohl-diszipliniert erfüllen.

Möge der große geschichtliche Augenblick Euch bei der siegreichen Legionenfahne versammelt antreffen, die Euch Ruhe — und dem Vaterlande die Freiheit gegeben hat!

Gebt dem ganzen Volke ein neues Beispiel der Ausdauer!
Zielinski, Oberst.

Nr. 211 des Głos (Warschau)
vom 21. August 1917

bringt unter der Überschrift: „Nach drei Jahren Erfahrung“ einen eingehenden Bericht über einen Vortrag des Legionsobersten Marian Zegota Januszajtis. „Wir erleben heute — sagte Oberst Januszajtis — die für den echten Soldaten schwerste Periode. Es ist dies die Zeit der Trauer.“ Doch müsse man jetzt zeigen, „daß die Zukunft in unserer Hand ist.“ Nachdem er die schönsten Momente aus der Anfangszeit der Legionäre in Erinnerung gebracht hatte, sprach er dann über das Wesen des Heeres. „Das Heer ist ein so außerordentlich einfacher Organismus, daß er durch seine Einfachheit die Ignoranten in Schrecken versetzt. Wenn das Heer die richtige Kraft sein, wenn es ein Faktor des Aufbaues und der Erhaltung des Staates sein soll, muß es die Merkmale der eisernen Walze haben, die auf Befehl über alle Hindernisse hinweg auf ihr Ziel losgeht.“ „Ein Heer, das von der Sucht zu politisieren und vom Unglauben an die Zukunft angesteckt ist, ist kein Heer mehr.“ Weiter wies Oberst Januszajtis darauf hin, daß die Legionen jetzt zerbröckeln und eine geringe Zahl zurückbleibt. Aber diejenigen, die das Heer führen wollen, blicken mit Zuversicht in die Zukunft. Den Grundstock der heutigen Legionen werden diejenigen bilden, welche niemals gezweifelt haben, nämlich die Soldaten der ehemaligen zweiten Karpathenbrigade. — Das einzige Heilmittel gegen die jetzigen und militärischen Schmerzen sei der „Rekrut“, d. h. die Zwangsaushebung.

In den Legionen macht sich bis jetzt das Freiwilligen-Element breit. „Wer aber der Sache gut gesinnt ist und die Geschichte... zumal die polnische gut versteht, weiß, daß man auf der Freiwilligenaushebung ein Heer nicht bauen kann. „Wenn die Regierung entstehen wird, kann ihr Kraftbewußtsein nur eine Armee geben, die auf die Zwangsaushebung basiert ist.“ Die Seele des polnischen Soldaten ist traurig und müde durch die Zweifel, die drei Jahre lang an ihm nagten. Das Entweichen aus den Le-

gionen ist eine Verzweiflungsercheinung. Es ist daher höchste Zeit — schloß Oberst Januszajtis — daß man die zusammenschmelzenden Scharen durch den Zufluß gesunden bäuerlichen Materials kräftige. „Die Zukunft muß licht sein... Die Tragik, die wir erleben, ist die Konsequenz der Knechtschaft... Es kann nicht unser Ehrgeiz sein, daß wir Sklaven unserer Fehler bleiben...“

(Aus Nr. 174 des Warschauer Tagesberichts vom 21. August 1917).

Aus Nr. 195 des Naprzód (Krakau)
vom 25. August 1917.

Der „Rekrut“.

Wenn jemand fragen würde, welches gegen die heutigen nationalen und militärischen Leiden die beste Arznei sei, müßte man kurz antworten, „der Rekrut“, d. h. die Zwangsaushebung.

So sprach der Herr Oberst Januszajtis in Warschau im technischen Verein.

Das ist eins der unzähligen Mittel, das andere, aber Herrn Januszajtis geistesverwandte Leute unterschoben, so oft bei der Überwältigung der polnischen Volksgesamtheit andere Mittel fehlschlügen. — In Polen ist eine ganze Schule entstanden, die die Geschichte, „Memorial“-Schule nennen könnte, und die Methode dieser Leute beruhte stets auf einer andern Lösung, mit der sie ihr Dasein retteten und so schnelle Fortschritte machten, daß Rangerhöhungen und Orden von Monat zu Monat ihren Charakter als „reale“ Politiker immer mehr veranschaulichten.

Zunächst war die Zivilwerbung, dann folgte die Militärwerbung, dann die Legionenwerbung, dann die „Aushebungen“, und als das alles mit der Zusammenschumpfung der Legionen von 40 000 auf 23 000 und jetzt auf 7000 Soldaten endete, schlägt Herr Januszajtis im Sinne der Lösung „Je schlimmer, desto besser“ im Namen dieses Rechtes — nicht die fehlgeschlagene Werbung, sondern die zwangsweise Aushebung vor.

Daß der jugendliche Herr Oberst sich auf den Standpunkt eines polnischen Geschichtsforschers, eines Politikers und Führers stellt, läßt sich leicht entschuldigen; denn ein gewisser Stolz eines Jünglings ist noch kein Vergehen.

Aber das Selbstbewußtsein eines Menschen, der mit anderen, ihm ähnlichen die Legionen auf eine Sandvöll heruntergebracht hat, muß auffallen, und sein Urteilspruch über die Volksgesamtheit mit Hilfe einer gewöhnlichen Phrase, die aber solch eine mächtige Konsequenz wie die zwangsweise Aushebung im Königreiche in sich birgt, erfordert schon eine gewisse Reaktion, die einen jungen Soldaten zur Besinnung bringen würde.

Die Organe des „Obersten Nationalkomitees“ drucken die Worte des Herrn Januszajtis ohne Erläuterung ab, obgleich hierzu eine Erläuterung erforderlich ist.

Denn erstens: Wo ist die polnische Regierung, die einen „Rekrutierungszwang“ ausüben würde? Und wo sind, wenn eine solche Regierung von Polen sogar anerkannt werden würde, die Organe dieser Regierung, die die Zwangsrekrutierung durchzuführen sollen?

Und wo ist ferner die nationale Vertretung, die nicht bloß den Rekruten, sondern auch die Mittel für ein neuzeitliches Heer und dessen Organisation bewilligen würde?

Die Legionen hatten 6 Regimenter Infanterie, 2 Regimenter Kavallerie und 1 Regiment Artillerie. Unter diesen befanden sich über 1000 Offiziere, denn die „Werbe“-Offiziere darf man hier nicht einrechnen. Gegenwärtig sind davon nur 2 Regimenter Infanterie und 1 Regiment Kavallerie vorhanden. Die anderen haben die Eidesleistung verweigert oder mit

diesen gemeinschaftliche Sache gemacht. Mehr als die Hälfte der Offiziere sitzt hinter dem Gitter in Benjaminowo oder geht nach Galizien. Artillerie ist fast garnicht vorhanden, und Pioniere fehlen vollständig. Um die 5000 Pferde zu versehen, müssen Soldaten von den Regimentern abkommandiert werden.

Was würde mit dem „Rekruten“ des Herrn Januszajtis die Verwaltung des polnischen Heeres anfangen, wie ihn diejenigen Herren planen, denen die „Aushebung“ in Polen nicht gelang? Für 100 000 Soldaten sind ungefähr 4000 Offiziere erforderlich. Woher will Herr Januszajtis diese Offiziere nehmen, wenn man von den vorhanden gewesenen 1000 Offizieren im Verlaufe von drei Wochen leichten Herzens die Hälfte verloren hat? Wie schlecht es damit bestellt ist, geht aus der Tatsache hervor, daß heute das ganze Kommando der Legionen aus österreichischen Offizieren besteht.

Würde man auf 4000 deutsche und österreichische Offiziere rechnen, dann müßte man diese Zahl von der deutschen und österreichischen Armee in Abzug bringen. Könnten diese beiden Staaten 4000 Offiziere an das polnische Heer abtreten?

Wie würde dann das polnische Heer aussehen?

Mit dieser Angelegenheit ist noch eine ganze Reihe anderer Fragen verknüpft, auf die wir zur geeigneten Zeit zurückkommen werden.

Die Pläne des Herrn Januszajtis und der ihm ähnlichen Personen sind zu oberflächlich und zu leichtsinnig, als daß man sie ernst nehmen könnte.

Nr. 189 des Naprzód (Krakau)
vom 18. August 1917

berichtet aus Warschau: Unter dem Datum des 14. August gab Oberst Zielinski, der Kommandant der Legionen, folgenden Befehl heraus: „Das Kollektivgesuch der Offiziere und Soldaten des ersten Regiments, um Entlassung aus den Legionen wurde vollständig berücksichtigt. In den nächsten Tagen werden die Gesuchsteller nach Galizien übersandt und zur Disposition der k. und k. Militärbehörden gestellt werden.“ Weiter wird in dem Befehl die Übernahme des gesamten Inventars des ersten Regiments mit Ausnahme der Uniformen, die von Soldaten und Offizieren verbleiben, durch das Legions-Kommando angeordnet. Die Transporte der Soldaten werden in den nächsten Tagen, voraussichtlich bis zum 16. d. M. unter dem Kommando der Offiziere des ersten Regiments an die Bestimmungsorte abgehen. Bis zu diesem Zeitpunkt muß das ganze Schatz- und Kasernenmaterial mit dem Inventar aufgenommen und übergeben werden. Das genaue Datum des Transports und die Stunde der Abfahrt wird in der nächsten Zeit bekanntgegeben werden.

(Aus Nr. 174 des Warschauer Tagesberichts vom 2. August 1917.)

Nr. 187 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 19. August 1917.

berichtet in einem Artikel unter der Überschrift „Bemerkung!“, daß fast sämtliche Offiziere des 1. Infanterie-Regiments und des 1. Ulanen-Regiments ihre Abschiedsgesuche einreichten und den Wiedereintritt in die k. u. k. Armee verlangten. Das Blatt bedauert diesen Schritt aufs Tiefste und meint, daß vom Standpunkt der polnischen Interessen diese Demonstration zugunsten Pilsudskis viel zu weit gehe. Es handle sich aber, wie nach den verbreiteten Nachrichten anzunehmen ist, nicht nur um eine Demonstration, sondern es taucht der Gedanke auf, an der Seite der österreichisch-ungarischen Armee aus den verabschie-

deten Legionsjoidaten und Offizieren und aus den Eidesverweigerern ein neues polnisches Hilfskorps wiederherzustellen. Das Blatt hält diesen Gedanken für undurchführbar und vom Standpunkte der polnischen Interessen nach dem Akte vom 5. November für unwürdig und erinnert an die Zeit, in der das polnische Hilfskorps durch dieselben Elemente, die jetzt seine Wiedergeburt propagieren, aufs schärfste bekämpft wurde. Auch die Hoffnung auf die Ernennung Piłsudski zum Kommandanten dieses neu zu bildenden Hilfskorps hält das Blatt für sehr wenig wahrscheinlich und fordert noch einmal sämtliche Offiziere und Soldaten auf, den Weg der Vernunft einzuschlagen.

(Aus Nr. 176 des Warschauer Tagesberichts vom 23. August 1917).

Aus Nr. 393 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 25. August 1917.

Betrifft das polnische Heer.

Warschau, den 24. August 1917.

Heute fand eine Sitzung des Vollziehungs-Ausschusses des „Nationalen Zentrums“ statt, in der nach einer erschöpfenden Erörterung folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

Die unerhört traurigen Ereignisse in den Legionen und die massenhaften Eingaben österreichischer Untertanen um Versetzung in das österreichische Heer, die durch eine partei-politische Agitation veranlaßt worden sind, haben den Plan der Erneuerung einer polnischen Legion zur Unterlage.

(Zensurlücke).

Angeichts dessen erklärt das Nationale Zentrum:

1. Allen Gelüsten der Teilung der Legionen in einen österreichischen Teil und einen Teil der aus dem Königreiche bestehenden Legionäre wird entschieden und tatkräftig entgegengetreten, weil diese Gelüste den rücksichtslosesten Feinden des polnischen Staates und Heeres an die Hand gehen. Die Absonderung der Galizier von den Untertanen des Königreiches steht mit einer ganzen Reihe amtlicher Erklärungen seitens der Mittelmächte im Widerspruch und verstößt gegen den anerkannten Grundsatz des Stamms der Legionen.

2. Die Bildung des polnischen Heeres gehört gegenwärtig zu den Pflichten des Staatsrates und wird in kurzer Zeit in die Hände der polnischen Regierung übergehen. Die Rückkehr zu der Form des Hilfskorps, d. h. zu der militärischen Form vor dem 5. November 1916 ist mit der Durchstreichung des ganzen Programms über die Bildung eines regulären polnischen Heeres gleichbedeutend.

3. Das Zentrum wendet sich in diesem schwierigen Augenblicke an die Kommandos der Legionen mit der Bitte, daß sie durch eine Heilung der gegenwärtigen Verhältnisse in den Legionen sich darum bemühen möchten, für die Zukunft des polnischen Heeres eine möglichst große Zahl von den den Legionen angehörenden Offizieren und Soldaten zu erhalten. Kein militärische Grundsätze der Behandlung der gegenwärtigen Erscheinungen in den Legionen müßten sich mit der gleichzeitigen Erhaltung der Interessen der Sache in Einklang bringen lassen. Gleichzeitig appelliert das Nationale Zentrum an die maßgebenden Faktoren des Königreiches und Galiziens, durch eine schleunige Intervention die Bestrebungen der Kommandos der Legionen nach der Erhaltung eines gesunden Teils der Legionen als Stamm zu unterstützen und die Aktion jener Elemente zu verurteilen, die eine Zersplitterung und Vernichtung der einzigen Anfänge des polnischen Heeres erstreben wollen.

4. An den Staatsrat wendet sich das Nationale Zentrum mit der Forderung, zwecks Aufhebung des

bisherigen Hilfskorps und zwecks dessen endgültiger Umgestaltung in ein reguläres polnisches Heer sofort die Initiative zu ergreifen, damit das Hinundherwerfen des polnischen Soldaten aus einer Hand in die andere endlich aufhöre und ihm die Möglichkeit gegeben werde, dem eigenen Staate im Bereiche des eigenen Landes unmittelbar dienen zu können.

5. Das Nationale Zentrum macht darauf aufmerksam, daß ein etwaiger Anschlag auf den Stamm der Legionen und eine Zurückversetzung der Angelegenheiten des Heeres in die vor dem 5. November 1916 bestandene Form zu einem Verluste auch jenes Teils der Legionen führen kann, der zum Staatsrate gehalten hat.

Nr. 191 des Naprzód (Kraukau)
vom 21. August 1917

bringt eine Huldigungsadresse des IV. Legionsregiments an Piłsudski, in welcher Piłsudski der unerschütterlichen Treue „auf immer“ versichert wird.

Dasselbe Blatt berichtet aus dem Gefangenenlager in Benjaminow, wo die unvereidigten Legionsoffiziere interniert sind, u. a. folgendes: „Die Proteste der internierten Offiziere, die an Generalgouverneur von Bessler abgesandt wurden, haben wenigstens das eine Ergebnis gehabt, daß die Verordnung, der gemäß die Offiziere als Zivilgefangene betrachtet werden sollen, rückgängig gemacht wurde, und daß das Tragen der Offiziersabzeichen gestattet wurde. Am 16. August kam ins Lager Gen. Małowski zur Inspektion und zur Erteilung der Antwort des Gen. v. Bessler... (das weitere ist von der Zensur gestrichen)... Nach den letzten Nachrichten erhalten die Offiziere zur Verpflegung 4 M. täglich, wovon 3 M. direkt an die Menage gehen. Das Essen ist trotz ausgiebiger Hilfe der Bürger ziemlich schlecht. Licht wird in sehr kleinem Maße ausgeteilt — sie erhalten 25 Gramm Petroleum für ein Zimmer.“

(Aus Nr. 178 des Warschauer Tagesberichts vom 26. August 1917.)

Aus Nr. 100 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 25. August 1917.

Das Schulwesen im Königreiche Polen.

Der Kraukauer „Naprzód“ berichtet in seiner, vom 15. d. Mts. datierten Mitteilung aus Warschau folgendes: „Trotz zahlreicher und mehrfach wiederholter Ankündigungen deutet nichts eine baldige Übergabe des Schulwesens an die Polen an. Gegenwärtig sollen die maßgebenden Kreise darauf bestehen, daß das Schulwesen der deutschen Ansiedler unmittelbar von Berlin aus geleitet werde. Damit kann aber die vorläufige Regierung selbst in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht einverstanden sein, weil dies die Grundlage der staatlichen Selbständigkeit Polens durchstreichen würde. Die Zeit der Wiedereröffnung der Warschauer höheren Lehranstalten ist auch noch nicht festgesetzt.“

Diese Nachricht erscheint wenig glaubwürdig, weil Polen doch ein unabhängiger, selbständiger Staat sein soll. Daher ist es natürlich, daß das ganze Schulwesen, auch die Schulen der deutschen Ansiedler, der polnischen Regierung unterstehen müssen. Der Staatsrat kann nicht einwilligen, daß die preussische Regierung sich in innere polnische Angelegenheiten einmische, wie es die Katantisten und Alldutschen verlangen.

Die Befürchtungen hinsichtlich der Schulen der deutschen Ansiedler und deren Rechte sind vollständig überflüssig, weil die polnische Regierung die Grundsätze eines vernünftigen Unterrichts nicht vergewaltigen wird, wie dies seit Jahrzehnten in den preussischen Schulen

geschieht. Die Rechte der Muttersprache der deutschen Ansiedler haben in Polen sicherlich noch nicht gelitten.

Es wäre erwünscht, daß die deutschen Behörden darüber Aufklärung geben, ob und inwieweit diese Nachrichten auf Wahrheit beruhen.

Aus Nr. 236 der Deutschen Warschauer Zeitung
vom 28. August 1917.

Das polnische Elementarschulwesen.

Der Provisorische Staatsrat veröffentlicht eine Mitteilung über das Elementarschulwesen, die im Auszug lautet:

In der Plenarsitzung vom 10. August wurde eine Provisorische Satzung über Elementarschulen im Königreich Polen angenommen.

Die Satzung gibt nur eine Struktur der allgemeinen Verwaltungsorgane, behält indessen den inneren Organismus der Elementarschule mit samt dem ganzen System des Schulwesens und dessen didaktisch-pädagogischen Zielen einer besonderen Satzung vor. Die grundsätzlichsie Basis des Elementarschulwesens soll dessen Allgemeinheit sein.

Die Schule wird für alle Kinder im schulpflichtigen Alter ohne Unterschied der Konfession zugänglich sein. Der Unterricht wird überall dort verbindlich werden, wo eine genügende Anzahl Schulen vorhanden sein wird, um alle Kinder im schulpflichtigen Alter aufzunehmen. Damit aber der Elementarunterricht allgemein werden kann, wird er unentgeltlich sein. Die Schule soll grundsätzlich eine öffentliche Schule sein, d. h. durch den Staat und die Gemeinden erhalten werden, es wird jedoch im Namen des Grundsatzes der Freiheit der Lehre auch die Privatschule unter Aufsicht des Staates zugelassen.

Die Grundquelle der Schulgründung bleibt weiterhin die Gemeinde, die Staatskasse wird zur Deckung der Schullasten der Gemeinde beitragen, und zwar in einer Höhe, die mit der Zeit in einer besonderen Satzung festgesetzt werden wird.

Geldmittel für die Schulen werden sodann fließen:

1. aus Gemeindesteuern,
2. aus Mitteln, die für Selbstverwaltungsorgane bestimmt sind,
3. aus der Staatskasse,
4. aus Stiftungen, Spenden und Vermächtnissen.

Die Lehrerkandidaten wählt auf dem Wege des Wettbewerbes der Bezirksschulrat, die Staatsbehörde in der Person des Bezirksschulinspektors bestätigt sie. Organe der Verwaltung des Elementarschulwesens werden von seiten des Staates die Bezirksschulinspektoren sein, von seiten der Gesellschaft die Bezirksschulräte, in den Kreisen die Schulkollegien in den Gemeinden und die Schulkuratorien bei den einzelnen Schulen.

Der Bestand der Schulorgane ist ein gemischter, teilweise aus Wahlen und teilweise aus Ernennungen, mit einem Übergewicht jedoch der gewählten Elemente.

Das vorgesezte Organ für das Schulkuratorium ist das Schulkollegium, für das Schulkollegium — der Schulrat, und für alle Selbstverwaltungsorgane das Departement der öffentlichen Bildung.

Der Staat behält sich vor: die Ausbildung, die Feststellung der Qualifikation und die Ernennung der Lehrer, die Festsetzung des Minimal-Programms, die didaktisch-pädagogische Oberaufsicht über die Schule, die Bestimmung der Schulpflicht und die gesamte Planaufstellung des allgemeinen Unterrichts (des Schulnehes).

Die Satzung überläßt den Gesellschaftsorganen: die Fürsorge über die Jugend im weitesten Sinne des Wortes, die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Schulwesens, die Aufsicht über das Schulwesen (neben den staatlichen Faktoren), die Möglichkeit der Einsichtnahme in das innere Leben der Schule, die Gründung jeglicher Bildungs-Institutionen, wie Bibliotheken, pädagogischer Museen usw., die Teilnahme an der Berufung der Lehrkräfte auf dem Wege des Wettbewerbes, das Recht der Initiative in Bildungs- und Schulangelegenheiten, wie Schulorganisation, Programm usw., die Aufsicht über die Erfüllung der Schulpflicht, die Gründung von Privatschulen.

Den Selbstverwaltungsorganen gegenüber werden die Bezirksschulinspektoren die Rolle von Staatskommissaren auf dem Gebiete des Schulwesens erfüllen.

In Bezug auf die Privatschule nahm die Satzung das Konzessionsystem an. Die Konzessionen erteilen die Bezirksschulräte.

Aus der Nr. 233 der Deutschen Warschauer Zeitung
(Warschau)
vom 25. August 1917.

Das Amtsblatt des polnischen Staatsrates.

Das Justizdepartement des Provisorischen Staatsrats teilt folgendes mit:

„Aus der Staatsdruckerei des Königreichs Polen ist mit dem Datum des 19. August 1917 die erste Nummer einer Publikation herausgekommen, die mit dem polnischen Adler versehen ist und den Titel trägt:

„Amtsblatt des Justizdepartements des Provisorischen Staatsrats des Königreichs Polen“.

(Dziennik Urzędowy Departamentu Sprawiedliwości Tymczasowej Rady Stanu Królestwa Polskiego.)

In dieser Nummer befinden sich die in drei Teile gefaßten gesetzgebenden Verordnungen über die Einrichtung des Gerichtswesens im Königreich Polen.

Der erste Teil umfaßt die vom Provisorischen Staatsrat beschlossenen Verordnungen, der zweite Teil die Verordnungen der Okkupationsbehörden, die gleichzeitig im „Verordnungsblatt des Warschauer Generalgouvernements“ veröffentlicht werden, der dritte Teil die Ausführungsverordnungen des Provisorischen Staatsrats des Königreichs Polen und des Justizdepartements.

Auf dem Umschlag der Nummer befindet sich folgende Bekanntmachung: Das Justizdepartement des Provisorischen Staatsrats des Königreichs Polen wird, auf Grund des Art. 32 der provisorischen Verordnungen über die Einrichtung des Gerichtswesens im Königreich Polen das vorliegende „Amtsblatt“ herausgegeben. Im „Amtsblatt“ werden die vom Provisorischen Staatsrat des Königreichs Polen beschlossenen Gesetze, Verordnungen und Vorschriften über die Justizpflege, wie auch Zirkulare und Verordnungen des Direktors des Departements und Bekanntmachungen gedruckt, sofern die Gesetze des gerichtlichen Verfahrens die Veröffentlichung der Bekanntmachungen in Amtsblättern vorsehen. Durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Justizdepartements erhalten die angeführten Gesetze und Verordnungen bindende Kraft.“

Unterzeichnet ist der Bericht von dem Redakteur des Amtsblattes, Direktor des Justizdepartements Bukowiecki.

Aus Nr. 192 des Naprzód (Krakau)
vom 22. August 1917.

„Die Fahrt nach Polen.“

Ein Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 17. d. M. unter dieser Überschrift ist sehr lehrreich und verdient nähere Beachtung. Zunächst deshalb, weil die deutschen Tageschriftsteller, die das Königreich Polen besuchen, mit der polnischen Volksgemeinschaft fast garnicht in Berührung kommen. Eine Ausnahme bildete eine Art von Flirt der deutschen Berichtersteller mit den Juden und dem jüdischen „Ghetto“. Sie kommen nur mit den deutschen Behörden in Berührung, die schon statistisches Material vorbereitet haben, das beweist, wieviele Wege, Eisenbahnen und Schulen die Deutschen und Polen gebaut und wie viele Dörfer und Städte sie in gesundheitlicher Beziehung verbessert haben.

Zum Schluß war der Berichtersteller der „Frankfurter Zeitung“ mit noch anderen Gast des Generals Beseler und konnte dort etwas über die Denkungsart des Leiters der deutschen Verwaltung in Polen erfahren.

Die „Frankfurter Zeitung“ ist den Polen nicht wohlwollend, gehört aber nicht zu den Annexionisten und war drei Jahre lang das Organ des Reichskanzlers.

Der „Naprząd“ bringt sodann einige Abschnitte des betreffenden Artikels der „Frankfurter Zeitung“ und sagt zum Schluß:

„Auf diese Plänen der deutschen Verwaltung soll sich die ganze Hoffnung des großen polnischen Volkes stützen“.

Nr. 229 der Godzina Polski (Lodz)
vom 22. August 1917

bringt einen kurzen Artikel unter der Überschrift „Revolution in Warschau“, in dem sie sich lustig macht über sensationelle Nachrichten des „Daily Chronicle“, daß auf den Hauptstraßen Warschaws Kanonen aufgestellt seien, daß der Palast des Gouverneurs in Warschau in die Luft gesprengt worden sei und dergleichen mehr. Der Artikel schließt: „Wir würden dem „Daily Chronicle“ zu viel Ehre antun, wenn wir die Unrichtigkeiten der gegebenen Nachrichten nachweisen wollten. In England mögen solche Informationen kolportiert werden. Wir, die wir das Leben Warschaws täglich sehen, können uns nur wundern, daß das mächtige England zu Erzählungen über die schrecklichen Verhältnisse in Polen und den Zentralstaaten seine Zuflucht nehmen muß, um so den sinkenden Geist der Entente zu heben.“

(Aus Nr. 176 des Warschauer Tagesberichts vom 23. August 1917.)

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 883 des Wiedeński Kurjer Polski (Wien)
vom 22. August 1917.

Die polnische Frage in der päpstlichen Note.

Der „Wiedeński Kurjer Polski“ bespricht einen über dieses Thema gebrachten Artikel der „Vossischen Zeitung“ und bemerkt hierzu seinerseits folgendes:

Hieraus ersehen wir, daß auch die päpstliche Note gewisse deutsche Kreise davon noch nicht überzeugt hat, wie die polnische Frage gelöst werden müßte, wenn in Europa ein dauernder Friede herrschen soll. Nach der Ansicht des deutschen Organs müßte Polen eine nationale Autonomie beglücken, und zwar jede Autonomie, ohne Rücksicht darauf, welche Form ihr gegeben wird, selbst

wenn es eine Autonomie in Verbindung mit dem russischen Staate wäre. Davon, daß „bei der großen Liquidation“, also beim Friedensschlusse, die Rechnung der Mittelmächte infolge der polnischen Frage in irgend einer Weise belastet werden sollte, will die „Vossische Zeitung“ natürlich nichts hören. Von der Rechnung Österreich-Ungarns würde das deutsche Organ vielleicht etwas nachlassen, aber von der deutschen um keinen Preis. Der Papst sagt jedoch, daß die polnische Frage nach Recht und Billigkeit gelöst werden müsse.

Aus Nr. 195 des Glas Narodu (Krakau)
vom 19. August 1917.

„Reale“ Politik.

In der Politik ist das Interesse das Leitmotiv. Wenn jemand damit rechnet, daß die Entente aus Gefühl für Gerechtigkeit und Billigkeit den Krieg führen werde, um uns ein vereinigt Polen zu geben, so ist das eine Phantasie. Sie kann für Polen viel tun, um die Polen für sich zu gewinnen, sofern sie darin ihr Interesse erblickt, allein um Polens willen wird sie sicherlich nicht kämpfen, sobald es ihr gelingt, die Erfüllung der Forderungen zu sichern, die für sie erstklassige Bedeutung haben. Sobald sie ihr Interesse hinsichtlich Belgiens und Elsaß verwirklicht, wird sie für Polen ihr Blut nicht opfern. Andererseits hat auch der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in seiner großen Rede im Reichstage ausdrücklich festgestellt, daß die Deutschen die Lösung der polnischen Frage durch die Schaffung eines polnischen Staates deshalb beschlossen hätten, weil das am besten ihren Interessen entsprochen habe. Dieses Gefühl zeigte auch den Polen Galiziens den Weg ihrer Politik, als sie ihre Anlehnung an Österreich — und nur an Österreich, beschlossen, weil sie wußten, daß nur Österreich an der Wiedererrichtung Polens ein Interesse haben kann, wenn es weit genug in die Zukunft blickt; die Tradition des Verhältnisses der Polen zu Österreich in den letzten 50 Jahren, die Gestaltung der nationalen Verhältnisse in Österreich, der katholische Charakter dieses Staates und insbesondere der weite Gesichtskreis derjenigen Mitglieder der Dynastie, die mit der polnischen Frage in nähere Berührung gekommen sind, haben bewirkt, daß die Polen in Galizien — mit Ausnahme weniger Personen — sich für die Politik des Anschlusses an Österreich ausgesprochen haben.

Die Hoffnung, daß Österreich die Lösung der polnischen Frage in seine Hand nehmen werde, hat bis heute gedauert, obgleich die österreichische Bürokratie alles getan hat, um den Polen diesen Gedanken aus dem Kopfe zu schlagen und obgleich seit einem halben Jahre hauptsächlich und fast ausschließlich die Deutschen die polnische Frage in die Hand genommen haben. Den Polen in Österreich ist es doch niemals in den Sinn gekommen, gegen Österreich oder dessen Dynastie aufzutreten; aber sie konnten und können nicht mit einer Politik einverstanden sein, die — mitunter gegen den Willen des höchsten Faktors — in dem Verhältnis zu den Polen auf eigene Faust geführt wird. Sie können auch nicht eine solche Regierung unterstützen, die die polnische Frage nicht versteht, die nur von Tag zu Tag arbeiten will, ohne sich ausdrücklich zu erklären, was sie in der polnischen Frage zu tun beabsichtigt. Die Agitation ist eine ebenso geeignete politische Waffe, wie die Mitbeteiligung an der Regierung. Wenn man an der Regierung unter Umständen teilnehmen kann, unter denen man sein Programm verwirklichen kann, so ist eine Beteiligung an ihr besser, als Opposition.

Wenn aber die Zulassung zur Teilnahme an der Regierung nicht mit der bestimmten Möglichkeit einer Verwirklichung des Programms verbunden ist, dann ist nur die Opposition der richtige Weg. Und solche Forderungen, die man stellt, müssen sich nicht bloß auf den heutigen Tag, sondern auch auf die weiteren Tage des Lebens des Volkes erstrecken.

Es ist eine schädliche Sache, für die Verwirklichung geringer Vorteile auf die Möglichkeit der Verwirklichung großer Dinge zu verzichten, wenn man damit rechnen muß, daß man im Falle der Nichtverwirklichung unserer weiteren Forderungen während dieses Krieges noch Jahrhunderte lang wird warten müssen, ohne zu wissen, ob man dann die Kräfte dazu finden wird. Der Verzicht auf große Möglichkeiten für einen billigen Groschen unmittelbarer Vorteile ist keine wahre Politik, sondern eine politische Krämerei. So würde es nicht einmal ein guter Kaufmann machen, geschweige denn ein polnischer Politiker, dessen Aufgaben so weit reichen. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß wir die polnische Frage nicht allein lösen werden, sondern daß ihre Lösung von dem Ausgang der großen Weltkämpfe abhängen wird, an denen Millionenheere beteiligt sind. Wir haben kein eigenes Heer und konnten ein eigenes von der polnischen Regierung geleitetes Heer gemäß den Bedürfnissen Polens nicht haben, weil wir keine Regierung hatten. Daher war es eine unrealistische Politik, der Volksversammlung einzureden, daß der vorläufige Staatsrat — die Regierung sei. Und gegenwärtig verschleppt sich die Bildung der Regierung immer mehr. Obgleich wir über uns in erster Reihe nicht entscheiden werden, sobald es zur Liquidation des Krieges kommen wird, so wird unsere Stimme doch eine Bedeutung haben. Daher wäre es nicht geboten, auf die Möglichkeit zukünftiger Errungenschaften schon jetzt zu verzichten. Wir dürfen uns nicht den Forderungen unterwerfen, daß wir fremden Interessen passiv dienen sollen, wenn wir diesen Interessen unsere Interessen gegenüberstellen, wir clara pacta schließen müssen, daß wir Hilfe leisten werden, wie wir sie leisten können, aber unter der Bedingung, daß wir wissen werden — wofür.

Das sind aber alles falsche Behauptungen, flatterhafte Gedanken von Dilettanten, die nicht wissen, was „reale“ Politik ist, die nicht verstehen wollen, daß sie am besten täten, wenn sie aufhören würden, selbst zu denken, und das Denken nur befähigten „realen“ Politikern überlassen, die bereit sind, das polnische Volk auch gegen dessen Willen in einem abgeforderten Galizien zu erlösen.

Aus Nr. 386 des Czas (Krakau)

vom 22. August 1917.

Reale Politik.

Der Weg, den der „Głos Narodu“ in seinem Artikel „Ziele und Mittel“ betreten hat, hat ihn dazu geführt, sich gegen diejenigen zu wenden, die bei uns der Losung „alles oder nichts“ huldigen und unter dieser Losung den Keim des polnischen Staates zu vernichten trachten. Der „Głos Narodu“ hat aber diese Richtlinie nicht beibehalten, sondern schon am nächsten Tage in dem Artikel „Reale Politik“ sich auf denselben Standpunkt „alles oder nichts“ gestellt, indem er sich gegen die Konservativen wandte und die reale Politik karikiert darstellte. Der „Głos Narodu“ behauptet, daß nach Ansicht der Realpolitiker „die Politik unter keiner Bedingung mit den Gefühlen des Volkes übereinstimmen könne, da die Gefühle und der Verstand einander immer widerstreiten“. Auch behauptet er, daß die reale Politik „zu Gunsten geringer Vorteile auf die Verwirklichung großer

Dinge verzichtet“, und schließlich, daß die reale Politik darin bestehe, daß „der Herr Minister mit uns nicht unzufrieden fühle und auf den Polnischen Klub nicht schlecht zu sprechen wäre.“

Der „Głos Narodu“ wird uns verzeihen, daß wir auf eine solche theoretische Umschreibung der „realen Politik“ nicht antworten. Wer heute eine reale Politik führt und wer nicht, das zeigt seine Stellung zu dem Akt vom 5. November, durch den ein unabhängiges Polen geschaffen wurde, und zu dem Staatsrat und dem polnischen Heere, deren Entstehung mit so vielen Schwierigkeiten verknüpft ist. Wir sind Zeugen der wahrlich ungeheuerlichen Bestrebungen der Sozialisten und der Nationaldemokraten, die Legionen zu zerstören und Verschwörung und Anarchie in die Reihen des polnischen Heeres hineinzutragen, sind Zeugen der skandalösen Boykottierung des Kronmarschalls und der Staatsratsmitglieder, um ihren Eintritt in die Regierung nicht zuzulassen, die Entstehung derselben unmöglich zu machen usw. Wir widersetzen uns dieser zerstörenden Arbeit im Namen der realen Politik. Der „Głos Narodu“ ist uns in seinem Artikel „Ziele und Mittel“ darin gefolgt; in dem letzten Artikel tut er es nicht und verwahrt sich nicht gegen die zerstörende Arbeit der Nationaldemokraten und Sozialisten, wahrscheinlich deshalb, um „zu Gunsten der Verwirklichung kleinerer Vorteile auf die Verwirklichung großer Dinge nicht zu verzichten“. Will er wirklich mit den Sozialisten und den Nationaldemokraten zusammengehen und zulassen, daß man ihn darnach beurteilt?

Der „Głos Narodu“ vertritt und empfiehlt ein politisches Programm, das gewiß das Gefühl mit dem Verstande in Übereinstimmung bringen soll. Dies ist auf den ersten Blick ein österreichisches Programm, da es den Polen empfiehlt, sich „auf Österreich und nur auf Österreich“ zu stützen, da nur Österreich ein Interesse am Wiederaufbau Polens, traditionelle Beziehungen zu den Polen, einen katholischen Charakter usw. habe. Bei der Durchführung des schwierigen Werks des Wiederaufbaus Polens kann jedoch Österreich nach dem „Głos Narodu“ nur dann auf die Unterstützung der Polen im Königreich und in Galizien rechnen, wenn zwischen ihm und den Polen clara pacta geschlossen werden, wenn Österreich „ausdrücklich erklärt, wie es in der polnischen Frage zu handeln gedenkt und den Polen die Möglichkeit der Durchführung des Programms zusichert“.

Was für ein Programm die Polen in Österreich aufstellen werden, das wird vom „Głos Narodu“ nicht deutlich ausgesprochen. Das eine ist sicher, daß es sich mit der Lösung der polnischen Fragen im Sinne der Proklamation vom 5. November und der Worte des Kaisers, die dieser am 5. Mai in Krakau gesprochen hat, daß er „an dem Aufbau des polnischen Staates mitzuarbeiten wünscht“, nicht begnügen wird. Man weiß nicht, ob der „Głos“ sich heute mit der Lösung einverstanden erklären würde, für die sich die Polen am 16. August 1914 erklärt haben. Wenn das Programm den „Aspirationen“ des Volkes entsprechen soll, dann müßte Österreich ihm eine solche Lösung zusichern, wie sie am 28. Mai d. Js. beschlossen worden ist. Ob Österreich beim besten Willen dies tun kann, ob der Verlauf des Krieges auf polnischen Gebieten die polnische Sache nur von seinem Willen abhängig gemacht hat, ob es ohne Einverständnis seines Bundesgenossen seine Absichten laut beichten und den Polen Zusicherungen geben kann, darum kümmert sich der „Głos Narodu“, der Anhänger einer „Politik, die mit den Aspirationen des Volkes übereinstimmt“ und durchaus keinen Konflikt zwischen dem Verstande und dem Gefühl fürchtet, durchaus nicht. Ohne danach zu fragen, was Österreich tun kann und was es nicht tun kann, zieht der „Głos Narodu“ aus

der Nichterfüllung der Bedingung durch Österreich, die er offenbar voraussetzt, die Konsequenz, daß in einem solchen Falle die Polen in Österreich zur Opposition übergehen und die im Königreich ihm die Unterstützung versagen werden.

Bewußt oder unbewußt kehrt also der „Głos Narodu“ zu der Politik zurück, an der im Jahre 1914 die Nationaldemokratie im Obersten Nationalen Komitee festhielt. Sie hat die östliche Legion gesprengt, weil Österreich die verlangte Bürgerschaft in der polnischen Frage nicht geben konnte. Aber damals konnte für die Nationaldemokratie der Umstand sprechen, daß der Akt vom 5. November 1916 noch nicht bestand und daß die Sprengung der östlichen Legion mit nichts anderem drohte, als mit einem passiven Verhalten der Polen im Weltkriege. Heute stellt sich für die Nationaldemokratie und den „Głos Narodu“, die Österreich Bedingungen stellen und von ihm Bürgschaften verlangen, die Sache schlimmer dar, da der Akt vom 5. November bereits besteht und die Organisation des unabhängigen polnischen Staates, der Regierung und des polnischen Heeres unter schweren Schmerzen vor sich geht. Heute wird die Opposition, was man auch zu ihrer Rechtfertigung anführen könnte, tatsächlich zu einer Opposition gegen die Entstehung des polnischen Staates, des Heeres und der Regierung und ist eine Zerstörung des Aktes vom 5. November. Wer sich aber dazu entschließt, wer auf den polnischen Gebieten heute eine tabula rasa schaffen will, der kann es nur aus dem Grunde tun, weil er von dem revolutionären Rußland und den mit ihm verbündeten Staaten eine bessere Lösung der polnischen Frage erhofft.

Die herzlichsten Ergüsse gegenüber Österreich, die weitgehendsten Zusicherungen der Loyalität können ihm nicht helfen, wenn sie an Bedingungen geknüpft sind, die nicht in seiner Macht liegen, wenn sie allzu deutlich auf die Lockerung oder Lösung des Bündnisses mit Deutschland gerichtet sind. Solche Ergüsse haben auch die regierenden und politischen Kreise Österreichs ausgezeichnet erkannt.

Wenn also der „Głos Narodu“ das ehrlich meint, was er von Österreich sagt — und wir wollen daran nicht zweifeln — dann müßte er den Polen den Rat geben, mit den Bedingungen zu rechnen, mit denen auch Österreich rechnen muß und unter denen es sich ausschließlich bewegen und wirken kann.

In dem heutigen Weltkriege setzen die größten Staaten ihre Existenz aufs Spiel. Wir, denen es in diesem Kriege auf die Wiedererlangung des verlorenen Vaterlandes am meisten ankommt, mehr als Österreich, müssen uns um seine Unterstützung nicht weniger bemühen, als Österreich um die unsrige. Wir müssen uns mit der Unterstützung begnügen, die Österreich unserer Sache gewähren kann, und in gemeinsamer Arbeit auch das Wagnis tragen, das mit jedem Kampfe verbunden ist. Ein Wagnis war auch der Beschluß vom 16. August 1914. Das Wagnis übernahm das D. N. R. und die Legionen, die in den Kampf zogen, und ohne sie wäre die Unabhängigkeit des polnischen Staates nicht ausgesprochen worden. Wenn die Polen Österreich unterstützen, ohne Bedingungen zu stellen, die dieses nicht erfüllen kann, so verzichten sie dadurch auf gar nichts, sondern arbeiten auf jeden Fall an ihrer besseren Zukunft und erlangen eine einflussreiche Stimme im gemeinsamen, wohlverstandenen Interesse Polens und Österreichs, wodurch auf Grundlage des Aktes vom 5. November vielleicht eine umfassendere und bessere Lösung der polnischen Frage herbeigeführt werden könnte. So müßten nach unserer Ansicht die Polen handeln, die die nationale Sache so tief im Herzen tragen, daß sie bereit sind, für diese ihre Popularität zu opfern und nicht dem bloßen Gefühl und mangelhafter Einsicht und Erfahrung zu folgen.

Aus Nr. 196 des Głos Narodu (Kraukau)
vom 21. August 1917.

Solide und unsolide Werte.

Unter dieser Überschrift schreibt das Kraukauer Blatt u. a.:

Es war eine Partei, die da predigte, daß man sich mit der geschaffenen Lage abfinden und sich am Leben derjenigen Staaten beteiligen müsse, in die uns der Lauf des Schicksals hineingezwängt hat: sie predigte den Grundsatz der Loyalität jedes Teils Polens gegenüber seinem Herrn. Sie begegnete den Vorwürfen, daß sie das polnische Gefühl in der Loyalität nach drei Fronten aufgehen lasse —, daß der Pole gleichzeitig ein Nichtpole nicht sein könne und daß sich das nationale Interesse mit dem Interesse eines fremden Staates gar nicht vereinbaren lasse. Diese Partei erlangte in Galizien eine starke Stellung, und ihre auf unbedingte Loyalität gegründete Politik brachte dem Lande sogar bedeutende Vorteile, und darin fand sie ihre Rechtfertigung.

Ihren Beispiele folgend, entstanden auch in den andern Teilgebieten ähnliche Schwester-Parteien, besonders in dem russischen Teilgebiete, und fingen dort ebenfalls an, den Grundsatz einer unbedingten Loyalität der Behörde dieses Staates gegenüber zu predigen.

Inzwischen brach der Krieg aus. Die loyale Partei Galiziens stellte sich im Sinne ihrer Grundsätze auf den Standpunkt der Anlehnung an Österreich, empörte sich aber gleichzeitig in unerhörter Weise darüber, daß die Schwesterpartei im russischen Teilgebiete sich im Einklange mit ihren Grundsätzen für Rußland erklärte habe, sie empörte sich nicht bloß darüber, sondern sprach fast denjenigen das Polentum ab, die nach den gerade von dieser Partei bekannten und gepredigten Grundsätzen handelten. Jetzt rächten sich die Unwahrheit und der heuchlerische Grundsatz der dreiteiligen Loyalität, weil nur das die Wahrheit war, daß nur die galizischen Polen Österreich gegenüber wirklich und aufrichtig loyal waren

(Zenjurlücke.)

nur deshalb, weil sie die Übereinstimmung der Interessen Polens und Österreichs sahen und auf dieser Übereinstimmung ihre Hoffnungen auf die Unterstützung Österreichs bei der Lösung der polnischen Frage gründeten.

Anstatt die Wahrheit zu sagen, daß die polnischen Hoffnungen sich nur auf Österreich stützen mit Rücksicht auf die Idee, die diesem nicht nationalen Staate eine tiefere Unterlage des Daseins gab, und mit Rücksicht auf den politischen und konfessionellen Charakter dieses Staates, fingen einige polnische Parteien nach dem Ausbruche des Krieges an zu predigen, daß ihr Vertrauen und ihr Glaube auch noch einem anderen Staat gelte, der sich den Polen gegenüber Jahrzehnte lang übelwollend verhalten und sich als der größte Feind des Polentums erwiesen hat. Es hätte nicht viel gefehlt, daß man Liebe zu diesem Staate vortäuschte. Das war im Sinne des — logischerweise — auf die Verbündeten unserer Freunde ausgedehnten Grundsatzes der Loyalität. Man glaubte, daß man mit dieser Behauptung Vertrauen erwecken und große Vorteile erzielen werde. Aber in der Praxis überzeugte man niemanden, sondern man nahm die Ausdrücke der Begeisterung auf der anderen Seite mit Hohn auf, bezeichnete sie als Heuchelei und jagte den Polen, daß sie falsch seien. Wäre es nicht besser gewesen, wenn man aufrichtig geblieben und unsern Stolz nicht einer Demütigung ausgesetzt hätte? Wäre es nicht politischer gewesen, geradezu zu erklären, daß für unsere Sentimente und für unser Verhalten die nüchterne Beurteilung der Änderung des Standpunktes uns gegenüber entscheidend sein werde?

Manche Parteien behaupteten, daß unsere Kämpfe um die Unabhängigkeit ein Fehler waren, daß uns die bewaffneten Taten nur Schaden gebracht hätten und daß um die Zukunft mit einer organischen Arbeit von Tag zu Tag gekämpft werden müsse. Es kam der Krieg, — und dieser Standpunkt hielt dem Druck der Ereignisse nicht stand, er fiel wie ein Kartenhäuschen zusammen, als mit diesem Grundsatz ein anderer, der der Loyalität, zusammengeriet, als dieser Grundsatz gerade — die bewaffnete Tat forderte. Und es kam diese bewaffnete Tat, auf die vordem andere, extrem entgegengesetzte Parteien ihre Hoffnungen gesetzt hatten; und diesen folgte diejenige Partei, die sich stets gegen eine bewaffnete Tat ausgesprochen hatte, und sie unterwarf sich jetzt der Leitung dieser anderen Parteien. Mit unerhörter Wut griff sie die Schwesterpartei des anderen Teilgebietes an, die den vor dem Kriege von dieser galizischen Partei verkündeten Grundsätzen treu geblieben war.

Mutantur in tempora — insbesondere in der Zeit des Krieges — Grundsätze und Meinungen, vor allem aber zertrüben diejenigen, die keine granitene Grundlage — in der Wahrheit der Gefühle und Gedanken haben.

Aus Nr. 376 des Czas (Krakau)

vom 16. August 1917.

Am Jahrestage.

Am 16. August 1914 hat sich in Krakau der Landtagsklub, durch Vertreter aller Parteien in unserem Lande verstärkt, zu einer Sitzung versammelt und zwei Institutionen ins Leben gerufen: Die Legionen und das Oberste Nationale Komitee. Seit dieser Zeit sind 3 Jahre vergangen. Sowohl die Legionen als auch das Komitee haben während dieser Zeit in unserem politischen und nationalen Leben eine hervorragende Rolle gespielt. Diese Zeit ist lang genug, um diese Institutionen aus einer gewissen Entfernung beurteilen zu können, umso mehr als die Legionen die 3 Jahre durchgehalten haben, während das D. N. K. in nächster Zeit eine bedeutungsvolle Umgestaltung erfahren soll.

Die Legionen erneuerten während der zwei ersten Kriegsjahre, in welchen sie an den Kämpfen in der Front teilnahmen, die schönsten Traditionen der polnischen Waffen. Sie erglänzten zunächst durch Heldennut und Hingabe der einfachen Soldaten, die mit Selbsterleugnung die Strapazen des Krieges ertrugen und ihr Blut dem Vaterlande reichlich zum Opfer brachten. Aus ihnen gingen eine Reihe von ungewöhnlichen Führern hervor, die von einer höheren Idee beseelt waren und das Kriegshandwerk auf keinen Fall schlechter verstanden, als die Berufsoffiziere anderer Heere. Sie haben sich infolgedessen den Dank und die Ehrfurcht seitens der Volksgesamtheit erworben.

Erst das 3. Jahr des Krieges zeigte sich für die Legionen besonders gefährlich. Nicht die Strapazen des Krieges, nicht die reichliche Ernte des Todes, nicht einmal das mangelnde Wohlwollen fremder Faktoren, das sie so oft erfahren, aber immer wieder glücklich überwunden haben, sondern die aus dem Schoße des eignen Volkes hervorgehende Agitation hat ihren Zusammenhang erschüttert. In dem für das Volk bedeutungsvollsten Augenblicke, nach der Anerkennung der Legionen als Stammes des polnischen Heeres, welches zur Grundlage unsrer Unabhängigkeit hätte werden können, am Vorabend der Entstehung der polnischen Regierung haben einige tausend Jünglinge unter dem Vorwand des unbefriedigenden Textes der Eidesformel die Reihen der Legionen verlassen. Der wirkliche Grund war die politische Agitation, die leichtsinnigerweise von gewissen Parteien

in die Reihen der Soldaten hineingetragen wurde. Die einen Agitatoren strebten nach der Zerrümmung der Legionen, da sie ihrer Partei zunächst unbequem wurden, weil sie unter der Losung des Kampfes mit Rußland begründet worden waren, das seit einem halben Jahre revolutionär und infolgedessen für die Zukunft sympathisch geworden ist. Andere halfen bei dieser Arbeit, indem sie unter dem Einfluß der Entente standen, die das kategorische Verbot erlassen hat, daß ein polnisches Heer während des Krieges nicht gebildet werden dürfe.

Jugendliche Ungeduld hat ihnen ihre Tätigkeit erleichtert. Ein Teil der Legionäre, durch unaufhörliche Versammlungen, Proteste und Kundgebungen demokratisiert, dem Staatsrat den Gehorsam verweigerte und ließ sich als Werkzeug der zerstörenden Politik gebrauchen, wodurch die weitere Existenz des polnischen Heeres unter den gegenwärtigen Verhältnissen untergraben und die Angelegenheit der polnischen Unabhängigkeit der größten Gefahr ausgesetzt wurde. Wenn der übriggebliebene Rest des Heeres diese gefährliche Erschütterung aushält und sich in Zukunft nicht mehr auf den Weg des militärischen Politizierens stoßen läßt, wodurch jedes Heer, das davon befallen wird, rasch dem Verfall entgegengeführt wird, läßt sich diese Gefahr vielleicht noch beseitigen. Auf jeden Fall haben wir am Ende des dritten Kriegsjahres eine schwere Niederlage zu verzeichnen, welche durch die alten polnischen Sünden des Unruhestiftens und der Disziplinlosigkeit herbeigeführt wurde.

Das D. N. K. hat die Stürme glücklich überstanden, die ihm von innen und außen während der 3 Jahre drohten. Es hat im Jahre 1914 die Tätigkeit der Nationaldemokratie überstanden, die hinterlistigerweise ihm beigetreten war und dann sofort den Versuch unternahm, das Komitee zu sprengen. Es überstand die Zeit der russischen Invasion, da sogar die Mutigen zu verzweifeln angingen. Es überwand lange den geheimen und später offenkundigen Widerwillen der Volksparteiler, die teils unter dem Einfluß von allpolnischen Einflüsterungen, teils infolge Unzufriedenheit über die militärische Herrschaft im Lande langsam anfangen, seine Reihen zu verlassen. Es überdauerte schließlich den Frontwechsel der Sozialdemokraten, der sich im März und April vollzog, da diese Partei keine Mehrheit erlangen konnte und daher zur Taktik des Widerstandes griff. Es hielt auf diese Weise — trotz der sehr veränderten Verhältnisse seiner Tätigkeit — bis zum Grenzpunkte seines Daseins aus, d. h. bis zur Entstehung eines polnischen Staates mit einer obersten Regierung an der Spitze, mit einem Staatsrat und einigen Ministerien, die in den nächsten Tagen berufen werden sollen. Denjenigen, die das Komitee bis jetzt geleitet haben, gebühren Worte der Anerkennung für ihre Ausdauer, Geduld und Konsequenz.

Vor einigen Monaten (am 29. Januar) hat das D. N. K. angekündigt, daß es in dem Augenblicke, da der Staatsrat die Legionen unter seinen Schutz übernimmt, seine Aufgabe als erfüllt ansehen wird. Die Übernahme der Legionen durch den Staatsrat und gegenwärtig durch die polnische Regierung ist jedoch noch nicht vollständig durchgeführt, da sich die bekannten erheblichen Schwierigkeiten in den Weg gestellt haben, so daß eine allzu schnelle Auflösung des D. N. K., namentlich wenn sie sich in allzu radikaler Weise vollziehen sollte, sich als schädlich erweisen könnte. Entscheiden soll über die Auflösung und die Art der Durchführung derselben der Landtagsklub, unzweifelhaft auf Grund von Anträgen, die das Komitee selbst in dieser Sache stellen wird. Was für Anträge das sein werden, wissen wir nicht; aber sie werden gewiß vor allem die Tatsache berücksichtigen, daß man nicht alle begonnenen Arbeiten ohne Nachteil für die

polnische Sache auf einmal aufgeben kann. Als Beispiel weisen wir auf die Korrespondenzbüros im Auslande hin, die so notwendig sind und so hervorragend arbeiten. Später werden sie gewiß von der zukünftigen polnischen Regierung übernommen werden; aber vorläufig ist ihre Übernahme noch nicht möglich. Man muß daher mit der größten Vorsicht vorgehen und sich mit der zukünftigen polnischen Regierung oder dem diese vertretenden Staatsrat verständigen.

Es wird gewiß nicht an Bemühungen fehlen, das D. N. R. sofort zu zerstören, damit keine Spur davon übrig bleibt, und vielleicht auch seine Trümmer zu überpflügen und mit Salz zu bestreuen. Mögen im Auslande nur 3 Mittelpunkte polnischer Tätigkeit und polnischer Informationen übrigbleiben: die Agentur in Lausanne und die Büros des Herrn Dmowski in London und des Herrn Piłz in Paris! Schon jetzt machen sich Bestrebungen geltend, über das D. N. R. in der Sitzung des Landtagsklubs ohne Anwesenheit und Stimmrecht derjenigen seiner Mitglieder zu entscheiden, die dem Klub nicht angehören, was sowohl mit den objektiven Rücksichten, wie auch mit der bisherigen dreijährigen Praxis im Widerspruch steht. Denn sowohl die erste konstituierende Versammlung, wie auch alle späteren Sitzungen des Landtagsklubs, in welchen über Angelegenheiten des D. N. R. beraten wurde, fanden unter Beteiligung seiner Mitglieder statt, und nur in einer solchen Zusammenkunft kann der Landtagsklub den Bericht über die Tätigkeit entgegennehmen und Beschlüsse für die Zukunft fassen. Wir zweifeln auch daß sich eine Mehrheit finden sollte, die sich in dieser Angelegenheit dem so verderblichen allpolnischen Kommando unterwerfen und eine günstige und friedliche Erledigung der ganzen Angelegenheit unmöglich machen sollte.

Es wäre ein Beweis der völligen Launenhaftigkeit des polnischen Charakters, wenn der Landtagsklub leichtsinnigerweise sein eignes Werk zerstören würde, das sich während der ganzen Zeit politisch als zweckmäßig und organisatorisch als leistungsfähig erwiesen hat. Warum sollen wir am Vorabend des europäischen Kongresses, der über unser Schicksal entscheiden wird, als die einzigen alles das spurlos vernichten, was als Stützpunkt der politischen und diplomatischen Organisation während des Kongresses dienen könnte? Sollen wir, vom Zerstörungswahn ergriffen, zu dem uns die begeisterten Anhänger des Passivismus bringen wollen, alle jenen vollzogenen Tatsachen umstoßen, die von dem Vorhandensein polnischer schöpferischer Kräfte zeugen, so wie wir durch Streiks die höheren Schulen, durch Sezessionen die Legionenklades des Heeres, durch Mangel an Einigkeit und Disziplin die Bildung der eignen Regierung erschüttert haben? Die Auflösung des D. N. R. ohne gehörige Überlegung, wie die zahlreichen und bedeutungsvollen Institutionen, die sich in seiner Hand befinden und bis zum Kongreß bestehen bleiben mußten, vorläufig aber von niemandem übernommen werden können, zu sichern seien, würde unsere Kraft ernstlich schwächen. Und außer leeren Phrasen der Befriedigung, mit denen man von seiten Englands, Frankreichs und Rußlands gewiß nicht geizen würde, würde sie der polnischen Sache nicht den geringsten Nutzen bringen.

hatte, polnische Legionen zu bilden, die im Verbande des österreichischen Heeres um den polnischen Staat gegen Rußland kämpfen sollten.

Der Akt vom 16. August ist neben dem Akte vom 6. August eines der hervorragendsten Ereignisse im Bereiche der polnischen Frage während dieses Krieges, Genetisch ist er die logische Folge des Aktes vom 6. August. Das Einrücken der Abteilungen des Pilsudski in Polen begegnete einem tauben Schweigen. Die Erhebung der polnischen Waffen gegen Rußland um den polnischen Staat hatte den erwarteten Ausbruch einer nationalen Begeisterung und die Entstehung eines aufständischen Heeres nicht hervorgerufen. Das war die erste tragische Enttäuschung, die der Kompromiß erzeugte. Dieses war der Akt vom 16. August.

Da sich ein selbständiges bewaffnetes Auftreten der Polen um der staatlichen Unabhängigkeit willen als unmöglich erwies und der Tat der Schützen der Untergang drohte, wies der politische Verstand auf die Notwendigkeit eines Kompromisses zwischen der polnischen Staatsraison und der damaligen Wirklichkeit hin. Die Frucht dieses Kompromisses war die Entstehung der Legionen, als Abteilungen, die an der Seite des österreichisch-ungarischen Heeres kämpften, sowie die Entstehung des Obersten Nationalkomitees, als ihres politischen Exponenten und als des Surrogats der obersten polnischen Behörde, die das politische Programm schuf. Der leitende Grundgedanke dieses Programms war: das Streben nach der Wiedererrichtung des polnischen Staates unter Anschluß an die Mittelmächte, in erster Reihe aber an Österreich-Ungarn. Die weiteren Einzelheiten dieses Programms waren das Ergebnis der damaligen politischen Verhältnisse.

Neben diesem Programm bestand in jenem Augenblicke in Polen ein zweites, autonomistisches Programm, dessen Grundlage der Aufruf des Großfürsten Nikolajewitsch bildete.

Wenn wir heute, nach den dreijährigen geschichtlichen Ereignissen, die beiden Programme vergleichen, dann sehen wir, daß die grundsätzliche These des Programms des Obersten Nationalkomitees gesiegt hat. Das autonomistische Programm gehört der Geschichte an und hat in Polen keine öffentlichen Befürworter. Dagegen organisierte sich der polnische Staat unter Anlehnung an die Mittelmächte, wobei infolge der eingetretenen Ereignisse die Aufmerksamkeit der Volksgesamtheit auf Österreich-Ungarn gerichtet ist (was sich sogar auf der Linken in der gegenwärtig nicht realen Konzeption der Wiederherstellung des polnischen Hilfskorps offenbart). Das Werk des Obersten Nationalkomitees ist die Entstehung der Legionen, die unter den edelsten Anstrengungen und mit patriotischer Opferwilligkeit hauptsächlich aus der galizischen Volksgesamtheit mit dem Obersten Nationalkomitee an der Spitze gebildet wurden. Die ehemals „galizischen“ Legionen, die wirklich der Mittelpunkt der polnischen Frage sind und die sie mit Hilfe ihrer Bajonette auf die Höhe einer nationalen Angelegenheit gebracht haben, wurden als polnische Legionen anerkannt. Diesen ist auch die ehrenvollste Rolle des Stammes des polnischen Heeres zugefallen.

Das Oberste Nationalkomitee ist noch in einer anderen Beziehung in unserer außergewöhnlichen Geschichte eine Tatsache. Es ist ihm nämlich gelungen, alle sich bekämpfenden galizischen Parteien für lange Zeit in sich zu vereinigen und sie in den Dienst einer Idee zu stellen: der Idee des polnischen Staates, dessen konkretes Symbol die Legionen waren. Diese Tatsache allgemeiner nationaler Konsolidierung wird in unserer Geschichte ein heller Stern bleiben, und seine Bedeutung spiegelt sich sogar in dieser kurzen Perspektive desto stärker ab, wenn man berücksichtigt, daß es im Königreiche noch nicht gelungen ist, eine analoge Konsolidierung zu erzielen und die parteiischen Mißhellig-

Aus Nr. 186 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 18. August 1917.

Der Jahrestag der Entstehung der Legionen und des Obersten Nationalkomitees.

Gestern, am 16. August, sind drei Jahre verflossen, als in der Versammlung des Landtagsklubs in Krakau die Bildung des Obersten Nationalkomitees beschlossen und dieses auch gleich gewählt wurde, das den Zweck

keiten und „Orientierungen“ die Volksgesamtheit sogar im Angesichte der Möglichkeit der Bildung einer polnischen Regierung zersplittern.

Unter den schwierigsten Umständen, als Krakau durch die Flut des russischen Einfalles bedroht wurde, ist das Oberste Nationalkomitee unaufhörlich auf seinem Posten verblieben und hat in Treue zu seinem Programm den Geist in der Volksgesamtheit aufrecht erhalten.

Bevor das Königreich die Freiheit seiner Stimme erlangte, hat das Oberste Nationalkomitee auch im Namen des Königreichs Polen gesprochen. Jetzt kann das Königreich für sich selbst sprechen. Wir glauben aber trotzdem, daß die Rolle des Obersten Nationalkomitees noch nicht beendet ist. Die polnische Frage ist noch nicht endgültig erledigt, und das Verhältnis Galiziens zum polnischen Staate ist noch nicht festgelegt. Aber außer diesen grundsätzlichen Problemen der polnischen Politik betreibt das Oberste Nationalkomitee noch Aktionen, deren Bedeutung niemand bestreiten wird und in denen es niemand erregen kann. Wir erinnern hier nur an die diplomatische Aktion, die der Natur der Sache nach eigentlich die Aufgabe der Regierungsorgane des Königreichs wäre, von diesen aber bisher nicht übernommen wurde und vorläufig nicht bald übernommen werden kann. Angesichts der intensiven Tätigkeit verschiedener nationaldemokratischer Agenturen des Auslandes könnte die Aufhebung der ausländischen Zweigstellen des Obersten Nationalkomitees augenblicklich die nachteiligsten Folgen haben.

Das Königreich steht vor der Bildung der polnischen Regierung! In politischen Kreisen steht die Anschauung nicht vereinzelt da, daß die Mitwirkung der hiesigen leitenden Faktoren mit dem Obersten Nationalkomitee ansehnliche Vorteile bringen könnte. Aus diesen und noch anderen Gründen, die man hier nicht aufzählen kann, herrscht die Ansicht, daß die Liquidation des Obersten Nationalkomitees noch nicht aktuell ist, wie dies aus begreiflichen Gründen der galizische Zwischenparteiliche Verband verlangt.

Wie dem auch sei, können das Oberste Nationalkomitee und dessen Leiter mit Stolz auf ihre dreißigjährige Arbeit zurückblicken, der der objektive Geschichtsschreiber — fern von dem parteiischen Getöse — das gebührende Verdienst nicht versagen wird.

Am dritten Jahrestage des Bestehens und der Arbeit des Obersten Nationalkomitees kann nur der eine Gedanke die Schöpfer und Mitglieder des Obersten Nationalkomitees beunruhigen: daß die wertvollste polnische Errungenschaft dieses Krieges, die Legionen, für die das Oberste Nationalkomitee entstanden ist, nicht zu Grunde gehen und daß der Parteihaß nicht das verderbe, was der auf patriotische Begeisterung der Volksgesamtheit gestützte politische Verstand geschaffen hat, dessen organisierte Form das Oberste Nationalkomitee war.

Aus Nr. 189 des *Naprzód* (Krakau)
vom 18. August 1917.

Auflösung des Obersten Nationalkomitees.

In zwei Wochen tritt der Landtagsklub zusammen, um über die Angelegenheit der Auflösung des D. N. K. zu beraten. Diese Sache ist schon lange reif geworden. Das D. N. K., das in den Jahren 1914 und 1915 eine ruhmvolle Rolle in der polnischen Politik gespielt und die größten Kräfte des Volkes in sich vereinigt hat, begann schon im Herbst 1915 zu zerfallen. Es ist hier nicht der Ort, die traurige Geschichte der zwei Jahre dieses Zerfalls zu schreiben. Tatsache ist, daß schon seit längerer Zeit das Bestehen des D. N. K. dem polnischen Volke in seiner schwierigen Lage manchen schweren Schaden bringt.

Das D. N. K. ist als politische Vertretung der polnischen Legionen entstanden; doch bald sagte es sich von dieser einzigen und wichtigsten Pflicht los. — Bittgesuche, Beschlüsse und Briefe des polnischen Heeres wirft das D. N. K. seit zwei Jahren in den Papierkorb. Die ganze Größe des Heldentums polnischer Legionen konnte über den alten Fehler der polnischen Konservativen, nämlich ihr knechtisches Wesen und ihre Versöhnlichkeit, nicht das Übergewicht erlangen.

Die Unterwürfigkeit der leitenden Persönlichkeiten im D. N. K. hatte seit zwei Jahren keine Grenzen. Sie mußte diejenigen Polen in Erstaunen setzen, die ihr zugehören haben, bis schließlich die lebhafteren und selbständigeren Elemente sich von dem Zentrum des galizischen Byzantinismus, der von der Legionenbewegung und dem Geiste des ganzen Volkes kraß abstach, zurückzogen. Es zogen sich auch die Vertreter der polnischen nationalen Organisation, die Volksparteiler und die Sozialisten zurück, die nur aus dem Grunde nicht formell austraten, weil eines ihrer Mitglieder das „Fürsorgedepartement“ übernommen hatte, aus dem man einen Konservativen wegen noch nie dagewesener Nachlässigkeit und Unordnung, die im Departement unter der Leitung der Konservativen bis zum Frühjahr 1917 eingerissen war, entfernen mußte.

Für gewisse Leute ist der Zweck des Bestehens des D. N. K. erreicht worden. Die Konservativen erlangten in gewissen Kreisen, wohin man sie freundlichst zum Frühstück einlud, Einfluß und Bedeutung. Einer von ihnen ist Exzellenz geworden; andere warten auf Auszeichnungen.

Gerade diese Elemente träumen davon, das D. N. K. noch aufrechtzuerhalten, obwohl es als Vertretung des Heeres gegenstandslos und zwecklos geworden ist, da das Heer von einer solchen „Vertretung“ nichts hören will. Es handelt sich ihnen heute namentlich um die sogenannte „Aktion im Auslande“, d. h. um Geldmittel für ihre Leute, die im Ausland genau daselbe tun sollen, was ihre Parteifreunde im Inlande tun. Indem sie auf die vielleicht baldigen Friedensverhandlungen hinweisen, verlangen sie das Fortbestehen des D. N. K., damit dieses an den Verhandlungen sich indirekt beteiligen könnte.

Aber man würde dadurch den Bod zum Ziergärtner machen. Gerade damit könnten sich die Polen niemals einverstanden erklären, daß Bedientenseelen das polnische Volk in dem vielleicht schwierigsten Augenblick vertreten. Anstatt Diener zu Beratern zu machen, wäre es vielleicht ehrlicher und nützlicher, sich an die Herren selbst zu wenden...

Die Auflösung des D. N. K. ist um so notwendiger, als die Polen heute eine gemeinsame Körperschaft nötig haben, die die Exekutive der polnischen Politik bilden würde. Eine solche ist unumgänglich nötig.

Wir glauben, daß die moralische und politische Kraft des Volkes eine solche Körperschaft schaffen wird, und daher rechnen wir auf alle ehrlichen Elemente, die bis jetzt im D. N. K. verblieben sind, daß sie sich dieser notwendigen Organisationsarbeit nicht in den Weg stellen und auf das Fortbestehen des D. N. K. nicht dringen werden.

Eine solche Körperschaft kann man gegen den Willen des Volkes nicht aufrechterhalten. Man muß eine andere schaffen, zu der alle Vertrauen haben können.

* * *

Wir bringen einen Abschnitt aus dem Briefe des Vizevorsitzenden des Polnischen Klubs, Abg. Dąbrowski, an den Professor Dr. W. L. Jaworski in Beantwortung der Forderung, daß auch die Mit-

glieder des D. N. K., die nicht Abgeordnete sind, zu der Sitzung des Landtagsklubs eingeladen werden sollen:

Ich habe gegen die Einladung von Mitgliedern des D. N. K., die nicht Abgeordnete sind, zu der Sitzung des Landtagsklubs aus folgenden Gründen gestimmt:

1. Ebenso im Jahre 1914, wie auch im Jahre 1916 wurden die Angelegenheiten des D. N. K. vorher in dem Polnischen Klub derartig besprochen und vorbereitet, daß es im Landtagsklub eine Aussprache nicht mehr gegeben hat und nicht geben konnte. Es gab eine Einmütigkeit und machtvolle Einigkeit, durch die diese Körperschaften (D. N. K. und Legionen) geschaffen wurden. Es handelte sich mehr um eine Feier, als um Beratungen.

2. Heute ist es anders. Das D. N. K. ist Gegenstand des Unfriedens und erregter Auseinandersetzungen geworden. Ohne auf die Sache einzugehen, bemerke ich, daß der Landtagsklub diesem Unfrieden ein Ende machen soll, daß er gewissermaßen ein Schiedsgericht, eine autoritative Instanz, eine Versammlung von Abgeordneten darstellen soll.

3. Daher ist die Wachsamkeit über die Kompetenz der entscheidenden Persönlichkeiten eine öffentliche Pflicht.

4. Aus dem D. N. K. sind verschiedene Mitglieder und ganze Parteien ausgeschieden, und an ihr Zusammentreten in ursprünglicher Zusammensetzung kann heute nicht gedacht werden. Es sind darin solche Personen verblieben, die den anderen das weitere Verbleiben unmöglich gemacht haben. Wie würden diese dazu kommen, entscheidende Stimmen in der Sitzung des Landtagsklubs zu bekommen?

5. Der Vorsitzende des Militärdepartements hat nicht einmal dem D. N. K. selbst Bericht über die Auflösung des Militärdepartements erstattet, und ich weiß nicht, ob er sich jetzt um den Landtagsklub kümmern wird.

6. Die anderen Herren können dem Landtagsklub Bericht erstatten, ohne Stimmrecht zu haben.

7. Überhaupt bin ich bei näherer Betrachtung der Angelegenheit zu der Ansicht gekommen, daß der einzige Ausweg der einzige Beschluß wäre, das D. N. K. aufzulösen, um nach gemeinsamen Beratungen einer anderen leitenden Körperschaft Platz zu machen.

Das D. N. K. durch irgend welche künstliche Mittel „retten“ zu wollen, verbietet die Vernunft.

Mit Hochachtung sw.

Nr. 412 der Nowa Gazeta (Warschau)

vom 22. August 1917

schreibt mit Rücksicht auf die bevorstehende Auflösung des Obersten Nationalkomitees wie folgt: „Diese Angelegenheit ist schon seit langem reif. Das D. N. K., das im Jahre 1914 und 1915 eine ehrenvolle Rolle in der polnischen Politik gespielt hatte, ... begann schon seit dem Herbst 1915 in Verfall zu geraten.“ „Die konservativen Elemente träumen davon, das D. N. K. noch zu erhalten, trotzdem es zwecklos geworden ist. Es handelt sich für sie heute insbesondere um die sogenannte ausländische Aktion“ (d. h. um die mittelbare Teilnahme des D. N. K. an den Friedensverhandlungen). „Die Auflösung des D. N. K. ist notwendig. Man muß eine andere Institution bilden, zu der alle Vertrauen haben.“

Daselbe Blatt teilt im Wortlaute den Brief mit, den der Vizepräsident des Polenklubs Daszynski an Prof. Jaworski als Antwort auf die Forderung desselben richtete, daß die Mitglieder des D. N. K., die keine Abgeordnete sind, zur Sitzung des Landtagsklubs zugelassen werden. Daszynski zählt in dem Briefe die Gründe auf, weswegen er gegen die Einladung

der Mitglieder des D. N. K., die eine Abgeordneten sind, zur Sitzung des Landtagsklubs gestimmt habe. Er weist darauf hin, daß das D. N. K. Gegenstand heftiger Diskussionen und ein Grund der Uneinigkeit ist. Der Landtagsklub hat dieser Uneinigkeit ein Ende zu machen, also Schiedsrichter zu sein, und zwar als autoritative Instanz, als Versammlung von Abgeordneten. Aus dem D. N. K. — heißt es weiter — sind verschiedene Mitglieder und ganze Parteien ausgetreten; wenn die ursprüngliche Gesamtheit nicht vorhanden ist, liege kein Grund vor, den übriggebliebenen Mitgliedern ein Mitbestimmungsrecht im Landtagsklub zuzubilligen. Daszynski hält es für das einzig Richtige, durch einstimmigen Beschluß das D. N. K. aufzulösen und einer leitenden Institution Platz zu machen, die nach gemeinsamen Beratungen zu bilden wäre. Die Vernunft verbiete, das D. N. K. durch künstliche Mehrheiten zu retten.

(Aus Nr. 176 des Warschauer Tagesberichts vom 23. August 1917.)

Aus Nr. 386 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 22. August 1917.

Komitee der Fürsorge für den polnischen Soldaten.

Lemberg, den 21. August 1917.

Am 14. August d. J. fand im Saale der landwirtschaftlichen Vereine in Lemberg eine allgemeine Versammlung des neu gegründeten „Komitees der Fürsorge für den polnischen Soldaten“ statt.

Auf der Grundlage des vom Statthalter schon bestätigten Statuts bildete sich ein Verein und wählte durch Zuvor die Fürstin Wanda Czartoryska als Vorsitzende.

Alsdann wurden zwei Vertreter der Vorsitzenden und zwar Präsident Rybicki und Frau Bartholomäa Rozwadowska sowie zehn Ausschuß-Mitglieder gewählt.

Der Zweck des neu erstandenen Komitees ist — wörtlich laut Statut — „moralische und materielle Hilfeleistung für die polnischen Soldaten des Heeres und der Legionen sowie deren Familien“. Seine Zwecke erfüllt das Komitee selbständig oder im Einverständnis bzw. durch Vermittlung und unter Beihilfe verwandter, schon bestehender Organisationen.

Die Verteilung der sachlichen Arbeit erfolgt in Sektionen der Fürsorge für Legionäre, Kriegsgefangene, Familien, Waisen usw.

In der Provinz werden Ausschuß-Vertreter als Vorsitzende der Ortsgruppen tätig sein.

In Verbindung mit so weit gesteckten Zielen sind im Statut außer den Mitgliedern des Komitees noch „Mitarbeiter“ vorgesehen, die in den einzelnen Sektionen und in den provinziellen Kreisen tätig sind und alle Rechte und Pflichten der Mitglieder dieser Organe besitzen, — sowie unterstützende Personen, die nur die Monatsbeiträge zahlen und zum Bezuge der Jahresberichte des Komitees berechtigt sind.

Das sind die allgemeinen Grundzüge der Organisation.

Die vorbereitenden Arbeiten zur Einrichtung eines ständigen Büros des Komitees und die Inbetriebsetzung der verschiedenen Zweige sind bereits im Gange. Die Adresse des Büros und konkrete Einzelheiten werden in den allernächsten Wochen zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden.

Für das Komitee:

Die Vorsitzende

Wanda Czartoryska.

Mitglieder des Ausschusses: Aniela Alexandrowicz, Domherr Badeni, Helene Czagelska, Direktor Franz

Garczynski, Adam Glazewski, Dr. Włodzimierz Godlewski, Dr. Stanisław Kozmiński, Dr. Irene Łazankowa, Kalina Przetocka, Rata Joseph Radoszewski, Fr. Bartholomäa Rozmadowska, Präsident Stanisław Rybicki.

Für die Zwecke des Komitees sind bisher folgende Beiträge erlegt:

Se. Exzell. Erzbischof Bilczewski ...	5 000 Kr.
Fürstin Wanda Czartoryska	3 000 "
Domherr Graf Badeni	3 000 "
Johann Graf Szembek	100 "
Dr. Włodzimierz Godlewski	100 "
N. N. (Administration des „Kurjer Lwowski“)	30 "

Zusammen... 11 230 Kr.

Weitere Gaben und Opfer für die Zwecke der Fürsorge der polnischen Soldaten nehmen die Redaktionen der polnischen Zeitungen an.

Aus Nr. 384 des Czas (Krakau)
vom 21. August 1917.

Die polnische Frage in Ungarn.

B u d a p e s t, den 19. August.

In den letzten Wochen hat die ungarische Presse eine Reihe von Artikeln über die polnische Frage gebracht, die ein Beweis dafür sind, daß diese Frage wiederum lebhafteres Interesse in Ungarn erweckt. Hervorgerufen wurde dieses durch die gegenwärtige Krisis im Königreich. „Magyarország“, das Organ des Grafen Batthyány, Ministers a latere, hat vor kurzem einen Artikel aus der Feder von A. Somfich unter dem Titel „Über die polnische Frage“ gebracht, in dem diese grundsätzlich erfaßt wird. Der Verfasser hebt in anerkennenden Worten die Taten der Legionen hervor und nimmt die galizischen Polen gegen ungerechtfertigte Vorwürfe in Schutz.

Indem er die endgültige Lösung der polnischen Frage bespricht, betont der Verfasser die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Polen und Österreich-Ungarn, die entstehen muß, wenn letzteres den Polen zur Erlangung ihrer nationalen Ideale verhilft. Er spricht auch die Überzeugung aus, daß die Bestrebungen der Polen von dem jungen Monarchen verstanden werden. Daher fordert er eine entsprechende Politik im Bereiche der österreich-ungarischen Okkupation und schreibt:

„In dem okkupierten Gebiete Polens muß man solche Elemente verwenden, die sich wirklich um das Wohl des polnischen Volkes kümmern und denen das Streben nach eigenem Vorteil fernliegt. Notwendig ist die Entfernung von Elementen, die wegen Auszeichnungen oder um der Karriere willen zu sinnlosen Requisitionen greifen, wodurch die Bevölkerung dem Hunger ausgeliefert wird. Solche Fehler kommen nämlich gewöhnlich erst dann ans Licht, wenn sich der Schaden nicht mehr gutmachen läßt. Ebenso ist die Beseitigung von wucherischen Bankkonforten und Kriegslieferanten aus dem okkupierten Gebiet durchaus nötig, da ihre Gewinnsucht nicht im Interesse des Staates liegt und direkt ein Gift ist, das die guten Beziehungen vernichtet. Wir Ungarn, die wir die Idee der Freiheit zu achten verstehen, wünschen wirklich herzlich die Verwirklichung des polnischen nationalen Ideals und werden darin den Polen — zum Beweise unserer Freundschaft und unserer geschichtlichen Traditionen — stets behilflich sein.“

Daß die öffentliche Meinung Ungarns auch ein kritisches Auge für die Verhältnisse im deutschen Okkupationsgebiet hat, beweist die Stimme des vielgelesenen Blattes „Wielog“, die um so wichtiger ist, als mit der Auffassung dieses Blattes auch in Berlin gerechnet wird. Nach einer kurzen Übersicht über die

polnische Angelegenheit während des Krieges schreibt es: „Es folgten Verhandlungen über die Begründung der polnischen Verfassung, die Organisierung des polnischen Heeres, die Wahl des zukünftigen Staatsoberhauptes. Sie wurden im geheimen geführt, und unsere Öffentlichkeit wußte nichts davon. Wir wissen nicht, warum die Angelegenheit stecken geblieben ist und warum man die polnischen Verhältnisse nicht rechtzeitig konsolidiert hat. Wir wissen nicht, warum bis jetzt der polnische Landtag nicht zusammengetreten ist, warum Polen bis jetzt keine eigene Verfassung, kein Staatsoberhaupt und kein Heer hat... Gewiß wird es damit zusammenhängen, daß uns der Sturz des Zartums und die russische Revolution bei der Ordnung der polnischen Angelegenheiten überrascht haben. Denn daß die Revolution auch auf die polnischen Geister einwirken wird, daß die Ereignisse in Petersburg einen Widerhall auch in Lublin und Warschau finden werden, daß das polnische Programm und die nationale Politik Kerenskis eine andere Haltung hervorrufen werden, als die Politik und die Bedrückung des Zaren Nikolaus II., das war leicht voranzusehen. Wir wissen nicht, ob unsere Führer damit gerechnet haben. — Wir wissen nicht, was sie getan haben.“ Indem das Blatt schließlich die gegenwärtige Stimmung im Königreich hervorhebt und die oppositionelle Haltung des polnischen Klubs in Wien charakterisiert, schließt es mit folgenden Worten: „Wir wissen nur, daß diese Dinge zur Stärkung unserer Stellung nicht beitragen. Wir wissen, daß die wichtigsten Fragen der ungarischen nationalen Politik mit der polnischen Frage verknüpft sind. Wir haben daher wenigstens das Recht zu verlangen, daß man uns sagt, was in der polnischen Frage geschieht. Die wichtigste Pflicht der ungarischen Staatsmänner und der ungarischen Regierung ist es, festzustellen, ob die gegenwärtige Erledigung der polnischen Angelegenheit den Interessen Ungarns entspricht. Unsere Öffentlichkeit hat das Recht, eine Aufklärung über die polnische Frage zu verlangen.“

Die Autonomie Galiziens und die polnisch — ruthenischen Verhältnisse sind wiederholt in den Spalten des Blattes „Magyar Hírlap“, des Organs des Grafen Tisza, behandelt worden. In Nr. 13 dieses Blattes veröffentlicht Alexander Bontalo einen Artikel unter dem Titel „Das neue Königreich Polen und die Ukrainer“, der um so beachtenswerter ist, als Bontalo zu den in Ungarn wenig zahlreichen Ruthenenfreunden gehört und sie schon oft in Schutz genommen hat. Herr B. geht von dem Akt vom 5. November aus, den er mit Begeisterung begrüßt. Indem er alsdann auf die polnisch — ruthenischen Verhältnisse übergeht, bespricht er das Werk Smolkas „Die russische Welt“ und betont, daß das Oberste Nationale Komitee, das dieses Werk herausgegeben hat, sich offenbar mit den Ansichten des Verfassers identifiziert. Herr Bontalo zweifelt, daß sich die polnisch — ruthenischen Verhältnisse so gestalten lassen, wie es sich Herr Smolka denkt, da „zwischen dem Polen und dem Ruthenen bedeutende Unterschiede bestehen“. Er glaubt jedoch, daß dies eine innere polnisch — ruthenische Angelegenheit sei. „Es ist dies ihre Sache. Mögen sie sie unter sich abmachen. Wir wünschen aufrichtig und von ganzem Herzen, daß ein möglichst starkes und mächtiges Polen entstehe — als Verteidigungsbastion zwischen unserem Vaterlande und seinem nördlichen Feinde Rußland. Wir sind wahre Freunde der Polen während ihrer Blütezeit gewesen, haben ihre nationale Trauer verstanden und mitempfunden und werden ihre treue Gefährten auch in der Zukunft sein.“

In Nr. 14 und 15 desselben Blattes sind zwei Artikel in der Angelegenheit der Autonomie Galiziens enthalten. In dem ersten derselben betrachtet Herr B. Buza die Folgen, die die Verwirklichung des Aktes

vom 5. November 1916, der die Autonomie Galiziens verkündigt, haben kann. Der Verfasser ist Anhänger des Dualismus, da er glaubt, daß dieser gegenwärtig den ungarischen Verhältnissen am besten entspricht; er fürchtet aber, daß die Autonomie Galiziens der Anfang eines Trialismus oder Quadratismus werden könnte. Aus diesem Grunde erklärt er sich für die Autonomie Galiziens, jedoch nicht auf geschichtlich-territorialer Grundlage, sondern auf Grund des nationalen Katasters. Er glaubt nämlich, daß man auf diese Weise den polnisch-ruthenischen Streit am besten beenden und Österreich vor der Dezentralisation sichern könnte. Interessant sind die Vorschläge der Vereinigung Ostgaliziens mit Ungarn, die von den Deutschen in Österreich gemacht worden sind, gegen die aber der Verfasser sich entschieden ausspricht. Besonders bekämpft er den Vorschlag des Universitätsprofessors Lamp in Innsbruck, der in der „Österreichischen Zeitschrift für öffentliches Recht“ veröffentlicht war, nach dem Ungarn Ostgalizien erhalten, dafür aber an Österreich grenzende Gebiete abtreten soll, die teilweise von Deutschen bewohnt sind.

Auf die Ausführungen des Herrn Busa antwortet in der nächsten Nr. des „Magyar Figyelo“ ein Freund des Blattes, der mit B. Gy. zeichnet. Er bekämpft scharf das Projekt einer nationalen Autonomie in Österreich und bemerkt, daß diese eine ungeheure Gefahr für die Integrität Ungarns birgt, wohin sie leicht übertragen werden könnte. Im Gegenteil erklärt er sich für eine Autonomie, die sich auf geschichtlich = territoriale Einheiten stützt. „Die provinzielle Autonomie in Österreich“ schreibt er — ist in keiner Gestalt für uns gefährlich, da sie das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung wäre, wie sie bei uns nicht vorhanden ist. Ganz anders verhält es sich mit der nationalen Autonomie, namentlich wenn diese auf individueller Grundlage verwirklicht werden sollte. Die territoriale Autonomie würde in Österreich viele Sorgen herbeiführen, obwohl die einzelnen Völkerschaften dort besser von einander getrennt sind. Bei uns ist das sprachliche Durcheinander so groß, daß eine territoriale Autonomie eine Unmöglichkeit ist. Gibt es denn auf der ganzen Welt einen Weisen oder Staatsmann, der imstande wäre, die Komitate Torontal oder Bacsko in territoriale Bezirke den Nationalitäten gemäß einzuteilen? Etwas anderes verhält es sich mit der nationalen Dezentralisation auf persönlicher Grundlage. Wenn sie in Österreich möglich ist, dann ist sie es auch bei uns, und bei einer zu großen Erweiterung des Wahlrechts würde sie früher oder später bei uns doch eingeführt werden. Auf diese Weise würde man ein großes Grab für den nationalen ungarischen Staat graben“.

Schließlich ist noch daran zu erinnern, daß in den Spalten des zweisprachigen Blattes „A monarchia“, das die Beziehungen zwischen den beiden Teilen der Monarchie stärken soll, der ukrainische Abgeordnete Dr. Eugen Lewicki in dem Artikel „Österreich, Rußland und die Ukrainer“ das Wort ergreift. Von der Voraussetzung ausgehend, daß „für die nationalen Bestrebungen des ukrainischen Volkes die Ankündigung der Sonderstellung Galiziens durch das Handschreiben vom 5. November einen schweren Schlag gebildet hat, bemerkt er, daß die Ukrainer im Sinne ihrer im österreichischen Parlament abgegebenen Erklärung niemals die Verwirklichung dieses Aktes zulassen würden. (Zensurlücke.)

Aus Nr. 190 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 23. August 1917.

Die öffentliche Meinung Bulgariens und die polnische Politik.

Sofia, den 4. August 1917.

Nach einer lebhaften, in Polen leider unbekannten journalistischen Besprechung, die in Bulgarien durch die Nachricht vom Abte des 5. November und von der Bildung des polnischen Staates veranlaßt wurde, schweigt gegenwärtig die hiesige Presse über die polnische Frage, als wenn sie darüber zur Tagesordnung übergegangen wäre.

Das ist vom Standpunkte der Bulgaren aus eine sehr einfache und natürliche Sache, da diese sowohl in der Politik als auch im Heere an schnelle und energische Arbeit gewöhnt sind, sich nicht gern bei langen theoretischen Auseinandersetzungen aufhalten und schnell zu Entschlüssen, Programmen und Plänen übergehen.

„Polen ist wiedererweckt, — der neue polnische Staat als Tatsache anerkannt! Es hat also keinen Zweck, sich dabei lange aufzuhalten und zu überlegen. Es müßte nun der zweite wichtigere Teil des Werkes folgen: die Verwirklichung des Aktes vom 5. November, und das ist Sache der Mittelmächte und vor allem der Polen, die gewiß selber am besten wissen werden, wie eine so glückliche Wendung der Dinge auszunutzen sei, wie man diesen mächtigen, wenn auch noch unbewohnten Felsen der Freiheit, auf den sie gestellt worden sind, zu verteidigen, zu bearbeiten und zu sichern habe, um ein starkes Nest auf demselben bauen zu können.“

So dachten die Bulgaren nach dem Akte vom 5. November. Vor ihm verfolgten sie beinahe fieberhaft alle Ereignisse, die ihm Polen näher brachten oder es davon entfernten, förderten die Aussprache darüber und drängten sowohl moralisch als auch politisch direkt zur Vollziehung der Tatsachen. Nach der Proklamation jedoch verstummten sie und überließen die Angelegenheit der Ausführung des staatlichen Programms den Polen selbst und den Schöpfern des Novemberwerkes.

Die Quelle dieser veränderten Haltung lag nicht in dem mangelnden Interesse und in der Gleichgültigkeit der Bulgaren gegenüber dem neuen Polen, sondern in einer gewissen seelischen Beruhigung und in dem Bewußtsein, daß die Sache, die sie tatsächlich mit aller Kraft des Gefühls, Verstandes und Willens wünschten, auf dem besten Wege der Verwirklichung sei. Außerdem lag der Grund in der Überzeugung, daß das Werk, dessen Schöpfer die Mittelmächte sind und das die Polen übernehmen, fortentwickeln und vervollkommen sollen, möglichst gut gelingen müsse. Die Bulgaren glaubten zwar nicht alle und nicht immer an dem guten Willen der Deutschen; alle aber glaubten zu Anfang an den politischen Verstand, die Solidarität der Arbeit und den genialen Organisationsinn der Deutschen. Außerdem glaubten sie nicht nur an die patriotische Begeisterung und die große Intelligenz der Polen, sondern auch an ihre politische Reife.

In welcher Beziehung sie eine Enttäuschung erfahren haben, läßt sich leicht denken. Die unmittelbare Berührung mit den Deutschen hat trotz der Unterschiede des Temperaments, der Gewohnheiten und der Kultur, obwohl sie auch manche Illusion hinweggelegt hat, ihre Bewunderung und ihre Ehrfurcht vor der deutschen Gesamtseele nur vertieft. Mit den Polen kamen die Bulgaren nicht viel in Berührung und hatten keine Gelegenheit, sie bei der Arbeit zu beobachten. Das aber, was sie seit zwei Jahren aus Warschau und dem Königreich über die Bildung des Heeres, die politischen und sozialen Bestrebungen der Polen erfahren, vertieft durchaus nicht ihre Ehr-

furcht und ihre Bewunderung des Organisations-sinnes und der politischen Klugheit der Polen.

Es ist schmerzlich zu sagen — und doch ist es wahr und in Bulgarien allgemein bekannt, — daß dieses politisch beinahe jüngste Volk eine schmerzliche Enttäuschung in Bezug auf seine idealisierten Begriffe von den Polen, seinen Glauben an sie und seine Überzeugung von der schöpferischen Organisationskraft Polens erfahren hat.

Darin liegt die zweite und tiefste Ursache des heutigen Schweigens der Bulgaren über die polnische Sache. Ihr Glaube an Polen ist erschüttert, ihre Ansichten über die Bestrebungen und politischen Wege der Polen getrübt. Und daraus folgt eine gewisse Mißstimmung und Ungeduld, bei den eifrigeren Politikern sogar direkt ein Ärger über die Taktik der Polen, in der sie weder Logik, noch Konsequenz oder Zielbewußtsein finden können. Wie weit es von hier bis zur *Geringschätzung* ist, kann nur der beurteilen, der dieser schnellen Evolution des Verhältnisses der Bulgaren zu der polnischen Frage aus der Nähe zusieht. Dauernd hört man ernste Vorwürfe, unangenehme Fragen und kühlen Unglauben. Das wissen in erster Linie die hiesigen Katalisten, die natürlich keine Gelegenheit veräumen, um den Schleier zu lüften und mit voller Befriedigung jede Äußerung unserer Schwäche, jede Erschütterung des Glaubens der Bulgaren an unsere schöpferische Kraft und an unsere Fähigkeit zur Tat auszunutzen.

Es ist schmerzlich, — aber es hält schwer, darüber nicht zu schreiben, wenn man in jedem Artikel und in jedem Gespräch immer wieder hört: „Die Polen sind wahnsinnig geworden; sie haben den Kopf verloren...“, „die Polen sind wie die Kinder; sie wissen selber nicht, was sie wollen...“, „die Polen spielen ein doppeltes Spiel, — wenn sie nur nicht doppelt schlecht dabei fahren würden...“, „es zeigt sich, daß die Polen politisch durchaus nicht geschult sind; sie sind die ewig unzufriedenen Augenblicksmenschen, Eigenbrödlern...“, „die Polen haben während der hundert Jahre der Sklaverei nichts gelernt...“, „die Polen haben wenigstens noch ein halbes Jahrhundert lang die starke preussische Hand nötig...“, „die Polen sind zu positiver sozialer Arbeit nicht fähig...“, „Polen ist ein einziges Nest ewigen Zankes, Neides und innerer Kämpfe...“, „die Polen kennen weder eine staatliche, noch eine soziale Disziplin“; — sie sind ein Volk von sympathischen Literaten, Künstlern Bohemiens, aber keine Menschen der Tat und des Willens, auf die man die Zukunft bauen kann...“. Und so geht es bis ins Unendliche, daß man sich schämen muß und verzweifeln könnte.

Und es darf niemand denken, daß es sich um leere Worte handelt, die gedankenlos und nur so nebenbei hingeworfen und nachgesprochen werden. Nein! Die Bulgaren glauben nichts ins Blaue hinein. Es gibt keine größeren „Ungläubigen“ als gerade die Bulgaren. Sie glauben niemandem, wenn sie sich von der Sache nicht selbst handgreiflich überzeugen; daher nehmen sie jedes Urteil auch der nächsten Bundesgenossen sehr kritisch und mit der größten Zurückhaltung auf, ohne zu zögern, es nötigenfalls richtig zu stellen oder ihm direkt zu widersprechen.

Es handelt sich auch nicht um irgendwelche leeren Vorwürfe gegen die Polen aus Anlaß irgend einer versteckten Mißgunst. Mit solchen Dingen geben sich die Bulgaren nicht ab. Wenn sie jemanden hassen, dann schweigen sie, und erst im entscheidenden Augenblicke übertragen sie die Wut der geballten Faust auf die Spitze des Bajonetts. Wie in allem, so spricht sich auch in diesen „Klagen über die Polen“ bei den Bulgaren ein praktischer Sinn für das Leben, die harte und unerbittliche Logik für das Verständnis der Wirklichkeit, das ungeheuer gewissenhafte Gefühl für die

ationale, politische und militärische Unterordnung und schließlich ein weitgehender Sinn des Voraussehens, eine angeborene Vorsicht und die Fähigkeit aus, aus jedem Fehler eine Lehre zu ziehen.

Es ist bezeichnend, daß der Bulgare fast jede bittere Bemerkung über Polen mit der Feststellung der Tatsache schließt, daß die Polen drei Viertel des heutigen Übels vor allem Rußland und seinem demoralisierenden Einfluß während eines ganzen Jahrhunderts zu verdanken haben. Es lohnt sich zu hören, wie heute ein sogenannter bulgarischer „Russophile“ den Augenblick des Bruchs mit der Politik der Abhängigkeit von Rußland preist, wie glücklich er sich bei dem Gedanken fühlt, daß sein Volk die Feuerprobe der Versuchung bereits überstanden hat und sich am entgegengesetzten Ufer befindet, von dem aus eine Rückkehr zu Rußland nicht mehr möglich ist! „Das gestrige und noch mehr das heutige Polen — sagt er — ist für uns das abschreckendste Beispiel, was das kleine Bulgarien in der Hand des brüderlichen Rußland, unter dem Einfluß der so verlockenden allslawischen und freiheitlichen Strömungen, tatsächlich aber in der vergiftenden Atmosphäre des russischen Staatswesens geworden wäre.“

Und wenn die Bulgaren trotz der abfälligen und strengen Urteile über uns noch immer viel Verständnis für die polnischen Fehler finden, so liegt das nur daran, daß sie Rußland selber genau kennen und wissen, wieviel Böses es dem ganzen Organismus und der Seele des polnischen Volkes einzulösen vermocht hatte.

Dadurch erklärt sich auch ihr außerordentlich taktvolles, treues und solidarisches Verhalten gegen die Bundesgenossen ohne Rücksicht auf augenblickliche Stimmungen, ohne Rücksicht auf angeborene Rassen- oder nationale Sympathien oder Antipathien — unter Bewahrung ihrer völligen politischen und militärischen Unabhängigkeit. Auf diese Weise erklärt sich auch ihr Wunsch nach Ausnutzung der Lage und ihr Streben nach deutscher Kultur und Zivilisation, deren Mängel sie übrigens genau sehen, deren Wert sie jedoch als ehemalige Schüler Frankreichs und Rußlands nicht geringschätzen. Dies ist bezeichnend für jeden Bulgaren vom Minister angefangen bis zum einfachen Mann auf der Straße, für die Anhänger aller politischen Gruppen und Orientierungen, sogar für die sogenannten Russenfreunde.

Die politische Denkart der bulgarischen Russophilen wäre wahrlich wert, den Köpfen unserer in Bulgarien berühmten „Unabhängigkeitspolitiker nach allen drei Fronten hin“, oder den Überdiplomaten der „Passivität und des Abwartens“, oder den ebenfalls nach drei Fronten sich umsehenden „Neutralisten“ eingepflanzt zu werden. Viel gesunden politischen Verstand, einfache nationale Berechnung und nicht minder ein ehrliches Gefühl der Pflicht und der sozialen Unterordnung könnten sie von jenen Zöglingen Rußlands lernen, die sich noch recht gut des türkischen Joches und der befreienden Kriege erinnern, in dem Rußland ihnen Beschützer und Erlöser war, zugleich aber auch der späteren schweren Jahre des „politischen Schutzes“ und schließlich der Lehre, die sie aus der ganzen Legion polnischer aufständischer Emigranten schöpften, die die befreiten Gebiete Bulgariens durchzogen. Diese ihre ehrwürdigen polnischen Lehrer — sagen sie — ähnelten in nichts den heutigen Polen, von denen so unsaßbare Nachrichten aus Rußland, Frankreich, ja sogar aus Warschau selbst kommen!

Dr. I. St. Grabowski.

Aus Nr. 390 des Czas (Krakau)
vom 24. August 1917.

Die Polen in Rußland und der vorläufige Staatsrat.

Der Oberst Minkiewicz hat bekanntlich eine ganze Reihe erstklassiger Informationen über den Stand der polnischen Frage in Rußland mitgebracht, die von den sehr optimistischen Illusionen ganz bedeutend abweichen, denen sich die Nationaldemokraten und die Sozialisten seit dem Ausbruche der russischen Revolution hingeben. In seiner Unterredung mit dem Mitarbeiter der „Wiadomosci Polskie“ unterstreicht Minkiewicz gegenwärtig die Tatsache, daß zu diesen Illusionen die Meinung gehört, daß das revolutionäre Rußland auf Polen verzichte und mit seiner vollständigen Unabhängigkeit gern einverstanden sei.

Von einem „Desinteressement“ in der polnischen Frage — sagte er — kann seitens Rußland absolut keine Rede sein. Rußland wird es sich nicht nehmen lassen, daß seine Konstituante nicht die Verfassung Polens beschließe. In dieser Konstituante sollen, beiläufig bemerkt, die aus dem Königreiche stammenden Polen gar nicht vertreten sein; in sie können Polen gewählt werden, aber ausschließlich als russische Staatsbürger. Zur Unterstützung meiner Behauptung, daß Rußland die polnische Frage als seine eigene innere Angelegenheit weiter betrachte, genügen folgende charakteristische Einzelheiten: Einige Wochen vor meiner Abreise aus Rußland beriet in Petersburg eine Versammlung Chelmer Politiker, die dann dem damaligen Ministerpräsidenten Fürsten Lwow und Kerenski einen Beschluß überreichte, der für den Fall, daß für den Rest Polens eine andere Regierung verbindlich wäre, die Angliederung des Chelmer Landes an Rußland verlangt. Fürst Lwow drückte sehr warm sein Einverständnis mit der Forderung aus, das „echt russische Land“ von Rußland nicht abzusondern, und Kerenski erklärte angesichts der imponierenden Zahl der Chelmer Politiker, die diesen Beschluß gefaßt hatten, daß die Regierung diese Angelegenheit gern unterstützen werde. Hierzu muß noch bemerkt werden, daß der ukrainische Rat einstimmig beschlossen hatte, das Chelmer Land mit der Ukraine zu vereinigen. Als Kerenski die Front besuchte, hielt er an die Obersten seine feurige Rede und hob darin die Notwendigkeit einer Offensive hervor, um dem Feinde die zu Rußland gehörigen Städte Grodno, Kowno, Wilna und Warschau wieder zu entreißen, für die die russischen Großväter so viel Blut vergossen haben. — Das gegenwärtige Mitglied des Staatsrates, Lempicki, wird auch von der revolutionären Duma als Staatsverräter betrachtet.

Aus der Unterredung des Obersten Minkiewicz mit dem Berichterstatter der „Wiadomosci Polskie“ sind die Abschnitte bemerkenswert, die den Standpunkt der Polen in Rußland zu der Frage der Bildung der polnischen Regierung und des polnischen Heeres kennzeichnen. Wie aus ihnen erhellt, ist zwischen dem destruktiven Standpunkte der Linken des Königreichs und der polnischen demokratischen Partei in Rußland, die unter der Leitung des Lednicki steht, ein grundsätzlicher Unterschied.

„Das demokratische Komitee mit dem Rechtsanwalt Lednicki an der Spitze — sagt Oberst Minkiewicz —, ferner die P. P. S., sowohl die Fraktion als auch die Linke, sogar ein Teil der sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauens und der in Rußland stark entwickelte Nationale Arbeiter-Verband stehen auf dem Standpunkte des sofortigen Aufbaues des polnischen Staates auf der Grundlage der augenblicklichen Verhältnisse, der Bildung der Regierung und eines starken Heeres. Diese Gruppierungen

sind sich auf Grund der aus dem Königreiche erhaltenen genauen Mitteilungen darüber klar, daß dort zur Verwirklichung des polnischen Staatswesens sehr schwierige Verhältnisse bestehen und daß man kaum Schritt für Schritt fortschreiten kann. Trotzdem zollen sie sowohl in ihren Blättern als auch im öffentlichen Auftreten dem Staatsrate für seine allmähliche Vorbereitungsarbeiten warme Worte der Anerkennung. Widmete doch unlängst der Beschluß der militärischen Verbände der Linken, die später in der Zusammenkunft aller polnischen Verbände des russischen Heeres angenommen wurde, dem Staatsrat Worte der Ehre und Huldigung.

Die Nachricht von dem Ausscheiden der Linken aus dem Staatsrate haben die obigen Parteien mit unerhörter Bewunderung entgegengenommen. Sie konnten es durchaus nicht verstehen, um was es sich eigentlich handelt. Es wurde entschieden nicht geglaubt, nicht einmal vermutet, daß die Linke im Königreiche diesen Schritt infolge Entmutigung getan habe, weil sie in der Verwirklichung des polnischen Staates nicht schnelle Fortschritte sehe, um so mehr, als man in diesen politischen Kreisen es sehr genau versteht und hofft, daß die Überwindung aller Schwierigkeiten auf dem Wege der Organisation des Staates sehr lange und mühselige Anstrengungen erfordert.

In den beständigen Unterredungen und Erörterungen, die ich vor meiner Abreise mit den Leitern dieses Lagers führte, begegnete ich der vollständig einstimmigen Meinung, daß ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten und ohne Rücksicht auf die bisweilen unangenehmen Übergangsformen die Bildung der Regierung und des Heeres auch nicht einen Augenblick unterlassen werden dürfe. Man berief sich auf die Regionen, die so manche unangenehme und demütigende Form ihres Bestehens ertragen mußten, bevor sie das wurden, was sie jetzt sind. Auch dort handelte es sich nicht um die Notwendigkeit einer fertigen und angenehmen Form, sondern um den eigentlichen Inhalt. Und bis zum Augenblicke meiner Abreise habe ich nicht vernommen, daß die Linke unter dem Einflusse der Nachricht von der Sezession im Staatsrate ihren Standpunkt geändert hätte. So wie bisher wurden die Beschlüsse der Militärverbände kolportiert, mit Worten der Huldigung für den Staatsrat wurde in Versammlungen die Tragweite des Bestehens der Anfänge der Regierung und die Notwendigkeit der schnelligsten Bildung des polnischen Heeres hervorgehoben. Als charakteristische Tatsache, daß die polnische Linke in Rußland auch fernerhin auf ihrem konsequenten Standpunkte steht, möge der Umstand dienen, daß die Führer der Linken

(Zensurücke.)

behaupteten, daß ich als Militärperson bei der Bildung des Heeres unbedingt notwendig sei. In letzter Zeit wurde unter den polnischen Offizieren der Drang zur Auswanderung in das Königreich Polen bemerkt, um an der Bildung des Heeres tätigen Anteil zu nehmen. Einer der polnischen Offiziere, der im russischen Heere diente, verließ Rußland zugleich mit mir.“

Aus Nr. 21 des Głos Narodu (Krakau)
vom 23. August 1917.

Die polnische bewaffnete Macht in Rußland.

Die „Gazeta Polska“ in Moskau brachte in ihrer Nummer 166 vom 12./25. Juli die Mitteilung Nr. 2 des „Polnischen Militär-Vollstreckungs-Komitees“ folgenden Inhalts:

Der Hauptvorstand des (russischen) Generalstabes erließ am 4. Juli d. J. unter Nr. 28082 eine Verordnung über die von den heerespflichtigen Polen

gewünschte Gruppierung in Kompagnien (Kotten) und Abteilungen zwecks Entsendung derselben an Stelle der Bildung der polnischen Heeresmacht. Entsprechende Verordnungen wurden allen Militärbezirken und Abschriften dieser Verordnung an alle militärischen Verbände der Polen überandt.

Petersburg, den 8. Juli 1917.

Zu dieser Mitteilung muß hinzugefügt werden — schreibt die „Gazeta Polska“, — daß sich bis zum 15. Juni alten Stils bei den erwähnten Kompagnien usw. 320 000 Soldaten polnischer Nationalität gemeldet haben, die bisher im russischen Heere dienten. Nach der Veröffentlichung der obigen Verordnung wächst die Zahl der sich Meldenden.

Aus Nr. 193 des Naprzód (Krakau)

vom 23. August 1917.

Echo zur Festnahme Pilsudskis.

In der Montagsnummer des „Kurjer Lwowski“ lesen wir: Eine polnische Versammlung in Kronstadt hat eine Entschliessung angenommen, die Herrn Pilsudski ihre Teilnahme ausdrückt. Das Organ Gorkis „Nowaja Zizn“ schreibt: „Pilsudski war kein Anhänger des Sturzes des Staatsrates, er strebte nur nach dessen Demokratisierung. Im Augenblicke des größten Einflusses der russischen Revolution neigte er sowie auch die Mehrheit des Volkes im Lande nicht der Orientierung der Entente zu, sondern verteidigte ganz und gar die unabhängige polnische Politik.“

Aus Nr. 380 des Czas (Krakau)

vom 18. August 1917.

Die englische Orientierung.

Die englische Orientierung, die gegenwärtig von der Nationaldemokratie im Königreich und in Galizien verbreitet wird, ist schon ihre zweite Orientierung. Zu Anfang des Krieges begeisterte sie sich für den Aufruf des Großfürsten Nikolajewitsch. Aus diesem Grunde arbeitete sie an der Zertrümmerung der östlichen Legion und organisierte die Legionen Snarskis und Gorkzynskis. Sie lieferte damals den Beweis für den Mangel an politischem Sinn und berauschte sich an Phantasiegebilden. An Stelle des abgenutzten Phantasiegebildes ist jetzt ein neues getreten. Indem sie die phantastische Nachricht verbreitet, daß England bereit sei, ein Polen von Meer zu Meer aufzurichten, und dafür nur den Verzicht auf den Alt vom 5. November von unserer Seite verlange, trägt sie wirksam zur Entstehung einer unerhörten Verwirrung bei uns bei. Ihre Informationen stützt sie auf die Autorität von R. Dmowski, der schon längere Zeit in England weilt, mit Hilfe seiner irreführenden Nachrichten die Politik der polnischen Emigration in Lausanne leitet und durch diese wiederum die Nationaldemokratie im Königreich und in Galizien beeinflusst. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die wichtigsten Vertreter des polnischen Passivismus sowohl im polnischen Klub als auch in Warschau ein mehr oder weniger bewußtes Werkzeug in der Hand der Lausanner Agentur sind.

In der Entwicklung der englischen Orientierung in Polen kann man zwei Phasen unterscheiden. Bis zum Verfall der militärischen Macht Rußlands trat sie nur als Hilfsmittel auf, das den aus vielen Gründen unsympathischen Glauben an das Wohlwollen Rußlands verdecken sollte. Man verbreitete Gerüchte über das Bestehen einer englischen Bürgerschaft, daß die uns versprochene Autonomie auf dem Gebiete des ethnographischen Polens tatsächlich durchgeführt werden wird. In dem Grade, als es immer weniger

wahrscheinlich würde, daß Rußland im Stande sein wird, das ethnographische Polen mit Waffengewalt zu nehmen und zu vereinigen, fing man in Lausanne an, diese Mission England zu übertragen. Dieses soll gegenüber der polnischen Emigration die geheime Versicherung abgegeben haben, daß es auf Rußland nicht mehr rechnet und die Vereinigung Polens als eins seiner wichtigsten Kriegsziele betrachtet.

Trotzdem wagte man in dieser Phase noch nicht, davon zu sprechen, daß England die Unabhängigkeit dieses zukünftigen „Polens der Platten“ versprochen und verbürgt hätte. Im Gegenteil rechnete man noch immer mit der Tatsache, daß ein so kleines Polen keine Vorbedingung für eine selbständige Existenz hat und daß es unwahrscheinlich wäre, England das Streben nach der Bildung eines kleinen Pufferstaates zwischen Rußland und Deutschland zuzuschreiben. Erst die Botschaft des Präsidenten Wilson vom 23. Januar, die eine nebelhafte Erwähnung eines „selbständigen und vereinigten“ Polens enthält, ohne nähere Bezeichnung, um was für ein Polen es sich handelt, ist zum Ausgangspunkt einer immer dreisteren und mit den realen Tatsachen nicht rechnenden Agitation geworden. Von dieser Zeit an hat man das russische Element, das bis dahin eine so große Rolle in der englischen Orientierung gespielt hat, vollständig verworfen und fing an, die Nachricht zu verbreiten, daß England bereit sei, in Bezug auf die polnische Frage das Interesse Rußlands hintanzustellen und daß es zugleich mit Amerika versprochen hätte, ein vollständig unabhängiges Polen von Meer zu Meer, also hauptsächlich auf Kosten Rußlands zu errichten.

Es genügt mit einigen Worten daran zu erinnern, daß solche Nachrichten jeder realen Grundlage entbehren und direkt der Wirklichkeit widersprechen. Die Wirklichkeit sagt nämlich, daß England während des ganzen Krieges, wie auch übrigens während des ganzen 19. Jahrhunderts, kein lebhafteres Interesse für die polnische Frage gezeigt hat. Sie sagt, daß diese Sache für England immer noch eine „innere russische Angelegenheit“ ist. Sogar die Anerkennung der polnischen Selbständigkeit durch die Revolution — unter Vorbehalt der russischen militärischen Hegemonie — hat darin nichts geändert, und England hat daraus nur die Konsequenz gezogen, daß, da Rußland die „Erlösung Polens“ für seine slawische Mission anerkannt hat, es die Waffen so lange nicht niederlegen dürfe, bis es diese Aufgabe erfüllt hat. Das Versprechen, daß England und Frankreich den Kampf bis zur Erringung dieses Zieles fortsetzen werden, ist niemals veröffentlicht worden, wie dies eine leichtsinnige Agitation einreden will.

Die Wirklichkeit sagt ferner, daß gerade im Gegenteil der Anschluß Englands an den Alt der russischen Revolution in der polnischen Frage absichtlich allgemein gehalten und vieldeutig war, und daß zugleich damit Lord Balfour, der den Präsidenten Wilson in Washington besuchte, diesen sehr entschieden um die größte Zurückhaltung in der polnischen Frage bat, da „man noch nicht wisse, wie diese zu entscheiden sein wird“. Die Wirklichkeit sagt, daß während der Aprilverhandlungen im englischen Parlament die Leiter der Regierung das Haus verließen und die Vertreter der parlamentarischen Mehrheit sich mit großer Zurückhaltung äußerten, während die offiziellen Blätter sehr unfreundliche Kommentare zu den wohlwollenderen Äußerungen brachten. Die Wirklichkeit sagt, daß sich auch nach dem April die verantwortlichen Staatsmänner beständig und immer für die Beibehaltung einer unmittelbaren russisch-deutschen Grenze als Drohung für Berlin ausgesprochen haben, damit aber zugleich dem Gedanken eines unabhängigen Pufferstaates unsympathisch gegenüberstehen. Sie versprachen uns auch niemals etwas anderes, als eine Autonomie, die gegenwärtig des Wohl-

klungs wegen „Selbständigkeit“ genannt wird — unter dem Vorbehalt einer militärischen Union mit Rußland. Die nüchternsten und unparteiischsten polnischen Schriftsteller und Publizisten, die sich in England, Frankreich, der Schweiz oder Rußland aufhalten, also Zutritt zu der öffentlichen Meinung Englands haben, senden entsprechende Warnungen nach der Heimat. Wir erinnern an die Reihe von Artikeln von den Professoren Askenazy und Baudouin und die ständigen Berichte in den „Wiadomości Polskie“, abgesehen von den vertraulichen Denkschriften, die aus England nach Polen gelangen und vor dem Sichverlassen auf englische Hilfe, die übrigens niemals versprochen wurde, warnen.

Allen diesen feststehenden Tatsachen stellen sich kraß die Agitationsgerüchte entgegen, die von den Organen der Nationaldemokratie verbreitet werden. Obwohl sie sich auf keine gegebenen Tatsachen berufen können, sind sie in unbestimmten Versprechungen und trügerischen Hoffnungen immer dreister.

In der letzten Nummer des „Zjednoczenie“, eines Organs der Nationaldemokratie, lesen wir z. B.: „Als die Revolution in Rußland ausbrach, gelang es dem polnischen Politiker Roman Dmowski, die englische Regierung zu tatkräftigem Auftreten zu veranlassen... Das Verständnis für die Bedeutung des künftigen Polens wird der Entente durch unsere Politiker (wiederum Dmowski) erleichtert... Nach den letzten Nachrichten (Anfang Juli) sind die Grenzen des zukünftigen Polen bereits festgelegt worden. Dieses wird nicht nur die bisher getrennten Gebiete umfassen und von Meer zu Meer reichen, sondern auch weithin nach Osten ausgedehnt werden... Angesichts dessen... muß man sowohl den sozialistischen Unruhestiftern und denjenigen, die im Staatsrat sitzen, Widerstand entgegenstellen und nicht zulassen, daß in der Stunde der Auferstehung Polens jemand den Willen des Volkes vergewaltige.“

Betrachten wir nur, wieviel Andeutungen und Unwahrheiten in diesen Phrasen enthalten sind! Man beruft sich auf eine angebliche Änderung der englischen Politik infolge des Einflusses Dmowskis; und doch kann man keine Erklärung, keine ernst- oder nicht ernstzunehmende Verpflichtung aufweisen. Man spricht die Behauptung aus, daß man in England die Grenzen Polens „festgelegt“ hätte, ohne hinzuzufügen, daß dies bis jetzt nur von seiten Dmowskis geschehen ist, und zwar in einer Denkschrift, die wohl in der „Foreign Office“ kaum gelesen, auf jeden Fall aber ohne Berücksichtigung ad acta gelegt worden ist. Wie könnte übrigens England, das offizielle und regierende England, dem Einfluß des Herrn Dmowski unterliegen und für ihn aus dem Körper Rußlands Litauen und die Ukraine herauschneiden ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß Rußland noch immer für England kämpft und ihm auch in Zukunft nötig sein wird!

Wenn sich in dem rätselhaften Worte „festgelegt“ die pia desideria des allpolnischen Pseudo-Venizelos verstecken, so hat das für die polnische Sache keine Bedeutung. Wenn er aber dadurch zu verstehen geben will, daß er nach dieser Richtung hin irgend einen Vertrag mit der englischen Regierung abgeschlossen habe, der über das ethnographische Polen hinausgeht und außerdem Polen eine völlige Unabhängigkeit von Rußland verbürgt, so ist das eine außerordentlich schädliche Irreführung des Volkes und seiner selbst. Sie ist schädlich, weil sie danach strebt, zu Gunsten einer Fata morgana den Bau des polnischen Staates nicht zuzulassen und vor allem dem Staatsrat Widerstand entgegenzusetzen, vielleicht nur deshalb, damit das Land in der Stunde des Friedenskongresses wie eine tabula rasa aussehe, ohne Heer, ohne Ministerien, ohne Universitäten und Schulen, ohne Gerichtswesen,

ohne eigene wirtschaftliche Organisation, damit England (falls es siegt) uns um so leichter dem „großmütigen Bundesgenossen“ zur Organisierung übergeben könne. Zu Gunsten einer Träumerei, die ebenso phantastisch ist, wie die vorhergehende Orientierung, sollen wir uns vollzogenen Tatsachen widersetzen, die uns zum Vorteil gereichen.

Sollte Herr Dmowski, indem er solche Nachrichten verbreitet und die Mitglieder anderer Parteien irreführt, dies mit Bewußtsein tun? Wir behaupten dies nicht, stellen aber fest, daß er selbst das erste Opfer dieser Illusionen ist. Wer mit seiner Geistesrichtung irgendwie in Berührung gekommen ist, der weiß, daß er in der Politik ein phantastischer Dilettant ist. Er hat höchstens die Eigenschaften eines rührigen Agitators: Gewissenheit in der Reklame für sich und seine Partei, Rücksichtslosigkeit in der Ausnutzung aller sich bietenden Mittel, eine ungeheure Dreistigkeit, die suggestiv auf einfache Leute und seine wenig geistreichen Verehrer wirkt. Aber da er von dem Anspruch auf das Spielen einer großen Rolle beherrscht wird, hat ihm die Stellung eines Agitators nicht genügt. So oft er sich aber an die Spitze irgend einer wichtigeren Aktion gestellt hat, folgte er seiner eigenen Phantasie und fiel seinen kühleren sachmännischen Partnern zum Opfer. So war es seinerzeit mit seiner Reise nach Tokio, deren er sich in der Epoche des Neoslawismus sehr schämte. So war es auch mit seinem Neoslawismus, den er in der Epoche des „unabhängigen Polens“ wiederum verleugnete. Und ebenso ist es gegenwärtig mit seiner Londoner Aktion.

Sichere und unparteiische Nachrichten, die trotz aller Schwierigkeiten aus England zu uns gelangen, bestätigen dies völlig. Die englische Regierung, die aus scharfsinnigen politischen Fachleuten besteht, hat seinen agitatorischen Wert und zugleich seine Phantasterei und seinen Dilettantismus in der praktischen Politik recht gut erkannt. Als Werkzeug in dem Kampfe gegen den Akt vom 5. November, der für England so sehr unbequem ist, ist Herr Dmowski für das englische Kabinett eine sehr erwünschte Kraft. Man hat es auch verstanden, ihn zu diesem Zwecke in London ausgezeichnet auszunutzen, ohne sich hierbei nach irgend einer Richtung hin festzulegen. Herr Dmowski ist zu Gesprächen und Verhandlungen zugelassen worden — aber nicht mit leitenden Persönlichkeiten, die für die englische Politik gegenüber dem Auslande verantwortlich sind, sondern mit Politikern, die untergeordnete Stellungen einnehmen. Da ihre Versprechungen und Informationen für die Regierung nicht bindend sind, erhitzen sie die Phantasie des Herrn Dmowski bis zur Rotglut, d. h. bis zu einem Punkte, in dem ihm sowohl von den schönen Worten als auch von dem Gefühl der eignen Bedeutung der Kopf schwindelt. Es ist jedoch sehr bezeichnend, daß von den wirklich verantwortlichen Persönlichkeiten in England niemand mit Herrn Dmowski spricht, wenigstens niemand in der Weise, daß Herr Dmowski sich in seinen Berichten auf irgend welche bindenden Versprechungen berufen könnte. Daher führt er auch niemanden irre, weder in Lausanne, noch in der Heimat, sondern er ist durch die kalte und geschickte englische Politik, die mit aller Kraft nach der Einkreisung Deutschlands strebt und nicht gestatten kann, daß der Bau eines polnischen Pufferstaates beginnen könnte, selbst betrogen. Das letztere würde nämlich die Lösung der polnischen Frage im Sinne Englands erschweren (militärische Union mit Rußland). In dem Glauben des Herrn Dmowski steckt gerade die Ursache, warum dieser Agitator auf die Lausanner Politiker, die noch weniger geschult und dilettantenhafter sind als er, mit einer solchen suggestiven Kraft einwirkt.

Aus Nr. 188 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 21. August 1917.

Die Arbeit in Lausanne.

(Von unserem Korrespondenten.)

Zürich, den 11. August 1917.

Die Agentur in Lausanne setzt ihre zersetzende Arbeit mit unerbittlicher Konsequenz fort. Wir wollen hier in Ergänzung unserer letzten Korrespondenz noch einige Tatsachen anführen, durch welche die weitere Tätigkeit der Agentur in Lausanne in dieser Richtung näher beleuchtet wird. Wir meinen hier vor allem die letzten Veröffentlichungen des Herrn Pilz.

In dem letzten dieser Artikel, der die Überschrift trägt: „Der Kongreß der polnischen Militärpersonen in Petersburg zwecks Bildung einer polnischen Armee“ stellen die polnischen Neutralisten in Lausanne mit Befriedigung das Verhältnis der auf diesem Kongreß abgegebenen Stimmen fest, von denen 230 sich für und 8 gegen die Bildung einer Armee erklärt haben. (Die demokratische Linke hat an den Beratungen und deshalb auch an der Abstimmung nicht mehr teilgenommen.) In dem Artikel ist noch hinzugefügt, daß das Ergebnis der Abstimmung sowohl von seiten des Publikums, als auch von seiten der Delegierten mit Begeisterung aufgenommen wurde. Die Lausanner Agentur macht hierbei ihre nationaldemokratischen Freunde auf die Bedeutung der polnischen militärischen Formationen aufmerksam, die auf seiten der Entente gegen Deutschland kämpfen würden. Sie berechnet nämlich ziffernmäßig die Stärke der polnischen Armee, die auf seiten Rußlands kämpfen würde, auf 113 Generale, 19 000 Offiziere und 700 000 Mannschaften, die jetzt in den verschiedenen Armeekorps des russischen Heeres verstreut sind. Dazu kommt noch die polnische Division, die 30 000 Mann stark ist.

In einer weiteren Rundgebung: „Die Gährung in ganz Polen aus Anlaß der Verhaftung Pilsudskis“ schildert die Agentur in Lausanne den Eindruck, den diese Verhaftung auf das polnische Volk gemacht habe. Sie äußert sich über diesen Punkt in folgender Weise: „Die Aufregung der Gemüter, die von Haß gegen Deutschland entbrannt sind, erreichte fast einen dramatischen Höhepunkt.“ Die Agentur in Lausanne hat aber dabei vergessen, daß dieser Haß ebenfalls gegen eigene Landsleute gerichtet war. Deswegen suchte sie, als sie diesen Fehler bemerkte, die Sache sofort am folgenden Tage zu berichtigen und ergänzte ihre Rundgebung durch einen Artikel: „Die polnischen Ulanen an der russischen Front — ein Muster der Tüchtigkeit und der Disziplin“. In diesem Artikel wiederholte sie noch einmal ihre in der Rundgebung aufgestellte Behauptung, fügte aber außerdem noch zu: „Dieser Haß (der polnischen Bevölkerung gegen Deutschland) richtete sich ebenfalls gegen die Anhänger der opportunistischen Politik gegenüber den Mittelmächten“.

Die Agentur in Lausanne, die bekanntlich „die Wahrheit des polnischen Volkes“ vertritt und das Ausland über die polnische Frage „objektiv“ unterrichtet, hat außerdem noch ein Telegramm veröffentlicht, das sie von dem Nationalkomitee in Petersburg erhalten hat. In diesem Telegramm wird dem Nationalkomitee auf telegraphischem Wege berichtet, daß das Ulanenregiment der polnischen Division das Gelohnis abgelegt habe, daß es für Polen auf seiten der Koalition bis zum letzten Blutstropfen kämpfen werde. In diesem Communiqué der „objektiven“ Agentur in Lausanne sucht man aber vergebens die Erklärung des Obersten desselben Ulanenregiments, des Herrn Mosciński, die er nach der ruhmvollen Schlacht bei Stanislaw abgegeben hat. Vor allem vermißt man in dem Communiqué der Agentur folgenden Passus dieser Erklärung: „Wir erkennen die

Autorität des Staatsrates, sowie die schwere Aufgabe, die er übernommen hat, an. Wir versichern deshalb den Staatsrat unserer größten Hochachtung und bringen der neuen polnischen Regierung unsere Huldigung dar.“

Die Frage der polnischen Armeen, die auf seiten der Koalition kämpfen sollen, bildet überhaupt ein Thema, das von der Agentur in Lausanne sehr gern besprochen und forciert wird. Dabei sucht diese Agentur das Ansehen des Staatsrates herabzusetzen und ihm auch die Rechte und die Qualifikationen einer polnischen Regierung, ja sogar des Surrogats einer solchen abzusprechen. Der Agentur wird hierzu auch oft recht willkommene Gelegenheit durch die Erklärungen und „Enunziationen“ der „Zwischenparteilichen Fraktion“ geboten. Ihren Standpunkt dem Staatsrat und der polnischen Armee gegenüber präzisiert aber die Agentur in einem Kommentar zu dem Aufruf des Staatsrates, dessen Inhalt sie zugleich mitteilt. Wir geben hier diesen Kommentar in seinem vollen Umfange wieder. Er führt den Titel: „Die Annahmen des vorläufigen Staatsrates.“ In diesem Kommentar bzw. Communiqué (Nr. 298) schreibt die Agentur in Lausanne folgendes: „Wir unterstreichen die Stellen, wo die usurpatorischen Tendenzen des vorläufigen Staatsrates in besonderer Weise zum Ausdruck kommen. Der vorläufige Staatsrat findet ja bekanntlich Unterstützung nur in einigen wenigen Kreisen des polnischen Volkes. Diese Kreise suchen den Staatsrat noch weiter am Leben zu erhalten trotz der Eidesformel der Legionäre, in der das Versprechen einer Waffenbrüderschaft mit den Armeen Deutschlands, Österreich-Ungarns und ihrer Verbündeten enthalten ist. Eine solche Eidesformel hätte aber diesen Kreisen die Augen öffnen müssen. Sonst widersezt sich zweifellos fast das ganze polnische Volk den Annahmen des Staatsrates. Es ist auch bekannt, daß die zwischenparteiliche Fraktion noch unlängst in einem Manifest, das es an die öffentliche Meinung richtete, „dem Staatsrat das Recht abgesprochen hat, im Namen des polnischen Volkes als polnische Regierung aufzutreten“, — so lauten die Worte dieses Manifestes. Der Staatsrat repräsentierte aber schon mit Rücksicht auf seinen Ursprung niemals den Willen des gesamten polnischen Volkes. Und jetzt trägt er, nachdem die Mitglieder der Linken ihre Entlassung genommen haben, nur einen rein parteilichen Charakter. Mit der Politik des vorläufigen Staatsrates ist auch in Galizien nur ein einziger Teil der öffentlichen Meinung solidarisch, und im preußischen nur einzelne wenige Personen.“

Die Erklärung des vorläufigen Staatsrates, nach welcher jedem, der sich außerhalb der Grenzen Polens befindet, das Recht abgesprochen wird über das polnische Blut zu verfügen, ist gegen die Bestrebungen gerichtet, eine Armee in Rußland oder — mit Hilfe der Polen in Amerika — in den westlichen Ländern der Koalition zu formieren. Zum Glück braucht man jedoch nicht zu befürchten, daß die Leiter dieser Aktion die anmaßenden „Verbote“ des „vorläufigen Staatsrates sehr ernst nehmen werden“.

Die Haltung der polnischen demokratischen Gruppierungen in Rußland ruft bei den Herren in Lausanne selbstverständlich große Unzufriedenheit hervor. Diese Unzufriedenheit kommt in dem Communiqué (300) der Agentur in Lausanne zum Ausdruck, das die Überschrift führt: „Die Polen in Rußland, der vorläufige Staatsrat in Warschau, und die Frage einer polnischen Armee“.

Die Agentur in Lausanne schreibt darüber folgendes: „Bekanntlich widersezt sich der erdrückende Teil des polnischen Volkes in allen drei Anteilen der Politik des vorläufigen Staatsrates, die sich auf den Akt vom 5. November 1916 stützt. Andererseits findet aber der vorläufige Staatsrat in dem „Polnischen Demo-

tratischen Komitee" in Petersburg eine Stütze, das von Herrn Lednicki, dem Vorsitzenden der Liquidationskommission für die polnischen Angelegenheiten im Königreich Polen und von dem General Babiański beeinflusst wird. Diese beiden Persönlichkeiten leben aber schon seit Jahrzehnten außerhalb der Grenzen Polens in Rußland. Das erwähnte Komitee hat, wie ein Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, eine neue Erklärung abgegeben, in der es den vorläufigen Staatsrat als polnische Regierung anerkennt, die berechtigt sei, die polnische Politik im Namen des polnischen Volkes zu leiten. Dieses Komitee bekämpft öffentlich ebenfalls die Bewegung unter den polnischen Militärpersonen in Rußland, von welcher die Bildung einer Armee in Rußland erstrebt wird. Das „demokratische Komitee“ hat aber auf dem militärischen Kongresse, der im vorigen Monat in Petersburg tagte, eine vollständige Niederlage erlitten. Denn drei Viertel der Delegierten haben für die Bildung einer besonderen Armee in Rußland gestimmt. Für eine solche Bildung haben sich sowohl vorher schon die polnische Fraktion, als auch das Nationalkomitee erklärt, das die Mehrheit derjenigen Polen vertritt, welche infolge der Besetzung des Königreichs Polen durch Österreich-Deutschland nach Rußland ausgewandert waren. — Die letzte Erklärung des „Demokratischen Komitees“ zeigt aber, daß diese Organisation in Übereinstimmung mit den Tendenzen des vorläufigen Staatsrates den Kampf gegen die polnische militärische Bewegung in Rußland verschärft hat“.

Nr. 378 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 17. August 1917

bringt eine Korrespondenz aus Genf, die folgende Nachrichten enthält: Der in Lausanne am Anfang des Krieges von Befennern der polnischen Unabhängigkeitsidee gegründete Verein „Pologne et la guerre“ gab jetzt in polnischer und französischer Sprache eine öffentliche Deklaration heraus. In derselben sagen die Herausgeber, der Aufbau des polnischen Staates und dessen Unabhängigkeit seien immer ihr Ziel gewesen. Sie begrüßen den Akt vom 5. November als das erste günstige Stadium in der Entwicklungsgeschichte der polnischen Freiheitsfrage und begrüßen die Entstehung des Staatsrats in Warschau und jedes seiner Tätigkeitsgebiete als Grundlagen der polnischen Zukunft. Infolge der zur Kriegszeit verschärften Passverordnungen in der Schweiz befanden sich viele Polen in peinlicher Lage. Dank aber den Bemühungen des Herrn Piotr Kluczynski, des Vorsitzenden der Delegation der polnischen Vereine in Genf, ist demselben von den Behörden in Genf und Lausanne gestattet worden, besondere polnische Pässe herauszugeben. Außer der seit längerer Zeit von Zygmunt Wittowski in Lausanne herausgegebenen Zeitschrift „Moniteur Polonais“ erscheint jetzt in Genf eine ebenfalls den polnischen Fragen gewidmete Zeitschrift „L'Echo de Varsovie“, die von Wladyslaw Baranowski herausgegeben wird.

(Aus Nr. 174 des Warschauer Tagesberichts vom 21. August 1917.)

Aus Nr. 230 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 24. August 1917.

Eine polnische Regierung in der Schweiz.

Seit einigen Tagen sind wieder Gerüchte über eine sich angeblich bildende „polnische Regierung“ in der Schweiz aufgelebt, die natürlich aus unseren früher

abgewanderten Russenfreunden bestehen soll. Die Idee einer solchen Regierung, die bekanntlich in dem Kopfe des französischen Ministers Albert Thomas bei seiner Anwesenheit in Petersburg und bei den Unterredungen mit den dortigen Nationaldemokraten entstanden ist, erscheint einem geistig gesunden Polen so ungeheuerlich, daß es vollständig überflüssig ist, auf ihre Unsinnigkeit besonders einzugehen. Das ist eine sehr durchsichtige und plumpe politische Intrigue, die ausschließlich bezwecken soll, die sich organisierenden Kräfte Polens um jeden Preis zu verwirren und zu schwächen. Ein Opfer solcher Intriguen von außen wird jeder Versuch unserer staatlichen Schöpferkraft sein. Diejenigen, die aus Polen geflüchtet sind, wollen denjenigen, die im Lande verblieben und hier ausharren, das Recht der politischen Tat nicht einräumen. Und der Streit darüber, wer im Namen des Volkes sprechen soll: wir, oder sie — unter der gnädigen Protektion der Entente — wird sich noch vielfach erneuern. Er wird aber die öffentliche Meinung des Landes stets auf demselben Standpunkte antreffen. Usurpatoren werden wir niemals anerkennen.... Die polnische Frage, die Ziele Polens und sein Ansehen macht das in den Augen der ganzen Welt lächerlich. Außer uns bietet nur das operettenhafte Griechenland ein ähnliches Schauspiel. Diese Ähnlichkeit der Lage ist nicht ehrenvoll.

Aus Nr. 195 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 26. August 1917.

Ein national-polnischer Verband in Paris.

In Paris haben die dortigen Polen eine neue Organisation unter dem Namen „Zwiazek Narodowy Polski“ (National-Polnischer Verband) gebildet, dessen Zweck die Arbeit an der Wiedererlangung des unabhängigen polnischen Staates ist. Der Mittelpunkt dieser Organisation befindet sich in Paris. Die Gründungsurkunde haben u. a. unterzeichnet: Maximilian Hertel, Dr. Heinrich Gierzynski, Ferdinand Dolinski, Anton Potocki, Johann Derezinski, Stanislaus Pietrzak, J. Zielinska, Johann Bodkiewicz, Ignaz Wegner, S. Bornstein.

Aus Nr. 165 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 29. August 1917.

Polnischer Festakt in der Pariser Sorbonne.

Am 5. d. M. fand — wie die Pariser „Polonia“ berichtet — in der Sorbonne in Paris eine große Feier statt, die der polnischen Sache gewidmet war. Zahlreiche Franzosen und Polen nahmen an ihr teil. Anwesend waren einige Gesandte, französische Abgeordnete, Vertreter der französischen militärischen Behörden, die wissenschaftliche und literarische Welt, ein Vertreter der französisch-polnischen Mission, General Archmard mit dem Adjutanten Oberst Motiejewski, schließlich Vertreter der polnischen Kolonie in Paris. Militärmusik spielte die polnische Nationalhymne und die Marseillaise. Reden hielten der Senator Stefan Bichon, der frühere Minister des Äußeren, sodann Georg Leygues, der frühere Minister und Vorsitzende der Kommission für die äußeren Angelegenheiten, der Abgeordnete Denys Cochin, der Sekretär des Ministeriums der äußeren Angelegenheiten, schließlich der Pariser Abgeordnete Bracke.

An der Feier nahmen auch der Oberst Renauld im Namen des Präsidenten der französischen Republik sowie Delegierte des Kriegs- und Marineministeriums teil